

Europäisches Parlament
Generaldirektion Interne Politikbereiche
Direktion Struktur- und Kohäsionspolitik

Forschung für den CULT-Ausschuss (Kultur und Bildung)

Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit: Vorteile und Kosten.

(verfügbar auf Englisch auf

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/573460/IPOL_STU\(2016\)573460_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/573460/IPOL_STU(2016)573460_EN.pdf))

Generaldirektion Interne Politikbereiche
Abteilung für Politik B: Struktur- und Kohäsionspolitik
Kultur und Bildung

Forschung für den CULT-Ausschuss – Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit:
Vorteile und Kosten.

Dieses Dokument wurde von der Kommission des Europäischen Parlaments für Kultur und Bildung angefordert.

Verfasser(in):

Michele Gazzola, Research Group in Languages and Economics („REAL“ Group),
Department of Education Studies of Humboldt-Universität zu Berlin, and Institute for Ethnic
Studies, Ljubljana, Slovenia.

Zuständiger Verwaltungsrat:

Verwaltungsrätin für parlamentarische Forschung: Miklós Györffi
Unterstützung des Projekts und der Veröffentlichung: Jeanette Bell
Abteilung für Politik B: Struktur- und Kohäsionspolitik Europäisches Parlament
B-1047 Brussels
E-Mail: poldep-cohesion@europarl.europa.eu

Sprachfassungen: Original EN

Über den Verleger:

Um die Politikabteilung zu kontaktieren oder den monatlichen Newsletter anzumelden, wenden Sie sich
bitte an:
poldep-cohesion@europarl.europa.eu

Manuskript abgeschlossen im Oktober 2016. © Europäische Union, 2016

Original gedruckte Version: ISBN 978-92-823-9557-8 doi: 10.2861/437739 QA-02-16-689-
EN-C

Original PDF ISBN 978-92-823-9558-5 doi: 10.2861/491411 QA-02-16-689-EN-N

Das Originaldokument ist im Internet abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/supporting-analyses>



**Übersetzung ins Deutsche von Pierre Dieumegard
für Europa-Demokratie-Espranto**

Diese Übersetzung wurde nicht von diplomierten und von der Europäischen Union finanzierten Übersetzern angefertigt. Vielleicht enthält sie (wahrscheinlich) Fehler, hat aber auch einige zusätzliche Erklärungen, um das Verständnis für die französischsprachigen Leser, insbesondere Französisch, zu erleichtern.

Ziel ist es, mehr Bürger und Einwohner der Europäischen Union in die Lage zu versetzen, Dokumente zu verstehen, die von der Europäischen Union erstellt wurden (und aus ihren Beiträgen finanziert werden).

Sie veranschaulicht die Notwendigkeit der Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union: ohne Übersetzungen ist ein großer Teil der Bevölkerung von der Debatte ausgeschlossen.

Für zuverlässige Übersetzungen wäre die internationale Esperanto-Sprache aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Im Internet:

Föderation E-ropo-Demokratio-Espranto: <http://e-d-e.org/> oder <http://demokratio.eu>

Europa-Demokratie-Espranto (Frankreich): <http://e-d-e.de/> contact@e-d-e.fr

Achtung:

Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung des Verfassers und stellen nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments dar.

Die Vervielfältigung und Übersetzung zu nichtkommerziellen Zwecken ist zulässig, sofern die Quelle angegeben ist, der Herausgeber darüber informiert wird und er eine Kopie erhalten hat.

Zusammenfassung:

In diesem Bericht werden die verschiedenen Ergebnisse der sprachökonomischen Forschung vorgestellt, die sich mit den Vor- und Nachteilen der Mehrsprachigkeit in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und in den Institutionen der Europäischen Union befassen. Diese Ergebnisse vermitteln ein allgemeines, wenn auch beschränktes Bild der Bedürfnisse einer Sprachenpolitik im derzeitigen mehrsprachigen europäischen Umfeld. In diesem Zusammenhang bewerten wir die Relevanz der allgemeinen Ziele und Empfehlungen der Europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit (SEM). Darüber hinaus fassen wir die verfügbaren Beweise für die Maßnahmen und Maßnahmen der Kommission zur Anwendung der MWS zusammen und legen, wo dies möglich ist, Daten über deren Vor- und Nachteile vor.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Die MWB und die Sprachenpolitik der EU 9
 - 1.1 Ziele der SEM 9
 - 1.2 Definition von Kosten, Nutzen und Relevanz der MWB 13
- 2 Der mehrsprachige europäische Kontext 18
 - 2.1 Mehrsprachige Wirtschaft 19
 - 2.1.1 Sprachkenntnisse als Form des Humankapitals 19
 - 2.1.1.1 Einkommensunterschiede 19
 - 2.1.1.2 Soziale Renditen 22
 - 2.1.1.3 Beschäftigungsfähigkeit 22
 - 2.1.2 Der Beitrag der Sprachen zum BIP und zum Handel 23
 - 2.1.3 Sprachenpolitik und Innovation 24
 - 2.2 Ein mehrsprachiges Unternehmen 25
 - 2.2.1 Mobilität, Inklusion und Formel „Muttersprache + 2“ 26
 - 2.2.2 Integration von Migranten 32
 - 2.3 Mehrsprachige Institutionen 32
 - 2.3.1 Wirksamkeit und Fairness der Sprachenregelung der EU 32
 - 2.3.2 Die europäische Mehrsprachigkeit nach dem Brexit 36
- 3 Umsetzung der MWS 38
 - 3.1 Sozialer Zusammenhalt, interkultureller Dialog und Aufbau Europas 39
 - 3.2 Lebenslanges Sprachenlernen 40
 - 3.3 Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit 43
 - 3.4 Förderung der sprachlichen Vielfalt durch Übersetzung 45
 - 3.5 Die externe Dimension der Mehrsprachigkeit 47
- 4 Schlussfolgerungen 51
- 5 Referenzen 55
- 6 Anlagen 61
 - 6.1 Bildungsniveaus nach ISCED/ISCED 2011 61
 - 6.2 Übereinstimmungen zwischen ISCED-Stufen 2011 und ISCED 1997 61
 - 6.3 Englischkenntnisse unter EU-Bürgern ab 15 Jahren, 2012 62

6.4 Sprachausschlussquote in 25 EU-Ländern, Einwohner zwischen 25 und 64 Jahren, 2013 63

Liste der Abkürzungen:

AES Adult Education Survey = Erhebung zur Erwachsenenbildung
ADR Absolute (Linguistik) disenfranchisement Rate = absoluter Ausschluss von Sprachrechten
Criti Caribbean Research Institute for Translation and Interpretation = karibisches Institut für Übersetzungs- und Dolmetschforschung
CEFR Common Framework of Reference for Languages = Gemeinsamer Referenzrahmen für Sprachen (europäisch)
EILC Erasmus Intensive Language Kurse = Intensivsprachkurse Erasmus
EMCI European Masters in Conference Interpreting = Europäischer Master in Konferenzdolmetschen
EMT European Master in Translation = Europäischer Master in Übersetzung
EPC European Patent Convention = Europäisches Patentübereinkommen
EPO European Patent Office = Europäisches Patentamt
ESF European Social Fund = Europäischer Sozialfonds
ESM European Strategy for Multilingualism = Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit
EVS European Voluntary Service = Europäischer Freiwilligendienst
FP7 7th Framework Programme for research and technological development = 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung
IAMLADP International Annual Meeting on Language Arrangements, Dokumentation und Veröffentlichungen = Internationale Jahrestagung über Sprachvereinbarungen
IATE Interactive Terminology for Europe = Interaktive Terminologie für Europa
IPR Intellectual Property Rights = Rechte des geistigen Eigentums
ISCED International Standard Classification of Education = Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED)
LILAMA Linguistic Policy for the Labour Market = Sprachenpolitik für den Arbeitsmarkt
LindWeb Language industry web platform: Web-Plattform für die Sprachindustrie
LLP Lifelong Learning Programme = Programm für lebenslanges Lernen
LPP Language Policy and Planning Sprachenpolitik und Planung
OLS Online Linguistic Support = Online Sprachunterstützung
MT@EC Machine translation for public administration = maschinelle Übersetzung für öffentliche Verwaltungen
Pimlico Promoting, Implementing, Mapping Language and Intercultural Communication Strategies in Organisations and Companies = Förderung, Umsetzung, Kartierung sprachlicher und interkultureller Kommunikationsstrategien in Organisationen und Unternehmen
RDR Relative (linguistisch) disenfranchisement Rate = Ausschließlichkeitssatz für (linguistische) Rechte
SME Small and Medium Enterprises = Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
Voll Vocationally-Oriented Language Learning = berufsorientiertes Sprachenlernen
VTS Visiting Translator Scheme = Gastübersetzerprogramm.

Tabellen-Index

Tabelle 1: Einkommensunterschiede in der Schweiz (Männer). Ergebnisse in Prozent 20

- Tabelle 2: Auszeichnungen für Sprachkenntnisse in verschiedenen europäischen Ländern. Ergebnisse in Prozent 21
- Tabelle 3: Soziale Rendite des Fremdsprachenunterrichts in der Schweiz (Männer) 22
- Tabelle 4: EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Lage sind, Gespräche in mindestens zwei anderen Sprachen als ihrer Muttersprache zu führen. Ergebnisse in Prozent 27
- Tabelle 5: Sprachausschlussquote in der EU. Ergebnisse in Prozent 34
- Tabelle 6: Sprachausschlussquote in der EU nach dem Brexit. Ergebnisse in Prozent. 37
- Tabelle 7: Zusammenfassung der Tätigkeiten der Europäischen Kommission zur Umsetzung der MWS 49

Illustrationsindex

- Abbildung 1: Bewertungskriterien und Politikzyklus 15
- Abbildung 2: Anteil der Schüler, die mindestens zwei Fremdsprachen in der EU erlernen, 2000-2010 (Quelle: Europäische Kommission, 2012c:39) 28
- Abbildung 3: Anteil der Schüler, die Englisch, Französisch und Deutsch lernen, ISCED/ISCED 3 (allgemeine Sekundarstufe II = Gymnasium), 2005-2010, Quelle: Europäische Kommission (2012 c: 40) 30

Allgemeine Zusammenfassung

Hintergrund und Ziele:

Die europäische Strategie für Mehrsprachigkeit (SEM) hat drei allgemeine sozioökonomische Ziele: Förderung der Arbeitskräftemobilität im Binnenmarkt, Beschäftigungsfähigkeit und Wachstum in Europa, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Integration von Migranten aus dem interkulturellen Dialog, effiziente und inklusive mehrsprachige Kommunikation in einer supranationalen Demokratie. Die Förderung des lebenslangen Sprachenlernens sowie die Unterstützung von Übersetzung und Dolmetschen sind Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Dieser Bericht enthält eine allgemeine Bewertung der Relevanz des MWS. Wir untersuchen den Zusammenhang zwischen den Zielen der Strategie und den Problemen, die durch die MWB gelöst werden sollen.

Eine solche Bewertung erfolgt im Lichte der empirischen und theoretischen Ergebnisse der akademischen Literatur auf dem Gebiet der Sprachökonomie. Diese Ergebnisse vermitteln ein allgemeines, wenn auch begrenztes Bild des sprachlichen Bedarfs im derzeitigen mehrsprachigen europäischen Umfeld. Vor diesem Hintergrund bewertet der Hof die Relevanz der allgemeinen Ziele und Empfehlungen der MWB. Wenn eine Politik irrelevant ist, dürfte sie für die Gesellschaft keinen Nutzen bringen. Schließlich werden in diesem Bericht die Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung der MWS erörtert. Der Bericht fasst die verfügbaren Beweise für solche Aktionen zusammen, und wo immer dies möglich ist, legen wir Daten über deren Vor- und Nachteile vor. Diese Diskussion beleuchtet die Ziele, die möglicherweise mehr Unterstützung erfordern können, sowie die Art der Daten und Informationen, die für eine bessere Überwachung der Umsetzung der MWS erforderlich sind.

Ergebnisse:

Das erste allgemeine Ziel der MWB ist die Förderung der Arbeitskräftemobilität im Binnenmarkt, der Beschäftigungsfähigkeit und des Wachstums in Europa. Empirische Forschungsergebnisse in verschiedenen Ländern zeigen, dass Fremdsprachenkenntnisse den Menschen wirtschaftliche Vorteile in Bezug auf positive Einkommensunterschiede bringen. Sehr gute Sprachkenntnisse werden deutlicher belohnt als begrenzte Sprachkenntnisse. Englisch hat einen unbestrittenen wirtschaftlichen Nutzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt, ist aber nicht der einzige sprachliche Vorteil, in den investiert werden kann; in bestimmten Kontexten können Kompetenzen in anderen Sprachen besser belohnt werden als Englisch. Dies zeigt die Bedeutung des Unterrichts und Lernens in mehr als einer Fremdsprache, wobei den Empfehlungen des Europäischen Rates Rechnung getragen wird, die in der Formel „Muttersprache + zwei Fremdsprachen“ zusammengefasst wurden ($MT+2 = LM+2$). Die positive soziale Rentabilität des Fremdsprachenunterrichts zeigt, dass das Erlernen von Sprachen eine wertvolle Investition für die Gesellschaft insgesamt ist. Obwohl die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen für die Beschäftigungsfähigkeit in verschiedenen EU-Dokumenten hervorgehoben wird, ist der empirische Beweis für diese Behauptung noch verfrüht. Einige Studien zeigen, dass Sprachkenntnisse zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen, aber leider betrifft keine dieser Studien EU-Länder. Die Beherrschung der Sprache(n) des Gastlandes wirkt sich positiv auf das Arbeitseinkommen der Migranten und ihre Beschäftigungsfähigkeit aus. Das Vorhandensein einer oder mehrerer gemeinsamer Sprachen erhöht die Handelsströme zwischen den Ländern erheblich. Was die Beziehung zwischen Sprache und technologischer Innovation betrifft, so hat sich gezeigt, dass sich

die Sprachenpolitik auf die Verteilung der Kosten auswirkt, die innovativen Unternehmen beim Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, insbesondere durch Patente, entstehen.

Die Förderung des Sprachenlernens zur Förderung der innereuropäischen Mobilität und zur Förderung der Inklusion im Gastland ist ein Ziel der MWB. Empirische Beweise bestätigen die Behauptung, dass das Erlernen von Sprachen die Mobilität erleichtert. Das Sprechen der Sprache eines Gastlandes erhöht die Migration in dieses Land fast durch fünf. Darüber hinaus kann das Erlernen der Amtssprache des Gastlandes die Aufnahme erleichtern. Gute und sehr gute Fremdsprachenkenntnisse sind in der EU jedoch noch nicht die Regel. Nur ein Viertel der europäischen Bürger gibt an, dass sie mindestens zwei Fremdsprachen sprechen können. Dieser Prozentsatz blieb zwischen 2001 und 2012 praktisch konstant. Englisch ist kein universelles „Grundwissen“ in Europa: nur 7 % der europäischen Bürger geben an, Englisch als Fremdsprache auf einem sehr guten Niveau zu sprechen. Mittlere und elementare Ebenen sind weitaus häufiger. Generell kann eine Sprachenpolitik, die auf der Formel LM+ 2 oder auf der Förderung einer einzigen Verkehrssprache beruht, die Spannung zwischen Mobilität und Inklusion nicht lösen, da sie das Problem der Unvorhersehbarkeit der Mobilitätsmöglichkeiten des Einzelnen nicht angemessen angehen kann. Weitere Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene können erforderlich sein, um Mobilität und Inklusion zu fördern und zu erleichtern. Lernen Sie eine Sprache, bevor Sie ins Ausland und/oder unmittelbar nach der Ankunft im Gastgeberland sollte zugänglicher und billiger werden. Die Bereitstellung von mehr mehrsprachigen öffentlichen Diensten und Verwaltungsformularen in mehreren Sprachen sollte unterstützt werden. Dies unterstreicht die Bedeutung von Übersetzung und Dolmetschen für das Management der mehrsprachigen Kommunikation in Europa.

Das dritte allgemeine Ziel der MWB ist die Förderung der Mehrsprachigkeit in den EU-Organen. Die Mehrsprachigkeit ist die wirksamste Sprachenregelung für die Weitergabe von Informationen an die EU-Bürger. Der Anteil der Personen, die ausgeschlossen wären, wenn Englisch die einzige Amtssprache der EU wäre, würde je nach Indikatoren und Daten zwischen 45 % und 80 % betragen. Eine dreisprachige Politik, die auf Englisch, Französisch und Deutsch basiert, würde 26 % bis 50 % der erwachsenen Einwohner in der EU ausschließen. Der Anteil der ausgeschlossenen Personen ist in Süd- und Osteuropa deutlich höher. Darüber hinaus sind wirtschaftlich und sozial benachteiligte Personen in der Regel weniger wahrscheinlich, Fremdsprachen zu sprechen, und können daher betroffen sein, wenn die EU ihre Mutter- oder Primärsprache nicht mehr verwendet. In dieser Hinsicht trägt die Mehrsprachigkeit zum sozialen Zusammenhalt bei. Es sei darauf hingewiesen, dass nicht nur eine allgemeine Verringerung der Zahl der Sprachen zum Ausschluss führen würde; selbst die Verringerung der derzeitigen Bereiche des Gebrauchs der Amtssprache hat ähnliche Auswirkungen (z. B. auf den Webseiten der Europäischen Kommission). Die mit einer einsprachigen und/oder dreisprachigen Politik verbundenen sprachlichen Ausschlussquoten werden nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU steigen. Dies unterstreicht die Bedeutung eines mehrsprachigen Ansatzes in Bezug auf die externe Kommunikation der EU.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die drei in der MWS genannten Ziele eindeutig angemessen sind, da sie mit den Problemen vereinbar sind, denen sich die Strategie stellen soll. Daher sollte die MWB den EU-Bürgern und der europäischen Wirtschaft verschiedene Vorteile bringen. Es könnte mehr getan werden, um die Spannung zwischen Mobilität und Inklusion abzubauen.

Im zweiten Teil dieses Berichts werden die von der Kommission zur Umsetzung der MWS ergriffenen Maßnahmen analysiert. Es gibt drei Arten solcher Maßnahmen. Erstens werden sehr nützliche Daten über die Fremdsprachenkenntnisse von Schülern und Studenten (z. B. die erste europäische Erhebung über Sprachkompetenzen) und Daten über die Sprachkompetenz Erwachsener (z. B. Eurobarometer-Umfrage und Erhebung zur Erwachsenenbildung) gesammelt. Die zweite Gruppe von Initiativen umfasst die Veröffentlichung von Dokumenten, Websites und Berichten, die darauf abzielen, das Bewusstsein für die Vorteile der sprachlichen Vielfalt und des Sprachenlernens in Gesellschaft und Wirtschaft zu stärken. Der Mangel an expliziten Ergebnisindikatoren hindert uns jedoch daran, die endgültigen Auswirkungen und den Umfang dieser Initiativen zu bewerten. Die dritte Art von Maßnahmen besteht in der direkten finanziellen Unterstützung des Sprachenlernens durch das Programm für lebenslanges Lernen und den Europäischen Sozialfonds. Im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen wurden verschiedene Projekte finanziert, die sich mit dem Sprachenlernen befassen, aber der Mangel an klaren Ergebnisindikatoren ermöglicht es nicht, die Wirksamkeit und Kostenwirksamkeit dieser Projekte zu bewerten. Der Europäische Sozialfonds wurde für Sprachkurse zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Integration von Zuwanderern verwendet, es wurden jedoch keine genauen Berechnungen veröffentlicht, in denen die Höhe der für diesen Zweck investierten Mittel quantifiziert und die erzielten Auswirkungen geschätzt werden. Zur Förderung der externen Dimension der Mehrsprachigkeit wurden nur wenige Initiativen ergriffen.

Generell sind die Informationen über die Kosten und die Wirksamkeit der Programme und Maßnahmen der EU zur Einhaltung der MWB nicht vollständig. Die Indikatoren für die Bewertung der Ergebnisse der Sprachenpolitik sollten klarer definiert werden. Der Bewertung der endgültigen Auswirkungen von Programmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse von Studierenden und Erwachsenen sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Kohärenz zwischen dem MWB und anderen EU-Politikbereichen, die sich auf die sprachliche Vielfalt und die Anwendung der LM+ 2-Formel, insbesondere in der Hochschulbildung, auswirken könnten, sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

1 Die MWB und die Sprachenpolitik der EU

Wichtigste Ergebnisse:

- Das goldene Zeitalter der Mehrsprachigkeit war der Zeitraum 2007-2010. Nach 2014 war die Mehrsprachigkeit keine der Prioritäten der Kommission.
- Die derzeitige mangelnde Aufmerksamkeit für die Mehrsprachigkeit ist nicht gerechtfertigt.
- Die Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit (SEM) hat drei Hauptziele: 1) Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Integration von Migranten und interkultureller Dialog, 2) Förderung der Arbeitskräftemobilität im Binnenmarkt, Beschäftigungsfähigkeit und Wachstum in Europa, 3) wirksame und inklusive Verwaltung der mehrsprachigen Kommunikation in einer supranationalen Demokratie.
- Die Förderung des lebenslangen Sprachenlernens sowie die Unterstützung von Übersetzung und Dolmetschen sind operative Ziele, um die allgemeinen Ziele zu erreichen.

1.1 Ziele der SEM

Die Entschließung des Europäischen Rates zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit SEM (Rat der Europäischen Union 2008 b) ist eines der von der EU veröffentlichten Dokumente zur allgemeinen europäischen Sprachenpolitik. Die MWB kann daher nicht isoliert untersucht werden. Es gibt zwei Arten von einschlägigen Dokumenten, die für die Zwecke dieses Dokuments relevant sind:

a) offizielle Dokumente zur Festlegung der allgemeinen Sprachenpolitik der EU, wie Entschließungen des Rates, Mitteilungen der Kommission oder Entschließungen des Europäischen Parlaments. Diese Dokumente decken vier Bereiche ab. Der erste Bereich ist die Bildung, insbesondere das Erlernen und Lehren von Sprachen. Der zweite Bereich betrifft die Rolle und Bedeutung der Sprachen für die Integration, den sozialen Zusammenhalt, den interkulturellen Dialog, die europäische Bürgerschaft und die Sprachdemokratie. Drittens werden in verschiedenen Dokumenten die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf die Mobilität des Einzelnen, seine Beschäftigungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen behandelt. Der vierte Politikbereich, der nach 2000 eher marginal geworden ist, betrifft die Unterstützung von Minderheitensprachen.

B) Berichte oder Studien externer Sachverständiger zu verschiedenen Aspekten der EU-Sprachpolitik.

Darüber hinaus gibt es verschiedene offizielle Dokumente, Berichte oder Studien, in denen die Sprachen oder die Sprachenpolitik indirekt oder nebenbei als ein Aspekt anderer Themen genannt werden, z. B. die Integration erwachsener Migranten und ihrer Kinder, die Schaffung eines europäischen Patents mit zentralisierter Wirkung und die Hochschulbildung. Fragen im Zusammenhang mit Sprachproblemen, die beim Europäischen Parlament eingereicht wurden, Entscheidungen des Gerichtshofs oder des Europäischen Bürgerbeauftragten zu sprachlichen Problemen und Dokumente, die interne Merkmale der EU-Sprachpolitik betreffen, wie z. B. Bestimmungen über die Sprachenregelung der EU (z. B. Verordnung Nr. 1/58), werden nicht berücksichtigt. Der

Bestand an veröffentlichten Dokumenten ist groß (siehe Gazzola 2016, Presse für eine Übersicht). So veröffentlichten beispielsweise die Organe und Einrichtungen der EU zwischen 1981 und 2015 etwa 100 Dokumente der Gruppe (a), während die EU von 1996 bis 2015 70 Veröffentlichungen der Gruppe (b) veröffentlichte. Eine Zusammenfassung dieser Dokumente in diesem Informationsvermerk ist weder möglich noch sinnvoll. Um die Entschließung des Rates zur MWB zu kontextualisieren und den allgemeinen Rahmen für die europäische Sprachenpolitik darzustellen, müssen jedoch einige dieser Punkte erwähnt werden.

Das goldene Zeitalter der Mehrsprachigkeit war wahrscheinlich der Zeitraum 2007-2010. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kommission einen vollwertigen Kommissar für Mehrsprachigkeit (Herr Orban). In diesem Zeitraum wurden verschiedene wichtige politische Dokumente, einschließlich der MWB, veröffentlicht. Unter anderem müssen wir die Mitteilung der Kommission "*Mehrsprachigkeit: ein Trumpf für Europa und ein gemeinsames Engagement*" (Europäische Kommission 2008) und eine *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. März 2009 zur Mehrsprachigkeit* (Europäisches Parlament 2008). Dies bedeutet natürlich nicht, dass der sprachlichen Vielfalt vor 2007 keine Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Vor 2007 war die Mehrsprachigkeit ein ausdrücklicher Politikbereich des für Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit zuständigen Kommissionsmitglieds (von Herrn Figel von 2004 bis 2007) und ein wichtiges Thema auf der Tagesordnung des Kommissars für Bildung, Kultur, Jugend, Medien und Sport (von Frau Reding zwischen 1999 und 2004). Zwischen 1999 und 2007 wurden verschiedene wichtige politische Dokumente zum Sprachenlernen veröffentlicht, z. B. die Mitteilung der Kommission zur *Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt. Einen Aktionsplan 2004-2006* (2003), „eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ der Kommission (2005) und die *Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Barcelona* aus dem Jahr 2002, als der Rat den Mitgliedstaaten empfohlen hat, Schülern zusätzlich zu ihrer Muttersprache mindestens zwei Fremdsprachen zu vermitteln (diese Formel wird manchmal als „Muttersprache + 2“ oder „Muttersprache + 2“ bezeichnet). Es gilt, die Organisation des *Europäischen Jahres der Sprachen* im Jahr 2001 zu erwähnen. Nach 2010 wurde die Mehrsprachigkeit jedoch wieder in das Ressort „Bildung und Kultur“ (von Frau Vassiliou) aufgenommen und schließlich im Jahr 2014, als der von Jean-Claude Juncker geleitete Ausschuss ihr Amt aufnahm, verschwunden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Jahrzehnt von 2000 bis 2010 eine Zeit war, in der Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit weitaus sichtbarer waren als heute. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik im heutigen Europa weniger wichtig und relevant sind als in der Vergangenheit, ganz im Gegenteil. Auf diesen Punkt werde ich in den Schlußanträgen zurückkommen.

Die MWS fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, drei Arten von Maßnahmen zu ergreifen. Solche Maßnahmen werden manchmal in anderen offiziellen Dokumenten erwähnt. Die erste betrifft **die Stärkung des lebenslangen Sprachenlernens** (Punkt 2 der MWB). Dies bedeutet, dass mehr Mittel in den Fremdsprachenunterricht auf allen Bildungsebenen (d. h. Pflicht-, Berufs- und Hochschulunterricht) investiert werden, die Möglichkeiten zum Erlernen von Sprachen in formalen, nichtformalen und informellen Kontexten verbessert, die Ausbildung von Sprachlehrern unterstützt und in den internationalen Austausch einbezogen werden. In der Hochschulliteratur über Sprachenpolitik und -planung (LPP = PPL) wird dies als Akquisitionsplanung *definiert* (siehe Hornberger 2006).

In Abschnitt 5 der MWB fordert der Rat die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, **die EU-** Sprachen weltweit zu fördern. Zu diesem Zweck empfiehlt der Rat, die Zusammenarbeit zwischen den Kultureinrichtungen der Mitgliedstaaten zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Organisationen, die im Bereich des Sprachenlernens und der kulturellen und sprachlichen Vielfalt tätig sind, zu verstärken. In LPP = PPL wird dies *als Zustandsplanung bezeichnet*.

Schließlich unterstreicht der Rat die **Bedeutung der Übersetzungsindustrie** und fördert Maßnahmen zur Unterstützung der Übersetzung von Texten und Filmen, der Ausbildung von Übersetzern und der Entwicklung mehrsprachiger Terminologiedatenbanken und Sprachtechnologien¹.

Der Zweck dieses Informationsdokuments besteht nicht darin, die drei soeben vorgestellten Aktionen zu erörtern, oder nicht grundsätzlich. Stattdessen konzentrieren wir uns auf die **drei impliziten oder expliziten allgemeinen Ziele der MWB**. Die Förderung des lebenslangen Sprachenlernens und die Unterstützung der Übersetzungsindustrie sind nicht die obersten Ziele der MWB. Dies sind Voraussetzungen für die Verwirklichung anderer allgemeiner sozioökonomischer Ziele, nämlich:

1. Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Integration von Migranten und des interkulturellen Dialogs (MSA Punkt 1);
2. Förderung der Arbeitskräftemobilität im Binnenmarkt, der Beschäftigungsfähigkeit und des Wachstums in Europa (Punkt 3 der MWB);
3. die mehrsprachige Kommunikation in einer supranationalen Demokratie wirksam und inklusiv zu gestalten (endgültige Empfehlungen an die Kommission).

Die MWB sollte im Lichte dieser drei allgemeinen Ziele bewertet werden.

Das erste Ziel der MWB ist die Förderung der Mehrsprachigkeit mit dem Ziel, „den sozialen Zusammenhalt, den interkulturellen Dialog und das europäische Aufbauwerk zu stärken“. Diese Begriffe wurden weder in der MWS noch in der Mitteilung der Kommission "*Mehrsprachigkeit: ein Trumpf für Europa und ein gemeinsames Engagement*" (Europäische Kommission 2008 e). In diesem Artikel nehmen wir die folgenden Arbeitsdefinitionen an².

Soziale Eingliederung kann als ein Prozess definiert werden, bei dem Menschen, die in einem bestimmten Gebiet leben, unabhängig von ihrem soziokulturellen Hintergrund ihr volles Potenzial im Leben entfalten können. Maßnahmen zur Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen und Maßnahmen zur Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen, die sich auf ihr Leben auswirken, sind Beispiele für Bemühungen zur Verbesserung der sozialen Inklusion. Der *soziale Zusammenhalt* ist ein benachbartes Konzept, das als Merkmal einer Gesellschaft definiert

1 Verschiedene Beispiele für Programme oder Datenbanken wie Creative Europe, die interaktive Terminologie für Europa (IATE) und das maschinelle Übersetzungssystem für öffentliche Verwaltungen werden in Abschnitt 3.4 ausführlich behandelt.

2 Die Definitionen der sozialen Eingliederung und des sozialen Zusammenhalts werden von der Abteilung Sozialpolitik und Entwicklung der Vereinten Nationen angepasst <http://undesadspd.org/socialintegration/definition.aspx>

werden kann, in der alle Gruppen ein Gefühl von Zugehörigkeit, Teilhabe, Inklusion, Anerkennung und Legitimität haben. Der Europarat definiert den *interkulturellen Dialog* als einen offenen und respektvollen Meinungsaustausch zwischen Einzelpersonen und Gruppen verschiedener Kulturen, der zu einem tieferen Verständnis der Gesamtwahrnehmung des anderen führt³. Obwohl es keine offizielle Definition des *europäischen Aufbauwerks* gibt, können wir diesen Begriff als den dynamischen Prozess interpretieren, durch den sich die EU schrittweise zu einer politischen Einheit entwickelt hat. Er verweist auf die teilweisen Interdependenzen, die schrittweise von der Wirtschaft auf die Politikbereiche ausgedehnt wurden.

Diese Definitionen sind zu allgemein und zu vage, um als konkrete politische Ziele interpretiert zu werden, und sollten besser spezifiziert werden (wir werden in den Schlussfolgerungen auf diesen Aspekt zurückkommen). In diesem Artikel konzentrieren wir uns daher auf die besondere Auslegung dieser Begriffe, die sich aus der MWB und anderen offiziellen Erklärungen zur Mehrsprachigkeit ergibt, wie den Schlussfolgerungen des Rates vom 22. Mai 2008 zur Mehrsprachigkeit (Rat der Europäischen Union 2008a) und der *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. März 2009 zur Mehrsprachigkeit* (Europäisches Parlament 2008).

Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, des interkulturellen Dialogs und des europäischen Aufbauwerks kann verschiedene Dinge bedeuten. Erstens ist die sprachliche Integration erwachsener Migranten und ihrer Kinder sicherlich eines der ausdrücklichen Ziele der MWB (siehe auch das von der *Europäischen Kommission 2008b veröffentlichte Grünbuch zur Migration*). Dies bedeutet nicht, dass Migranten durch die Integration nicht in die Lage versetzt werden sollten, die Sprache(n) ihres Herkunftslandes beizubehalten. Zweitens sollte der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen möglich und für jedermann in der Gesellschaft zugänglich sein. Mit anderen Worten, Sprachkenntnisse sollten kein Vorrecht der Elite sein. Fremdsprachenkenntnisse und sprachliche Integration sollten dazu beitragen, das Entstehen von „Parallelgemeinschaften“ zu vermeiden, die in einer bestimmten Gesellschaft durch Sprachbarrieren geteilt (oder sogar getrennt) werden. Dies gilt nicht nur für Migranten, sondern auch für mobile EU-Bürger im Ausland. Sprachkenntnisse erleichtern den interkulturellen Dialog, da sie die Fähigkeit der EU-Bürger, die Kultur anderer Europäer (und Migranten) zu verstehen, verbessern und somit zur europäischen Integration beitragen.

Das zweite allgemeine Ziel der MWB besteht darin, „die Mobilität der Arbeitskräfte im Binnenmarkt, die Beschäftigungsfähigkeit und das Wachstum in Europa zu fördern“. Mobilität ist ein Begriff, der verschiedene Phänomene bezeichnet, nämlich *„immigration (in das Land einreisende Ausländer), Auswanderung (Auswanderung aus dem Land), Rückkehrmigration (nationale Rückkehr) und zirkuläre Migration (nationale Migration, die sich in beide Richtungen zwischen Ländern bewegt)“* (Vandenbrande 2006:9). Dieses Ziel ist auch sehr allgemein, aber es ist relativ leichter zu definieren und zu messen als das erste. Es sei darauf hingewiesen, dass das zweite allgemeine Ziel in der Rede der EU zur Mehrsprachigkeit in den letzten 15 Jahren überwältigend geworden ist. Seit Beginn der 2000er-Jahre wurden die Reden der EU über das Erlernen von Fremdsprachen zunehmend mit der Verwirklichung der allgemeinen sozioökonomischen Ziele der EU verknüpft, wie sie in der *Lissabon-Agenda 2000bis2010* und der *Agenda Europa 2020* (Krzyzanowski und Wodak 2011) festgelegt sind⁴.

³ siehe http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/concept_EN.asp#P30_3374

⁴ Die Lissabon-Agenda war ein Plan der Europäischen Kommission, „die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, bis 2010 ein

Dies bedeutet nicht, dass kulturelle oder kognitive Aspekte des Sprachenlernens vernachlässigt wurden. Vielmehr wurde der Anwendungsbereich der EU-Sprachpolitik erweitert. Fremdsprachenkenntnisse werden zunehmend als eine Form des Humankapitals angesehen, die dem Einzelnen, den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt wirtschaftliche Vorteile bringen kann. Im Ausschuss der Kommission *"Mehrsprachigkeit: ein Trumpf für Europa und ein gemeinsames Engagement"* (Europäische Kommission 2008 e) werden beispielsweise Sprachkenntnisse als eine Art von Fähigkeit dargestellt, die zum wirtschaftlichen Wohlstand beiträgt, ein Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen erhöht, und eine Form von Humankapital, die die Beschäftigungsfähigkeit der Bürger positiv beeinflussen kann. In der Mitteilung der Kommission *„Ein neuer strategischer Rahmen für Mehrsprachigkeit“* (Europäische Kommission 2005) wird die Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse der Europäer ausdrücklich mit einem der zentralen Ziele des europäischen Projekts, nämlich der Verwirklichung einer vollständigen wirtschaftlichen Integration, verknüpft. In diesem Dokument argumentiert die Kommission, dass "die Union für die Verwirklichung des Binnenmarktes eine mobilere Arbeitskraft braucht. Kompetenzen in mehreren Sprachen erhöhen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

In den *Schlussfolgerungen des Rates zu Sprachkompetenzen zur Verbesserung der Mobilität* (Rat der Europäischen Union 2010) werden Sprachkompetenzen als „ein wesentlicher Bestandteil einer wettbewerbsfähigen wissensbasierten Wirtschaft“ dargestellt. Fremdsprachenkenntnisse sind für alle EU-Bürger von entscheidender Bedeutung und ermöglichen es ihnen, sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Vorteile der Freizügigkeit innerhalb der EU zu nutzen. In einer kürzlich veröffentlichten Mitteilung der Kommission *"Neue Denkansätze für die Bildung: Investitionen in Kompetenzen zur Verbesserung der sozioökonomischen Ergebnisse"* (Europäische Kommission 2012 f, Europäische Kommission 2012 d) Sprachkenntnisse werden als "immer wichtiger für die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität junger Menschen" bezeichnet; darüber hinaus sind "geringfügige Sprachkenntnisse ein wesentliches Hindernis für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Die Unternehmen brauchen auch die Sprachkenntnisse, die sie benötigen, um auf einem globalen Markt tätig zu werden. Es gibt vernünftige wirtschaftliche Gründe für solche Aussagen. Darauf werden wir im nächsten Abschnitt näher eingehen.

Das dritte Ziel der SEM ist die Verwaltung der mehrsprachigen Kommunikation in den EU-Organen. Der Rat ersucht die Kommission, „besonders darauf zu achten, Informationen in allen Amtssprachen bereitzustellen und die Mehrsprachigkeit auf den Websites der Kommission zu fördern“. Diese Empfehlung entspricht der oben genannten Empfehlung des Europäischen Parlaments (2008), in der das Parlament „die Notwendigkeit der Anerkennung der Parität zwischen den Amtssprachen der EU in allen Aspekten der öffentlichen Tätigkeit“ betont, und in den Schlussfolgerungen des Rates aus dem Jahr 2008 (2008a), in denen betont wird, dass „die Sprachenvielfalt Europas erhalten und die Parität zwischen den Sprachen uneingeschränkt gewahrt werden [sollte]“. Die EU-Organe sollten bei der Verfolgung dieser Ziele eine Schlüsselrolle spielen.“ Der Schwerpunkt der SEM auf den Wert von Übersetzung und Dolmetschen und die Bedeutung der Sprachenindustrie ist teilweise mit der Unterstützung des Rates für die Mehrsprachigkeit in den EU-Organen verknüpft. Die EU ist der weltweit größte Arbeitgeber

nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Europa 2020 ist eine zehnjährige Strategie für „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ mit einer besseren Koordinierung der nationalen und europäischen Politiken.

von Übersetzern und Dolmetschern.

1.2 Definition von Kosten, Nutzen und Relevanz der MWB

Im Allgemeinen wird eine öffentliche Politik definiert als "eine Reihe von bewusst kohärenten Entscheidungen oder Tätigkeiten, die von verschiedenen öffentlichen und manchmal privaten Akteuren getroffen oder durchgeführt werden, deren Ressourcen, institutionelle Bindungen und Interessen unterschiedlich sind, um ein Problem gezielt zu lösen, das von Natur aus politisch als kollektiv definiert wird. Diese Gruppe von Entscheidungen und Tätigkeiten führt zu mehr oder weniger restriktiven formalisierten Maßnahmen, die häufig darauf abzielen, das Verhalten von gesellschaftlichen Gruppen (Individuen) zu ändern, von denen angenommen wird, dass sie am Wurzeln liegen oder in der Lage sind, das kollektive Problem zu lösen (Zielgruppen) im Interesse der sozialen Gruppe, die von den negativen Auswirkungen des betreffenden Problems betroffen ist (Endbegünstigte)" (Knoepfel et al. 2007:24).

Sprachpolitik kann als eine besondere Art der öffentlichen Politik charakterisiert werden, die letztlich darauf abzielt, das Sprachverhalten einer bestimmten Zielgruppe zu ändern (voir Grin 2003, Gazzola 2014 zur Diskussion). Im Einzelnen ist eine Sprachenpolitik eine Reihe von Maßnahmen, die in der Regel vom Staat, von den regionalen und lokalen Behörden ergriffen werden, um den Korpus, den Status und den Erwerb einer oder mehrerer Sprachen explizit oder implizit zu beeinflussen. Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt, können einige der in der SEM vorgeschlagenen Maßnahmen oder Aktionen als eine Form der Status- und Lernplanung betrachtet werden. Zum Beispiel zielt die Förderung des lebenslangen Sprachenlernens darauf ab, das Verhalten des Einzelnen zu verändern, indem seine Sprachkenntnisse verbessert werden.

Da das lebenslange Sprachenlernen und die Übersetzung implizit als Mittel zur Erreichung anderer allgemeiner sozioökonomischer Ziele der EU dargestellt werden, sollten die Vorteile und Nachteile (oder „Vor- und Nachteile“ und „Kosten“) der MWB sowie ihre Verteilungseffekte im Einklang mit diesen allgemeinen Zielen bewertet werden. Bevor wir diskutieren, wie die Vorteile und Nachteile der MWB charakterisiert werden können, müssen einige wichtige Definitionen in Erinnerung gerufen werden.

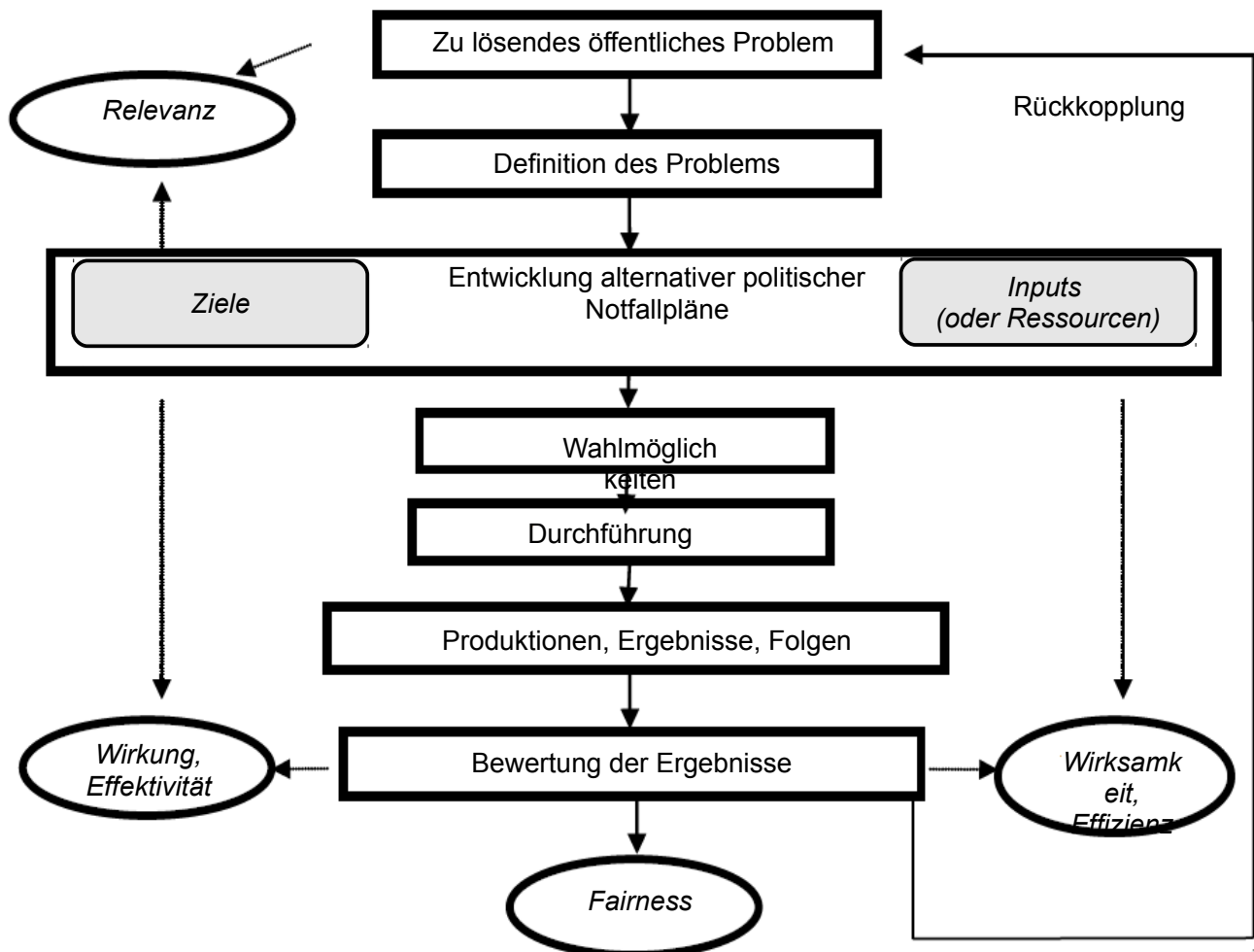
Die Gestaltung und Umsetzung öffentlicher Maßnahmen wird häufig als Zyklus (oder „Politikzyklus“) dargestellt, dessen Phasen wie folgt zusammengefasst werden können⁵:

- a. Entstehung und Wahrnehmung eines zu lösenden öffentlichen Problems (z. B. Mangel an angemessenen Sprachkenntnissen auf dem Arbeitsmarkt, Sprachbarrieren, die die Mobilität behindern);
- b. Verständnis und Definition des Problems,
- c. Formulierung und Vergleich möglicher Lösungen oder alternativer Aktionspläne (z. B. alternative Wege zur Förderung der Sprachausbildung von Erwachsenen);
- d. Wahl einer Lösung,
- e. Durchführung,
- f. Produkte und Ergebnisse
- g. Auswertung der Ergebnisse
- h.(i) – (Wiederauftreten und Wahrnehmung eines Problems).

5 siehe Gazzola (2014 a: 53-54 unter Berufung auf Knoepfel et al. 2007) für eine Diskussion.

Die Bewertung einer öffentlichen Politik erfolgt anhand verschiedener Kriterien. Die wichtigsten Kriterien sind: *Relevanz*, *Wirksamkeit*, *Effizienz* (häufig als Kosteneffizienz in angewandter Forschung) und *Fairness*. **Relevanz** bezieht sich auf die Bewertung der Zweckmäßigkeit der expliziten politischen Ziele in Bezug auf die Probleme, die mit ihr angegangen werden sollen. Die Bewertung der **Wirksamkeit** einer Politik setzt voraus, dass klargelegt wird, inwieweit die Ziele erreicht wurden. Die Bewertung der Wirksamkeit erfordert eine gründliche Prüfung der zu erreichenden Ziele, eine Analyse der Kausal-Effekt-Beziehungen, die die Politik mit ihren Endzielen verbinden, und die Messung der Ergebnisse der Politik (siehe unten). Die Bewertung der **Effizienz** (= Wirksamkeit im Sinne der Wirtschaftlichkeit) verschiedener Politiken bedeutet, dass die eingesetzten Ressourcen mit den erzielten Ergebnissen in Verbindung gebracht werden. In der Politikanalyse beinhaltet die Bewertung von **Gerechtigkeit** die Identifizierung, wer verliert, wer gewinnt und (wenn möglich) wie viel, und wie die Kosten alternativer Politiken zwischen Einzelpersonen und Gruppen geteilt werden.

Daher gibt es in der politischen Analyse (z. B. Just, HUETH, und Schmitz 2004) keinen besonderen ethischen Inhalt des technischen Konzepts der Fairness, so dass die Verteilungswirkung alternativer Sprachpolitiken auf die betroffenen Akteure in Betracht gezogen werden kann. Abbildung 1 fasst die wichtigsten Etappen des Politikzyklus zusammen. Ovale Blasen stellen die Bewertungskriterien dar.



Quelle: Gazzola (2014a 53-54)

Abbildung 1: Bewertungskriterien und Politikzyklus

Die **Inputs** (oder Ressourcen) einer Politik werden definiert als alle finanziellen, personellen, materiellen, organisatorischen und regulatorischen Mittel, die für die Durchführung einer Intervention mobilisiert werden. Die **Kosten** werden auf der Grundlage der eingesetzten Mittel berechnet. Die **Ergebnisse** einer Politik sind die direkten Auswirkungen der Politik, d. h. das, was mit den für die Politik bereitgestellten Mitteln finanziert und verwirklicht wird. Mit anderen Worten, die Ergebnisse sind alles, was im Gegenzug für öffentliche Ausgaben erreicht wird (in den folgenden Abschnitten werden einige konkrete Beispiele genannt). Ergebnisse (oder **Produktionen** oder **Folgen**) sind die Endwirkungen einer Politik in Bezug auf Variablen, die beeinflusst werden sollen (z. B. Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch das Erlernen von Sprachen). In der Kosten-Nutzen-Analyse ist der Nutzen (oder Nutzen) einer Politik in monetärer Hinsicht zu messen. Die Ermittlung und Berechnung des Nutzens der Sprachpolitik ist jedoch aufgrund der methodischen und epistemologischen Schwierigkeiten aufgrund der komplexen Natur der Sprache, die bei weitem nicht gelöst ist (siehe Grin 2003 zur Diskussion). Es sei daran erinnert, dass sich die Vorteile der Sprachenpolitik nicht nur auf den **Marktwert** der Sprachen beschränken, sondern auch auf ihren **nicht-kommerziellen** oder **symbolischen Wert** (siehe Grin und Vaillancourt 1997 zur Diskussion). Sprachkenntnisse, die beispielsweise in der Berufsausbildung erworben wurden, können am Arbeitsplatz genutzt werden und dem Einzelnen wirtschaftliche Vorteile bringen. Sie können jedoch auch den interkulturellen Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft verbessern. Bei der Bewertung der Sprachpolitik werden die **Vorteile** oder **Vorteile** definiert als die positiven Auswirkungen einer Politik auf die unmittelbar von der Politik selbst betroffenen Akteure. In einigen Fällen können solche Gewinne in monetärer Hinsicht quantifiziert werden, z. B. höhere Einkommensunterschiede für zweisprachige Arbeitnehmer, die an Sprachkursen teilgenommen haben, während in anderen Fällen andere nichtmonetäre Maßeinheiten verwendet werden müssen. Bei der Bewertung der Sprachpolitik sind daher Vereinfachungen erforderlich (z. B. „die Zahl der Arbeitslosen, die aufgrund der im Rahmen einer Berufsausbildung erworbenen Sprachkenntnisse eine Arbeit finden“, und „Anteil der EU-Bürger, die die Amtssprachen der EU verstehen können“). Einige Beispiele werden in den nächsten Abschnitten vorgestellt.

Das in Abbildung 1 dargestellte Standardbewertungsmodell gilt jedoch nur bis zu einem gewissen Grad für die MWB. Die MWB legt in der Tat sehr allgemeine Ziele in sehr unterschiedlichen Politikbereichen wie Arbeitsmarkt, soziale Eingliederung und Bürgerschaft fest. Um die Vor- und Nachteile der MWB in einem einzigen Interventionsbereich zu bewerten, sollten die Entscheidungsträger die Ziele genauer spezifizieren und die logische Kette klären, in der die investierten Mittel mit den erwarteten Ergebnissen verknüpft werden. Dies wäre natürlich zu spezifisch für eine Entschließung (der Kommission), aber nicht für getrennte Durchführungspläne. Darüber hinaus sollten die Vorteile durch eine Reihe von Ergebnisindikatoren ermittelt und ermittelt werden, und vor allem sollten angemessene und zuverlässige Daten bereitgestellt werden. Nach unserer Kenntnis sind diese Informationen nicht verfügbar, und das, was zur Verfügung steht, reicht nur für einige Aspekte der MWB aus. Ein mögliches Mittel zur Überwindung dieser Hindernisse besteht darin, den Umfang der Analyse einzuschränken und zwischen der Bewertung der Relevanz der allgemeinen Ziele der MWB einerseits und der Bewertung der Auswirkungen der von der Kommission zur Umsetzung der MWB ergriffenen Maßnahmen andererseits zu unterscheiden.

Dieser Bericht ist in zwei Teile gegliedert. Teil 1 enthält eine Gesamtbewertung der

Relevanz der MWB. Wir untersuchen den Zusammenhang zwischen den Zielen der Strategie und den Problemen, die durch die MWB gelöst werden sollen. Eine solche Bewertung erfolgt im Lichte der empirischen und theoretischen Ergebnisse der akademischen Literatur auf dem Gebiet der Sprachökonomie. In diesem Bericht werden die verschiedenen Forschungsergebnisse zu den Vor- und Nachteilen der Mehrsprachigkeit in Wirtschaft, Gesellschaft und Institutionen der EU vorgestellt. Diese Ergebnisse vermitteln ein allgemeines, wenn auch begrenztes Bild des sprachlichen Bedarfs im derzeitigen mehrsprachigen europäischen Umfeld. In diesem Zusammenhang bewerten wir die Relevanz der allgemeinen Ziele und Empfehlungen der MWB, d. h., wir bewerten, ob die MWB Ziele und Maßnahmen vorschlägt, die für die Lösung einiger der wichtigsten Sprachprobleme im derzeitigen mehrsprachigen europäischen Umfeld relevant sind. Wenn eine Politik irrelevant ist, dürfte sie für die Gesellschaft keinen Nutzen bringen.

Im zweiten Teil des Berichts konzentrieren wir uns auf die Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung der MWS. Wir fassen die verfügbaren Nachweise für solche Aktionen zusammen und legen, soweit möglich, Daten zu ihren Vor- und Nachteilen vor, indem wir den in Abbildung 1 dargestellten einfachen Rahmen verwenden. In dieser Diskussion werden die Ziele hervorgehoben, die weitere Unterstützung erfordern könnten, sowie die Art der Daten und Informationen, die für eine bessere Überwachung der Umsetzung der MWB erforderlich sind.

2 Der mehrsprachige europäische Kontext

Wichtige Ergebnisse:

- Im Allgemeinen bringen Fremdsprachenkenntnisse dem Einzelnen wirtschaftliche Vorteile in Bezug auf positive Einkommensunterschiede. Sehr gute Sprachkenntnisse werden mehr als nur begrenzte Sprachkenntnisse belohnt. Englisch hat einen unbestrittenen wirtschaftlichen Nutzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt, ist aber nicht der einzige Trumpf, in den investiert werden kann; in bestimmten Kontexten können Fähigkeiten in anderen Sprachen besser belohnt werden. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, mehr als eine Fremdsprache in den Bildungssystemen der europäischen Länder zu unterrichten.
- Die positive soziale Rentabilität des Fremdsprachenunterrichts zeigt, dass das Erlernen von Sprachen eine wertvolle Investition für die Gesellschaft insgesamt ist.
- Obwohl die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen für die Beschäftigungsfähigkeit in verschiedenen EU-Dokumenten hervorgehoben wird, sind die empirischen Beweise für diese Behauptung nach wie vor unzureichend. Die Beherrschung der Sprache(n) des Gastlandes wirkt sich jedoch positiv auf das Arbeitseinkommen der Migranten und ihre Beschäftigungsfähigkeit aus.
- Einige Studien zeigen, dass Sprachkenntnisse zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen, aber leider betrifft keine dieser Studien die Europäische Union.
- Eine gemeinsame Amtssprache oder gesprochene Sprache erhöht die Handelsströme zwischen den Ländern erheblich.
- Eine Sprachenpolitik kann sich auf die Verteilung der Kosten auswirken, die innovativen europäischen Unternehmen beim Schutz der Rechte des geistigen Eigentums durch Patente entstehen. Dies kann Bedenken hinsichtlich der Fairness in Bezug auf den Entwurf eines zentral wirksamen europäischen Patents aufwerfen.
- Das Erlernen von Sprachen erleichtert die Mobilität. Das Sprechen der Sprache eines Landes erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Migration in dieses Land um etwa fünfmal.
- Die Formel „Muttersprache plus zwei Fremdsprachen“ oder die Förderung einer einzigen Verkehrssprache reichen nicht aus, um sowohl die innereuropäische Mobilität als auch die Integration in die Gesellschaft des Gastlandes zu fördern.
- Nur ein Viertel der europäischen Bürger gibt an, mindestens zwei Fremdsprachen sprechen zu können. Dieser Prozentsatz blieb zwischen 2001 und 2012 praktisch konstant. Die überwiegende Mehrheit der Europäer verfügt über ein grundlegendes oder mittleres Niveau in Fremdsprachen. Das Sprachniveau dürfte sich in naher Zukunft, aber nur bis zu einem gewissen Grad verbessern.
- Nur 7 % der EU-Bürger geben an, Englisch als Fremdsprache auf einem sehr guten Niveau zu sprechen. Mittlere und elementare Ebenen sind viel häufiger. Trotz massiver Investitionen in den Unterricht in Englisch im Bildungssystem wird die Zweisprachigkeit in naher Zukunft nicht erwartet. Englischkenntnisse sind keine universelle „Grundkompetenz“ in Europa.
- Weitere Maßnahmen sind erforderlich, um die Spannung zwischen Mobilität und Inklusion zu lindern, d. h. die Möglichkeit, eine Sprache vor der Abreise ins Ausland und/oder unmittelbar nach der Ankunft im Gastland effektiv zu lernen, dürfte einfacher und kostengünstiger werden.

- Wenn die EU-Organe eine einsprachige Politik verfolgen, die ausschließlich auf Englisch oder dreisprachig auf Englisch, Französisch und Deutsch basiert, würden sie einen hohen Prozentsatz von EU-Bürgern von der Kommunikation mit der EU ausschließen. Der Anteil der ausgegrenzten Personen wäre in Süd- und Osteuropa sehr hoch.
- Die Mehrsprachigkeit ist nach wie vor die effektivste Sprachenregelung unter den üblicherweise in der Literatur untersuchten Alternativen.
- Wirtschaftlich und sozial benachteiligte Personen neigen dazu, dass sie weniger häufig Fremdsprachen sprechen, und sind daher eher negativ betroffen, wenn die EU ihre Muttersprache oder die Sprache der Grundschulbildung nicht mehr verwendet. Mehrsprachigkeit trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.
- Es gibt nicht nur eine allgemeine Verringerung der Zahl der Sprachen, die zum Ausschluss führen würde. Selbst eine Verringerung der derzeitigen Verwendungsbereiche der Amtssprache würde zu ähnlichen Wirkungen führen.
- Die mit einer ein- oder dreisprachigen Politik verbundenen sprachlichen Ausschlussquoten werden nach dem Brexit ansteigen. Dies unterstreicht die Bedeutung eines mehrsprachigen Ansatzes für die externe Kommunikation der EU.

Die drei im vorhergehenden Abschnitt dargelegten allgemeinen Ziele beziehen sich auf drei miteinander verknüpfte Aspekte des mehrsprachigen europäischen Umfelds: Wirtschaft, Gesellschaft und EU-Institutionen. Ziel dieses Abschnitts ist es, einige relevante Ergebnisse der wissenschaftlichen Wirtschaftsforschung, die sich mit diesen Themen befasst, aufzuzeigen, ohne die Vollständigkeit zu wollen. Dies ist ein Ausgangspunkt für Abschnitt 4, in dem die Maßnahmen der EU zur Umsetzung der MWB im Zusammenhang mit den hier vorgestellten empirischen Beweisen erörtert werden.

2.1 Mehrsprachige Wirtschaft

Die Beziehung zwischen sprachlichen und wirtschaftlichen Variablen ist das Zentrum eines wachsenden Korpus von wissenschaftlichen Publikationen zur Mehrsprachigkeit (siehe Gazzola et al. 2016 für detaillierte Bibliographie, siehe auch Grin 2003, und Zhang und Grenier 2013 für Erhebungen). Einige der in dieser Arbeit angesprochenen Themen sind für die MWB relevant, da sie häufig auf wirtschaftliche Argumente zur Förderung der Mehrsprachigkeit hinweisen. Es ist daher sinnvoll, einige der wichtigsten Ergebnisse in diesem Feld zu erwähnen.

2.1.1 Sprachkenntnisse als Form des Humankapitals

Eine erste Forschungslinie betrifft die Schätzung der Nettoauswirkungen von Fremdsprachenkenntnissen auf das Einkommen des Einzelnen und seinen beruflichen Status. Dies bedeutet, zu beurteilen, ob die Kenntnis einer Sprache, die in einem Land oder einer Region (z. B. Spanisch in Frankreich) nicht sozioökonomisch dominiert ist, wirtschaftliche Vorteile für den Einzelnen mit sich bringt. Die zweite Forschungslinie befasst sich mit dem Verhältnis zwischen dem Einkommen von Einwanderern und ihren Sprachkenntnissen in der vorherrschenden Landessprache (z. B. Deutsch für Türken in Deutschland). In diesem Abschnitt werden einige Ergebnisse der ersten Studiengruppe vorgestellt. In Abschnitt 2;2 werden die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf das Einkommen von Migranten erörtert.

2.1.1.1 Einkommensunterschiede

Sprachkenntnisse können als eine Form des Humankapitals verstanden werden, die den Menschen wirtschaftliche Vorteile bringt, weil sie ihre Produktivität beeinflussen und dadurch ihre Effizienz am Arbeitsplatz steigern können (z. B. schnelleres Ein- oder Verkaufen und Aufbau neuer Netzwerke). Solche Vorteile werden in der Regel geschätzt, indem das Nettoeinkommensgefälle von Personen berechnet wird, die eine bestimmte Sprache als Zweit- oder Fremdsprache kennen, wobei ansonsten gleiche Bedingungen herrschen (d. h. alle anderen relevanten Variablen konstant bleiben). Schätzungen der Einkommensunterschiede sind in der Regel das Ergebnis der ökonometrischen Analyse großer Datensätze. Dies ermöglicht die Überwachung anderer relevanter sozioökonomischer Variablen wie Berufserfahrung, Bildungsniveau und Familienstand der Befragten.

Nur wenige Studien befassen sich mit Einkommensunterschieden im Zusammenhang mit Fremdsprachenkenntnissen in Europa. Der Hauptgrund hierfür ist der Mangel an angemessenen und zuverlässigen Daten. In diesem Abschnitt werden einige Ergebnisse für verschiedene europäische Länder (nicht unbedingt innerhalb der EU) vorgestellt. Tabelle 1 zeigt das Nettoeinkommensgefälle für mehrsprachige Einzelpersonen in drei verschiedenen Sprachregionen der Schweiz. Die Ergebnisse werden nach Sprache und Sprachkenntnissen, die von den Befragten angegeben werden, getrennt. Im französischsprachigen Teil des Landes beispielsweise verdient ein Mann mit sehr guten Deutschkenntnissen durchschnittlich 23,2 % mehr als jemand ohne diese Kompetenz, wobei ansonsten gleiche Bedingungen herrschen. Die Einkommensunterschiede, die mit einem Grundniveau oder einem guten Kompetenzniveau verbunden sind, sind geringer.

Sprache	Sprachregion	Niveau der Meisterschaft		
		Grundlegende	Gut, gut.	Ausgezeichnet
Deutsch	französischsprachig	10	12,4	23,2
	Italienisch sprechend	n.s.	n.s.	27,6
Französisch	Deutschsprachig	n.s.	15,1	15,5
	Italienisch sprechend	n.s.	14,1	23,4
Englisch	französischsprachig	n.s.	n.s.	n.s.
	Deutschsprachig	n.s.	19,4	25,1
	Italienisch sprechend	7	n.s.	29,3
n.s. = nicht signifikant			Quelle: Grin (1999, Kapitel 8)	

Tabelle 1: Einkommensunterschiede in der Schweiz (Männer). Ergebnisse in Prozent

Di Paolo und Tansel (2015) zeigen, dass die Kenntnis von Russisch und Englisch als Fremdsprachen auf dem türkischen Arbeitsmarkt im Durchschnitt zu einem positiven

Einkommensgefälle führt (20 % bzw. 10,7 %). Diese Differentials erhöhen sich mit dem Kompetenzniveau. Die Kenntnis der französischen und der deutschen Sprache wird ebenfalls positiv bezahlt, allerdings in geringerem Maße (8,4 % bzw. 8,2 %). In Deutschland führen gute Englischkenntnisse zu einem positiven Einkommensgefälle von etwa 12 % in Situationen, in denen solche Kompetenzen genutzt werden (Stöhr, 2015); die Kenntnis anderer Fremdsprachen wird in einigen Fachberufen belohnt. In Übereinstimmung mit Williams Schätzungen ist die Verwendung einer zweiten Sprache bei der Arbeit mit einem positiven Einkommensgefälle zwischen 3 % und 5 % in verschiedenen westeuropäischen Ländern verbunden (Williams, 2001). Englisch ist die Sprache, deren Beschäftigung in den 14 westeuropäischen Ländern, die vom Autor studiert werden, am meisten belohnt wird, in einigen Ländern wird jedoch auch die Verwendung von Deutsch, Französisch und Italienisch bezahlt. Ginsburg und Prieto (2011) untersuchen die Auswirkungen von Fremdsprachenkenntnissen (und ihren Einsatz am Arbeitsplatz) auf das Einkommen von Einzelpersonen in Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 dargestellt. Das Niveau der Beherrschung ist nicht angegeben. Die Ergebnisse zeigen, dass Englischkenntnisse auf dem Arbeitsmarkt aller untersuchten Länder positiv belohnt werden. In einigen Ländern wird die Kenntnis von Französisch und Deutsch ebenso positiv belohnt, manchmal sogar mehr als Englischkenntnisse.

Länder	Sprache		
	Englisch	Französisch	Deutsch
Österreich	11	n.s.	/
Dänemark	21	n.s.	—11
Finnland	23	n.s.	n.s.
Frankreich	29	/	46
Deutschland	26	n.s.	/
Griechenland	15	24	n.s.
Italien	18	21	28
Portugal	31	34	n.s.
Spanien	39	49	n.s.
n.s. = nicht signifikant		Quelle: Ginsburg und Prieto (2011:612)	

Tabelle 2: Auszeichnungen für Sprachkenntnisse in verschiedenen europäischen Ländern. Ergebnisse in Prozent

Die in diesem Abschnitt erwähnten Studien unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Die Datensätze unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch im Bezugszeitraum. Die Autoren haben verschiedene Schätzstrategien gewählt, und dies kann erklären, warum das Ausmaß der erzielten Ergebnisse sehr unterschiedlich ist. Darüber hinaus untersuchen die Autoren in einigen Artikeln die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf das Einkommen des Einzelnen, während in anderen Dokumenten die Variable die Verwendung von Sprache am Arbeitsplatz ist. Schließlich ist es nicht immer möglich, die Auswirkungen unterschiedlicher Sprachkenntnisse auf das Einkommen zu untersuchen. Trotz dieser Mängel **konvergieren alle** Studien zu den gleichen

Schlussfolgerungen. Erstens **sind die Einkommensunterschiede in Verbindung mit Sprachkenntnissen nicht zu vernachlässigen**. Dies deutet darauf hin, dass das Erlernen von Fremdsprachen für Einzelpersonen eine gute Investition sein kann. Zweitens **werden sehr gute Sprachkenntnisse stärker belohnt als begrenzte Sprachkenntnisse**. Dieses Ergebnis hat offensichtliche Auswirkungen auf die Bildungspolitik. Drittens **hat Englisch einen unbestrittenen wirtschaftlichen Nutzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt, ist aber nicht der einzige sprachliche Vorteil, in den investiert werden kann; in bestimmten Kontexten können Kompetenzen in anderen Sprachen besser belohnt werden als Englisch**. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, im Einklang mit der Formel LM+ 2 in den Bildungssystemen der europäischen Länder mehr als eine Fremdsprache zu unterrichten.

Die erwähnten empirischen Studien untersuchen normalerweise nur die westeuropäischen Länder und konzentrieren sich auf weit verbreitete Sprachen, weil mehr Daten verfügbar sind. Daher berechnen die Autoren Schätzungen für Einkommensunterschiede, die den Sprachen entsprechen, die die Menschen bereits kennen (typischerweise weil sie sie in der Schule gelernt haben), aber **wenig über den wirtschaftlichen Wert der Sprachen, die (noch) wenig gesprochen werden**.

2.1.1.2 Soziale Renditen

Sprachen lernen kann eine wertvolle Investition nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes sein. Anstatt nach Einkommensunterschieden für Einzelpersonen zu suchen, untersuchen wir jetzt das Gesamtniveau. Auf der Grundlage der Schätzungen für die Einkommensunterschiede des Einzelnen kann die soziale Rendite des Fremdsprachenunterrichts berechnet werden, d. h. der Prozentsatz der Rückkehr eines Euro, der in den Sprachunterricht für eine Gesellschaft als Ganzes investiert wird. Tabelle 3 zeigt die soziale Rendite für den Sprachunterricht in der Schweiz, eines der wenigen Länder, in denen Daten vorliegen.

Sprache	Sprachregion		
	französischsprachig	Deutschsprachig	Italienisch sprechend
Deutsch	6,5 %	n.d.	21,5 %
Französisch	n.d.	10 %	11,7 %
Englisch	4,7 %	12,6 %	n.d.
n.d. = nicht verfügbar		Quelle: Grin (1999: Kapitel 9)	

Tabelle 3: Soziale Rendite des Fremdsprachenunterrichts in der Schweiz (Männer)

So liegt beispielsweise die Rendite der Investition eines Euro aus öffentlichen Geldern in den Deutschunterricht im italienischsprachigen Teil der Schweiz bei 21,5 %, was im Vergleich zur durchschnittlichen risikofreien Kapitalrendite recht hoch ist, und die langfristigen Kosten der Kreditaufnahme auf dem Markt. Leider haben wir keine Daten über die anderen europäischen Länder. Diese **Daten deuten jedoch darauf hin, dass der Sprachunterricht nicht nur aus kulturellen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen eine wertvolle Investition für die Gesellschaft sein kann**.

2.1.1.3 Beschäftigungsfähigkeit

Obwohl die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen für die Beschäftigungsfähigkeit in verschiedenen EU-Dokumenten und in der SEM hervorgehoben wird, **gibt es noch**

wenig empirische Beweise für diese Behauptung, abgesehen von den vorläufigen Beweisen der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (siehe Araújo et al. 2015). Nur wenige Artikel in der Hochschulliteratur befassen sich ausdrücklich mit der Frage der Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf die Beschäftigung, und in diesen Beiträgen wird in der Regel die Beziehung zwischen den Kompetenzen in der vorherrschenden Sprache und den Beschäftigungsmöglichkeiten für Zuwanderer untersucht (siehe Gazzola et al. 2016 für einen Überblick).

In der oben erwähnten Studie von Araújo et al. (2015) finden die Autoren einen positiven und statistisch signifikanten Einfluss von Englischkenntnissen auf die Beschäftigungsfähigkeit in Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Slowenien. Die Auswirkung wird durch die Wahrscheinlichkeit gemessen, dass eine Person, die Englisch kennt, eher beschäftigt als arbeitslos ist, im Gegensatz zu jemandem ohne diese Kompetenz, unter sonst gleichen Bedingungen. In Zypern, Spanien, Finnland und Malta wirkt sich die *Beherrschung* der englischen Sprache (d. h. sehr gute Sprachkenntnisse) positiv auf die Beschäftigungsfähigkeit aus. Französisch zu kennen hat einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungsfähigkeit in Malta, Deutschland, Dänemark und Russisch in Bulgarien, Lettland, Litauen und Polen. Die Autoren geben jedoch keine Schätzung des Ausmaßes dieser Wirkungen an. In einer kürzlich von der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission durchgeführten Studie wurden die am meisten nachgefragten Sprachkenntnisse auf dem Arbeitsmarkt mit Schwerpunkt auf Online-Stellenausschreibungen (Beadle et al. 2015) deutlicher herausgearbeitet. Die Ergebnisse zeigen, dass ein erheblicher Prozentsatz der Arbeitgeber fortgeschrittene Fremdsprachenkenntnisse verlangen.

In der Schweiz ist ein Mitglied einer mehrsprachigen Belegschaft - d. h. französischsprachige Einwohner mit Deutsch oder Englisch und deutschsprachige Muttersprachler, die Französisch oder Englisch beherrschen – weniger wahrscheinlich entlassen als ein einsprachiger Mensch. Wenn die Arbeitskosten um 5 % steigen (d. h. die Arbeitskraft wird teurer), so sinken die einsprachigen Arbeitskräfte um 8,7 %, während die mehrsprachigen Arbeitskräfte nur um 3,7 % zurückgehen (Grin et al. 2009).

2.1.2 Der Beitrag der Sprachen zum BIP und zum Handel

Nur wenige Artikel befassen sich mit dem Beitrag der Sprachen zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, d. h. zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). **Sprachkenntnisse können zur Wertschöpfung beitragen, da sie Kauf-, Produktions- und Verkaufsprozesse effizienter machen können.** In der Schweiz tragen Fremdsprachen- oder Zweitsprachkenntnisse (auf Englisch, Französisch und Deutsch beschränkt) rund 10 % des Schweizer BIP bei, wobei Englisch zur Hälfte in diesem Prozentsatz liegt (Grin, Sfreddo und Vaillancourt 2010). Schätzungen für Quebec belaufen sich auf rund 3 % des BIP der Provinzen.

Leider gibt es keine Daten für die EU-Länder. Einige Studienanalysen wurden jedoch auf regionaler Ebene durchgeführt. So zeigt beispielsweise ein aktueller Bericht der baskischen Regierung in Spanien, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener baskischer Sprachaktivitäten auf 4,2 % des regionalen BIP der Autonomen Gemeinschaft geschätzt werden können (Gobierno vasco 2016). Siehe auch Bane Mullarkey Ltd. (2009) für Galway Gaeltacht in Irland.

In der ELAN-Studie (CILT 2006) werden die Auswirkungen des Mangels an Fremdsprachenkenntnissen auf den Export europäischer Unternehmen untersucht, wobei

der Schwerpunkt auf einer Stichprobe kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) liegt. Eine ähnliche Studie wurde für Katalonien in Spanien durchgeführt (Hagen 2010). McCormick (2013) argumentiert, dass zwischen dem BIP eines Landes und dem durchschnittlichen Englischkenntnissen in der Bevölkerung im Allgemeinen eine positive Beziehung bestehe. Das Niveau der Sprachkenntnisse wird mit dem English Proficiency Index (EPI) gemessen, einem von der internationalen Bildungsgesellschaft Education First entwickelten und in den Medien populären Indikator. Die Ergebnisse von McCormick basieren jedoch auf einer einfachen Analyse der statistischen Korrelation und belegen keine tatsächlichen Kausaleffekte zwischen PSA und BIP. Darüber hinaus können die verwendeten Daten unter einer Verzerrung der Selbstauswahl leiden.

Die Folge einer gemeinsamen Handelssprache wurde in verschiedenen Artikeln untersucht (siehe unter anderem Méliitz 2008, FIDRMUC und FIDRMUC 2015, Egger und Toubal 2016, Egger und Lassman 2016). **Die Struktur des Austausches kann auf drei verschiedene Weisen durch die Sprache beeinflusst werden.** Länder können eine offizielle Sprache teilen, was in der Regel auf geopolitische Verbindungen (z. B. eine gemeinsame Kolonialgeschichte) hindeutet. Sie können eine Muttersprache in dem Sinne teilen, dass Menschen, die in zwei verschiedenen Ländern leben, dieselbe Sprache als Muttersprache sprechen. Dies kann als Indikator für kulturelle Affinität gesehen werden. Schließlich können Länder eine gemeinsame gesprochene Sprache teilen, typischerweise eine als Fremdsprache gelernte Sprache, die die Kommunikation zwischen Menschen verschiedener Muttersprachen ermöglicht. Die Ergebnisse zeigen, dass **durchschnittlich eine gemeinsame Sprache (offiziell oder gesprochen) die Handelsströme um 44 % erhöht** (Egger und Lassmann 2012). Die Wirkung einer gemeinsamen gesprochenen Sprache ist stärker als die Wirkung einer gemeinsamen Muttersprache, aber beide Effekte sind signifikant positiv (Egger und Lassman 2016). FIDRMUC und FIDRMUC (2015) zeigen, dass umfangreiche Sprachkenntnisse in der EU eine wichtige Voraussetzung für den Außenhandel sind, wobei Englisch eine besonders wichtige Rolle spielt.

2.1.3 Sprachenpolitik und Innovation

Die Auswirkungen der Sprachen auf die industrielle Innovation werden noch nicht erforscht. Mit industrieller Innovation wollen wir technologische Innovation bedeuten, die durch Rechte des geistigen Eigentums (IPR) wie Patente, Marken und Industrieprojekte geschützt ist. Obwohl einige Studien die Frage der Verbindung zwischen Mehrsprachigkeit und Kreativität – und damit die Frage der Innovation durch Kreativität – behandeln (Marsh und Hill 2009), **konzentrieren sich Artikel über die Beziehung zwischen sprachlicher Vielfalt und industrieller Innovation auf die Auswirkungen sprachlicher Maßnahmen auf die Innovation (im Gegensatz zu den Sprachen selbst).**

IPR-intensive Industriezweige werden definiert als Branchen, die über dem Durchschnitt der Rechte des geistigen Eigentums pro Mitarbeiter (einschließlich Urheberrecht) liegen. In der EU machen schutzrechtsintensive Industriezweige 26 % der Beschäftigung und 39 % des BIP aus; allein die patentintensive Industrie macht 13,9 % des BIP der EU und einen Anteil von 10,3 % an der Gesamtbeschäftigung aus (EPO-HABM 2013). Das Europäische Patentamt (EPO = EPA) mit Sitz in München (Deutschland) ist eine regionale Behörde, die Patente ausstellt, deren Aufgabe es ist, europäische Patentanmeldungen im Namen der 38 Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) zu suchen und zu prüfen. Die Amtssprachen des EPA sind Englisch, Französisch und Deutsch. Das EPA erteilt das europäische Patent, d. h. ein „Stück“ nationaler Patente, die dann in den durch das Patent bezeichneten Staaten validiert werden müssen. Die Validierungsverfahren umfassen die Zahlung der Validierungs- und

Verlängerungsgebühren und in einigen Fällen die Übersetzung des gesamten Patents (oder eines Teils davon, in der Regel die Ansprüche) in eine der Amtssprachen des betreffenden Landes. Die meisten Artikel, die sich mit den Sprachen und dem europäischen Patentsystem befassen, enthalten eine Schätzung solcher Übersetzungskosten nach der Erteilung und erörtern deren Auswirkungen auf die Patentanmeldung und die Zahl der Länder, in denen europäische Patente validiert werden (siehe Van Pottelsberghe und Mejer 2010, Van Pottelsberghe und François 2009, Harhoff, Hoisl et al. 2009). Die Ergebnisse zeigen, dass **sich eine Senkung der Übersetzungskosten nach der Auslieferung positiv auf die Zahl der registrierten Anträge auswirken könnte**. Gazzola (2014a, 2015) untersucht die Unterschiede bei den Kosten für die vorerteilungsbezogenen Übersetzungskosten europäischer Anmelder, die beim EPA Patentanmeldungen einreichen. Die Ergebnisse zeigen, dass **die Gesamtkosten für den Zugang zu Patentverfahren für europäische Anmelder, deren erste Sprache weder Englisch noch Französisch oder Deutsch ist, mindestens 27 % höher sind als die Kosten für englischsprachige, französisch- oder deutschsprachige Anmelder**.

Das EPA gehört nicht zu den Organen oder Einrichtungen der EU, und die SEM befasst sich nicht mit der Frage der Rechte des geistigen Eigentums. Die technologische Innovation ist jedoch in vielerlei Hinsicht mit der EU-Sprachpolitik verknüpft. Im Jahr 2012 schlossen Vertreter der EU eine Vereinbarung über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Patents (oder „**Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung**“). Das einheitliche Patent ist ein vom EPA nach den Regeln und Verfahren der CEB (Europäisches Patentübereinkommen) erteiltes europäisches Patent, dem auf Antrag des Patentinhabers einheitliche Wirkung für das Gebiet der Teilnehmer am einheitlichen Patentsystem verliehen wird. Das Übereinkommen über die Einrichtung eines europäischen Patentgerichts wird derzeit von den EU-Mitgliedstaaten ratifiziert. Darüber hinaus ist noch nicht klar, welche Auswirkungen das Referendum im Vereinigten Königreich vom 23. Juni 2016 auf den Ratifizierungsprozess haben wird. Es genügt zu sagen, dass in den derzeit geltenden Verordnungen festgelegt ist, dass das einheitliche Patent in einer Sprache unter den Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch erteilt wird und dass eine Übersetzung der Ansprüche in die beiden anderen Sprachen nicht erforderlich ist (Rat der Europäischen Union 2012). Er fügt jedoch hinzu, dass keine weitere Übersetzung erforderlich sei, um dem Patent kraft zu verleihen⁶. **Die Sprachenregelung für das Einheitspatent wird somit die Kosten für die Übersetzung nach der Erteilung senken, aber die bestehenden Unterschiede zwischen den europäischen Anmeldern im Vergleich zu den vor der Erteilung bestehenden Übersetzungskosten nicht beseitigen**. Die Kosten für die Übersetzung einer Patentanmeldung in eine der Arbeitssprachen des EPA sollten tatsächlich nur innerhalb eines festgelegten Höchstbetrags und nur für bestimmte Kategorien von Anmeldern erstattet werden. Maschinelle Übersetzung kann dazu beitragen, die Kosten für

6 Während einer Übergangszeit von 12 Jahren eine vollständige Übersetzung der Spezifikationen des Patents ins Englische, wenn die Sprache des Verfahrens vor dem EPA Französisch oder Deutsch ist, oder in eine der Amtssprachen der Mitgliedstaaten, die eine Amtssprache der Union sind, die Verfahrenssprache vor dem EPA ist Englisch. Italien und Spanien haben beschlossen, das Einheitspatent zurückzuziehen, weil sie die Übersetzungsvereinbarungen diskriminierten. Im September 2015 beschloss Italien schließlich, die Verfahren für den Beitritt zum einheitlichen Patententwurf einzuleiten. Dieser Beschluss wurde im Anschluss an die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union gefasst, mit der die Klagen Spaniens gegen Verordnungen zur Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes abgelehnt wurden (Urteile in der Rechtssache C-146/13 Spanien gegen Parlament und Rat und Rechtssache C-147/13 Spanien/Rat).

Patentinformationen zu senken, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Die Auswirkungen des einheitlichen Patents auf Innovationstätigkeiten lassen sich noch nicht abschätzen (für eine Diskussion über die erwarteten Kosten und Vorteile des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung siehe Danguy und Van Pottelsberghe de la Potterie 2011). Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass **die Wahl der Zahl der Arbeitssprachen der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU und die damit verbundenen Übersetzungsregelungen Auswirkungen auf die Verteilung der Kosten haben können, die innovativen europäischen Unternehmen beim Schutz ihrer Rechte des geistigen Eigentums entstehen. Dies kann zu Gerechtigkeitsproblemen führen.** Dies sollte in der allgemeinen Sprachenpolitik der EU nicht außer Acht gelassen werden.

2.2 Ein mehrsprachiges Unternehmen

Unter Nummer 3 der MWB fordert der Rat die Mitgliedstaaten auf, in den Fremdsprachenunterricht zu investieren, um die Mobilität der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu fördern. Es gibt solide wirtschaftliche Gründe für diese Empfehlung. Die neoklassische Wirtschaftstheorie legt nahe, dass die Mobilität der Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) die wirtschaftliche Effizienz verbessert. Die Mobilität der Arbeitskräfte kann zwar regionale Unterschiede bei der Arbeitslosenquote verringern und die marginale Arbeitsproduktivität ausgleichen, wodurch die Effizienz der Leistungen verbessert wird. **Die Mobilität der Arbeitnehmer in der EU ist jedoch nach wie vor ein begrenztes Phänomen.** Laut offiziellen Zahlen leben und arbeiten derzeit etwa 2 % der Bürger im erwerbsfähigen Alter in einem der 27 EU -Mitgliedstaaten. Im Vergleich dazu ist der Anteil der in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen fast doppelt so hoch" (Europäische Kommission 2007 3). Die jüngsten Daten zeigen keine wesentlichen Änderungen. Am¹ Januar 2015 lebten 15,3 Millionen Menschen in einem der EU -Mitgliedstaaten mit der Staatsangehörigkeit eines anderen EU -Mitgliedstaats (auf etwa 3 % der Gesamtbevölkerung der EU)⁷. Neben der Notwendigkeit, eine neue Sprache zu lernen, gibt es verschiedene Faktoren, die von der internationalen Mobilität abschrecken. Unter anderem müssen wir persönliche Gründe wie die Angst vor dem Verlust familiärer Bindungen sowie administrative und institutionelle Hindernisse wie Unterschiede in den Steuersystemen und Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen erwähnen (siehe Vandenbrande 2006: 26 für einen Überblick).

Die Förderung des Fremdspracherwerbs ist nicht nur wichtig, um die Mobilität zu erleichtern; dies kann auch zur Integration mobiler Menschen in die Gesellschaft des Gastlandes beitragen. Anbieter grundlegender Dienstleistungen (Gesundheit, Schule, lokale Behörden und Gerichte) „werden zunehmend mit Menschen kommunizieren, die andere Sprachen sprechen, während ihre Mitarbeiter nicht in anderen Sprachen als ihrer Muttersprache arbeiten können und keine interkulturellen Kompetenzen besitzen“ (Europäische Kommission 2008c:21). Eine der Herausforderungen, mit denen die europäischen Länder heute konfrontiert sind, besteht in der Förderung der Mobilität von Menschen (z. B. Arbeitnehmern, Studenten und Forschern) und gleichzeitig darin, den sprachlichen Bedürfnissen der Neuankömmlinge Raum zu geben, um Ausgrenzung und das Entstehen getrennter Gemeinschaften zu vermeiden (Grin et al. 2014). **Die Frage ist also, ob die LM+ 2-Formel dazu beitragen kann, zwei scheinbar widersprüchliche sozioökonomische Ziele der EU zu erreichen, nämlich die Förderung der Mobilität innerhalb der EU und die Förderung der Inklusion und des sozialen Zusammenhalts.** Eine eingehende Erörterung dieses Themas würde über die Grenzen dieses Dokuments

⁷ Siehe http://ec.europa.eu/eurostat/statisticsexplained/index.php?title=Migration_and_migrant_population_statistics&oldid=292846

hinausgehen⁸. Dennoch ist es sinnvoll, einige zentrale Punkte herauszustellen und bestimmte Daten vorzulegen.

2.2.1 Mobilität, Inklusion und Formel „Muttersprache + 2“

Empirische Daten stützen die Behauptung, dass das Erlernen von Sprachen die Mobilität erleichtert. Das **Sprechen der Sprache eines Landes erhöht die Wahrscheinlichkeit, in dieses Land fast fünfmal zu migrieren** (Aparicio Fenoll und Kuehn 2016). Das Erlernen von Sprachen während der Pflichtschulzeit senkt die Migrationskosten für Einzelpersonen, insbesondere für junge Menschen. Die Entwicklung von Kompetenzen in der Amtssprache des Gastlandes erleichtert die Aufnahme von Neuankömmlingen (siehe folgenden Abschnitt). Allerdings **reichen derzeit weder die LM+ 2-Formel noch die Förderung einer einzigen Verkehrssprache aus, um dieses Ziel zu erreichen, und sie werden in absehbarer Zukunft wahrscheinlich nicht ausreichen**. Erstens, nur eine Minderheit von Europäern beherrscht Fremdsprachen. Zweitens muss die Effizienz der Bildungssysteme im Fremdsprachenunterricht weiter verbessert werden. Drittens und grundsätzlich sind weder die LM+ 2-Formel noch die Förderung einer einzigen Verkehrssprache angemessen, um das Problem der Unvorhersehbarkeit der Bewegungsmöglichkeiten des Einzelnen zu bewältigen. Dieser Abschnitt befasst sich abwechselnd mit diesen Problemen.

Tabelle 4 zeigt den Anteil der EU-Bürger im Alter von mindestens 15 Jahren, die sich in mindestens zwei anderen Sprachen als ihrer Muttersprache unterhalten können. Die Daten wurden in den Jahren 200(1), 2006 und 2012 in verschiedenen Wellen der Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Aufgrund der zahlreichen Erweiterungen hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten geändert. Um einen zeitlichen Vergleich zu ermöglichen, werden in Tabelle 4 die Ergebnisse für 2006 und 2012 dargestellt, die sich auf die Europäische Union mit 15 bzw. 25 beziehen.

Tabelle 4 zeigt, dass **nur ein Viertel der europäischen Bürger angeben, mit mindestens zwei Sprachen sprechen zu können, und dieser Prozentsatz blieb zwischen 2001 und 2012 praktisch konstant**. Das überrascht nicht, denn Bildungsreformen brauchen Jahrzehnte, um ihre Wirkung zu zeigen. Darüber hinaus sind die Daten verschiedener Wellen der Eurobarometer-Umfrage nur bis zu einem gewissen Grad vergleichbar (siehe Ó Riagáin 2015), und wir müssen eine gewisse Fehlermarge bei den Schätzungen zulassen.

⁸ Die Untersuchung verschiedener Strategien zur Vereinbarkeit von Inklusion und Mobilität ist derzeit Gegenstand des von der EU kofinanzierten Projekts „Mobilität und Inklusion in einem mehrsprachigen Europa“ (2014-2018). Siehe www.mime-project.org

EU	Welle der Eurobarometer-Umfrage		
	2001	2006	2012
EU 15	26	26	25
EU-25	n.d.	28	26
EU-27	n.d.	n.d.	25
n.d. = nicht verfügbar	Quelle: vom Autor zusammengestellte Tabelle		

Tabelle 4: EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Lage sind, Gespräche in mindestens zwei anderen Sprachen als ihrer Muttersprache zu führen. Ergebnisse in Prozent

Die Situation wird sich in Zukunft verbessern, wird sich aber nicht grundlegend ändern. Aus den Daten der dritten Welle der Eurobarometer-Umfrage (Europäische Kommission 2012a) geht hervor, dass junge Menschen, insbesondere diejenigen zwischen 15 und 24 Jahren, eher über Kenntnisse in zwei Fremdsprachen verfügen (37 %) als Jugendliche über 55 Jahre (17 %). Der Anteil der Schüler, die mindestens zwei Fremdsprachen lernen, steigt. Der Anteil der Schüler in der Sekundarstufe 3 (ISCED-Stufe 3) in der EU, die mindestens zwei Fremdsprachen erlernen, bleibt relativ konstant, wie Abbildung 2 zeigt.

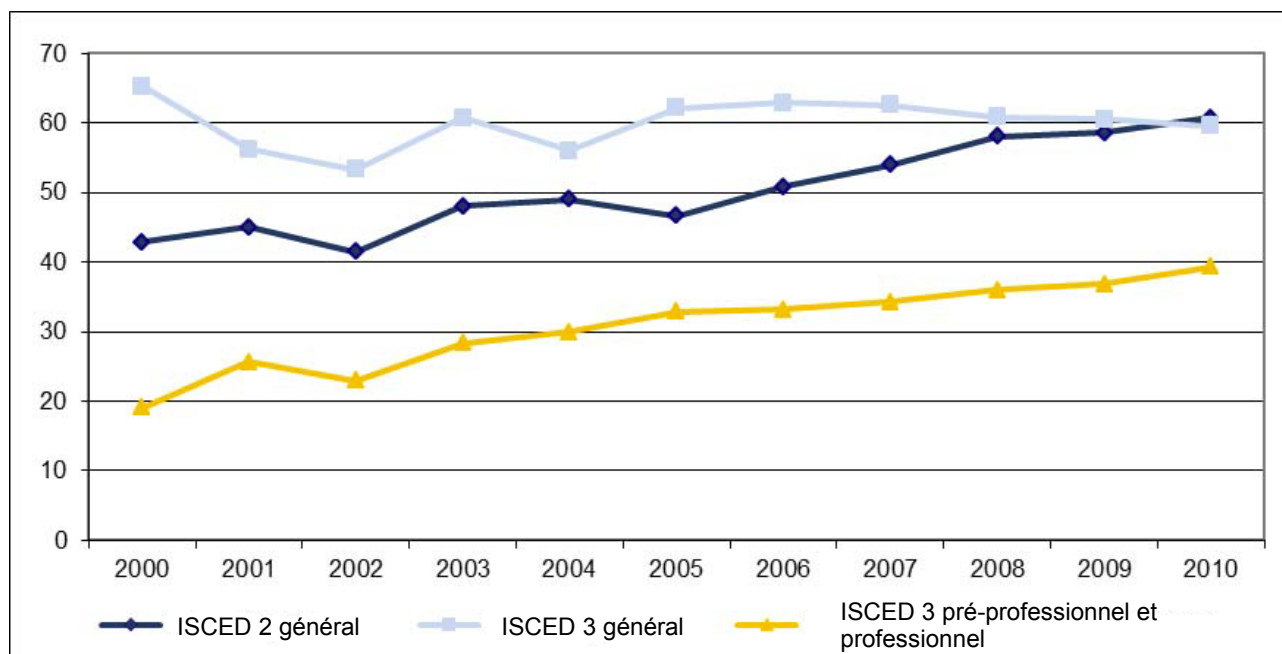


Abbildung 2: Anteil der Schüler, die mindestens zwei Fremdsprachen in der EU erlernen, 2000-2010 (Quelle: Europäische Kommission, 2012c:39)

Aktuelle Zahlen bestätigen, dass der Anteil der Studierenden, die zwei oder mehr Fremdsprachen auf ISCED-3-Ebene allgemein lernen, in der EU-28 zwischen 2009 und 2014 nahezu konstant geblieben ist (Eurostat 2016). ISCED = ISCED ist die Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (siehe Anhang 6.1 und Anhang 6.2).

Dennoch **garantiert das Erlernen von Sprachen in der Pflichtschule an sich nicht, dass die meisten Schüler sie gut lernen.** Es ist bekannt, dass Sprachkenntnisse keine dichotomische Variable sind (z. B.: ich weiß/ich weiß es nicht), sondern eher ein

komplexes Kontinuum, und dass jede Fähigkeit anfällig für Obsoleszenz ist, wenn sie nicht genug verwendet wird. Unter bestimmten Umständen kann ein Grundwissen ausreichen (d.h. die Möglichkeit, eine Mahlzeit im Ausland zu bestellen), aber in vielen anderen Kontexten sind gute oder sogar sehr gute Sprachkenntnisse erforderlich (und auf dem Arbeitsmarkt belohnt, siehe Abschnitt 2.1.1). Eurobarometer-Daten 2012 zeigen, dass die Beherrschung unter den Bürgern sehr unterschiedlich ist. **Die überwiegende Mehrheit der Befragten gibt an, dass sie über ein grundlegendes oder mittleres Sprachniveau verfügt.** Von den Befragten, die angeben, mindestens ein wenig Englisch zu haben, halten nur 20 % ihr Niveau für „sehr gut“. **Das Sprachniveau dürfte sich in naher Zukunft nicht verbessern.** Die Ergebnisse der ersten Europäischen Erhebung über Sprachkompetenzen (Europäische Kommission 2012b) haben gezeigt, dass "das Ergebnis des Fremdsprachenerwerbs in Europa schlecht ist: nur vier von zehn Schülern erreichen das Niveau „unabhängiger Benutzer“ in der ersten Fremdsprache, was der Fähigkeit entspricht, ein einfaches Gespräch zu führen. Ein Viertel erreicht dieses Niveau in der zweiten Fremdsprache. Zu viele Schüler – 14 % für die erste Sprache und 20 % für die zweite Sprache – erreichen nicht das Niveau "Grundbenutzer", d. h. sie sind nicht in der Lage, eine sehr einfache Sprache zu verwenden, auch mit Hilfe" (Europäische Kommission 2012 d:1). Abschließend zeigt ein empirischer Beweis, dass die Formel **LM+ 2 für die Mehrheit der Europäer nach wie vor keine Realität ist.** Obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten erhebliche und ermutigende Fortschritte in den Bildungssystemen erzielt wurden, **bleibt noch viel Spielraum für Fortschritte.**

Obwohl die Mehrheit der Europäer (oder zumindest die jüngere Generation) in der Lage war, mindestens zwei Fremdsprachen reibungslos zu sprechen, **ist die LM+ 2-Formel wahrscheinlich nicht die beste Sprachpolitik, um gleichzeitig Mobilität und Inklusion zu fördern, es sei denn, sie wird von anderen sprachpolitischen Maßnahmen begleitet.** Der Kern des Problems ist: niemand kann vorhersagen, welche Sprachkenntnisse in seinem zukünftigen Leben notwendig sein werden, und es gibt keine Garantie dafür, dass die Fremdsprachen, die die Schüler während ihrer Pflichtschule gelernt haben, genau das sind, was sie brauchen werden, wenn sie sich entscheiden, in ihrem Erwachsenenleben ins Ausland zu ziehen. Darüber hinaus können sich die Menschen mehrmals in ihrem Leben für verschiedene Zeitabstände (z. B. ein paar Monate oder Jahre) und in verschiedenen Ländern bewegen. Der Umfang der Sprachkenntnisse, die eine Person benötigt, ist daher nicht im Voraus bekannt.

Eine mögliche Antwort von Einzelpersonen (oder Schülerfamilien) auf dieses Problem besteht darin, in das Erlernen einer weit verbreiteten Sprache zu investieren, die in verschiedenen Ländern als Verkehrssprache dienen kann. In Europa spielt diese Rolle vor allem, aber nicht ausschließlich, vom Englischen. Englisch ist in der Tat die Fremdsprache, die am häufigsten von europäischen Bürgern gesprochen wird. Die Daten zeigen jedoch, dass Englisch in Europa noch nicht den Status einer Grundkompetenz erreicht hat. Laut den 2012 in der Eurobarometer-Umfrage veröffentlichten Zahlen sprechen 38 % der Europäerinnen und Europäer in der EU-27 Englisch als Fremdsprache, und das erreichte Kompetenzniveau ist tendenziell mittelmäßig oder gering. **Nur 7 % der EU-Bürger geben an, Englisch als Fremdsprache auf einem sehr guten Niveau zu sprechen. Die mittlere und die Elementarstufe sind am weitesten verbreitet (17 % bzw. 12 %).** Mit anderen Worten, der Anteil der EU-Bürger, die Muttersprachler sind oder fließend sprechen, beträgt nicht mehr als 21 % der Bevölkerung. Zwischen den EU-Ländern bestehen diesbezüglich große Unterschiede (siehe Anlage 6.3). Die Situation wird sich in

Zukunft ändern, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Im Jahr 2014 lernten fast 80 % der Primarschulkinder in der EU-28 Englisch als Fremdsprache (Eurostat 2016). Abbildung 3 zeigt, dass mehr als 90 % der Schüler auf ISCED/ISCED 3 Sekundarstufe II Englisch lernen.

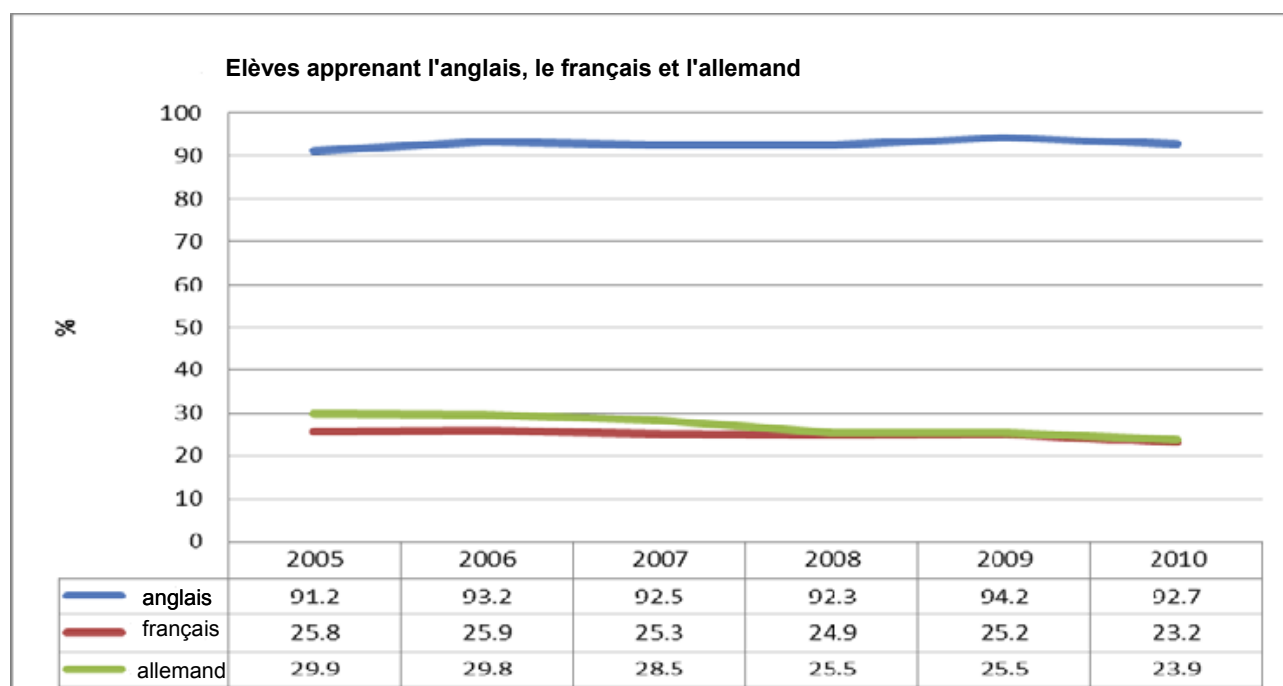


Abbildung 3: Anteil der Schüler, die Englisch, Französisch und Deutsch lernen, ISCED/ISCED 3 (allgemeine Sekundarstufe II = Gymnasium), 2005-2010, Quelle: Europäische Kommission (2012 c: 40)

2014 lag dieser Anteil bei 94,1 % (Eurostat 2016). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die meisten Englischschüler kompetent sind. Die Ergebnisse der ersten Europäischen Erhebung über Sprachkompetenzen (Europäische Kommission 2012 b) zeigen, dass im letzten Jahr der Sekundarstufe I (= Hochschule, ISCED/ISCED 2) oder im zweiten Jahr der Sekundarstufe II (= Gymnasium, ISCED/ISCED 3) nur 28 % der Englischschüler die Stufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) erreichen. **Trotz der massiven Investitionen in den Englischunterricht im Bildungssystem wird die Zweisprachigkeit in naher Zukunft nicht erwartet. Daher gibt es immer noch keine gemeinsame Sprache, die weithin auf einem guten Niveau gesprochen oder von der großen Mehrheit der europäischen Bürger erfahren wird.**

Wie am Anfang dieses Abschnitts erwähnt, erhöht die Beherrschung der Amtssprache eines Landes die Wahrscheinlichkeit einer Migration in dieses Land. Daher haben Sprachpolitiken, die darauf abzielen, Englisch als einfache Verkehrssprache in Europa zu fördern, im Prinzip größere Chancen, die Mobilität in englischsprachigen Ländern zu fördern als andere Europäer. Die Auswirkungen dieser Asymmetrie auf den europäischen Arbeitsmarkt wurden noch nicht eingehend untersucht⁹.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Einbeziehung nicht unbedingt einfacher wäre,

9 Für eine allgemeine Diskussion über dieses Thema auf globaler Ebene siehe Van Parijs (2000).

wenn alle Europäer eine gemeinsame Zweitsprache hätten. Es ist bekannt, dass die Kommunikation nicht nur eine Übermittlung von Informationen umfasst. Englisch kann nützlich sein, um auf Hochschulbildungsprogramme in großen Städten wie Mailand oder Berlin zuzugreifen und möglicherweise Arbeit in Banken oder IT- Unternehmen in diesen Städten zu finden. Aber das ist wahrscheinlich nicht genug, um vollständig in Gesellschaften integriert zu werden, in denen Italienisch bzw. Deutsch immer noch die vorherrschenden Landessprachen sind. Solange Sprachkenntnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt als Bestand an Humankapital angesehen werden können, werden Sprachen in besonderen Situationen verwendet, und in bestimmten Kontexten sind bestimmte Sprachen nützlicher und/oder geeigneter als andere. Selbst wenn eine Person erklärt, eine bestimmte Fremdsprache zu kennen, bedeutet dies nicht, dass er/sie diese Sprache oft aktiv oder passiv verwendet (oder dass er/sie begeistert ist, sie zu verwenden). Zum Beispiel können Menschen, die in großen Städten auf dem Kontinent leben, im Durchschnitt gute Englischkenntnisse haben, aber sie sind nicht unbedingt bereit, jedes Mal, wenn ein ausländischer Kollege oder Freund anwesend ist, in Englisch zu wechseln. Diese Wahl darf zumindest von vornherein nicht als chauvinischer Nationalismus interpretiert werden. Interaktionen in der vorherrschenden lokalen Sprache zu bevorzugen, kann auf legitime Gründe zurückzuführen sein, wie das Bedürfnis, sich zu Hause zu fühlen oder sprachliche Unsicherheit zu vermeiden oder zu minimieren. Mobilität bedeutet, dass Interaktionen mit Ausländern sowohl am Arbeitsplatz als auch in der Privatsphäre häufiger auftreten. Dies wiederum erhöht die Anzahl und Häufigkeit der Situationen, in denen die Verwendung einer Verkehrssprache erforderlich ist. Aber die Menschen sind nicht unbedingt bereit, diese Veränderung zu akzeptieren. Eine der möglichen negativen Auswirkungen (oder „Kosten“ in einem sehr allgemeinen Sinne) könnte die Entstehung von „Parallelgesellschaften“ sein, in denen lokale Bevölkerung und Ausländer (oder Expats) in getrennten Gemeinschaften und Netzen leben. In einigen Fällen, insbesondere im Hochschulbereich, geschieht dies bereits¹⁰.

Daher können weder die LM+ 2-Formel noch das Englische allein ein Mittel sein, um die Spannung zwischen Mobilität und Inklusion zu lösen. Sie können natürlich ein Teil der Lösung sein, aber andere Formen der Sprachenpolitik sollten umgesetzt werden. **So sollte beispielsweise das Erlernen von „on-Demand“-Sprachen einfacher und vor allem kostengünstiger werden.** Durch das Erlernen von Sprachen auf Abruf bedeuten wir die Möglichkeit, vor der Abreise ins Ausland und/oder unmittelbar nach der Ankunft im Gastland eine Sprache zu lernen. Ein nützliches Beispiel ist die Online-Linguistic Support (OLS), die von der Europäischen Kommission für Erasmus-Studenten erstellt wurde¹¹. **Eine der Herausforderungen für die EU in den kommenden Jahren besteht darin, sprachliche Maßnahmen zu entwickeln, die es ermöglichen, einerseits die Vorteile der Mobilität zu nutzen und andererseits die negativen Auswirkungen der Mobilität**

10 So beobachten wir beispielsweise die Entstehung von Interact-Netzwerken internationalen und internationalen Studenten, die außerhalb des Vereinigten Königreichs oder Irlands Englisch studieren (Priegnitz 2014).

11 Um beispielsweise ein Niveau der Englischkenntnisse zu erreichen, das dem GER-Niveau B2 entspricht, benötigt der durchschnittliche Lernende etwa 500-600 Stunden geführtes Lernen von der Anfängerstufe aus. Dies bedeutet, dass fast 30 Wochen (bzw. 7,5 Monate) 20 Stunden pro Woche für das Erlernen der Sprache aufgewendet werden (Quelle <https://support.cambridgeenglish.org/hc/en-gb/articles/202838506-Guided-learning-hours>). Es gibt eine Reihe von Faktoren, die die Zeit beeinflussen können, die benötigt wird, um ein bestimmtes Niveau an Sprachkenntnissen zu erreichen (z. B. Alter, individuelles Talent, Affinität zwischen Zielsprache und Muttersprache des Lernenden usw.). Dieses einfache Beispiel zeigt jedoch, dass die Förderung des intensiven Sprachlernens vor der Abreise ins Ausland (z. B. drei Monate) und unmittelbar nach dem Umzug (z. B. 4,5 Monate oder sogar weniger, wenn man davon ausgeht, dass das Leben im Ausland den Lernprozess beschleunigt) positive Auswirkungen auf die langfristige Einbeziehung von Neuankömmlingen haben könnte.

auf die Inklusion zu verringern (Grin et al. 2014). Auf diesen Punkt werden wir in Abschnitt 3 zurückkommen, um zu zeigen, wie die Kommission mit dieser Frage umgeht.

2.2.2 Integration von Migranten

Die Frage der Sprachkenntnisse von Migranten ist in Europa zu einem sehr debattierten Thema geworden. Viele EU-Länder verlangen von Nicht-EU-Bürgern, ihre Sprachkenntnisse in der Amtssprache des Gastlandes zu erwerben oder zu testen, um eine Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft zu erhalten (siehe Pulinx, Van Avermaet und Extramiana 2014). Die Beherrschung der lokalen Sprache wird oft als Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Integration angesehen. Empirische Beweise tendenziell unterstützen diesen Standpunkt, obwohl viele betonen, dass die Beherrschung der Sprache eine notwendige (aber nicht ausreichende) Voraussetzung für die Integration ist. Generell wirkt sich **die Beherrschung der Sprache (oder der Sprachen) des Gastlandes auf das Arbeitseinkommen von Migranten im Bereich von 5 % bis 35 % positiv aus** (siehe Adserà und Pytliková, 2016; siehe auch Chiswick und Miller, 2014 für einen Überblick, z. B. 27 % in Spanien (Budria und Swedberg 2012), 7,3 % in Deutschland (Dustmann 1994) und 21 % bis 23 % im Vereinigten Königreich (Dustmann und Fabbri 2003)). Die Beherrschung der Amtssprache wirkt sich **positiv auf die Beschäftigungsfähigkeit von Einwanderern aus** (vgl. Aldashev et al. 2009 für Deutschland, Leslie und Lindley 2001 für das Vereinigte Königreich und Rendon 2007 für Katalonien). In verschiedenen EU-Ländern sind Nicht-EU-Migranten, die gute oder sehr gute Kenntnisse in der Amtssprache des Gastlandes angeben, eher beschäftigt als Migranten, die keine Kenntnisse der Landessprache oder nur ein angemessenes Niveau angeben (Gazzola 2016, bevorsteht). Eine ähnliche Frage betrifft die Auswirkungen fehlender Sprachkenntnisse auf die schulischen Leistungen von Migrantenkindern. **Studenten mit Migrationshintergrund erzielen systematisch schlechtere Ergebnisse als inländische Studierende**. Eine unzureichende Beherrschung der Unterrichtssprache wird häufig als einer der Gründe genannt (wenn auch nicht unbedingt der wichtigste Grund) für dieses Ergebnis (Europäische Kommission 2008b). Das Phänomen der Migration hat in den letzten Jahren zugenommen. 2009 beispielsweise gehörten 9,3 % der 15-Jährigen Migrantenfamilien in der EU an, und etwa die Hälfte der Schüler mit Migrationshintergrund sprechen eine andere Sprache als die Unterrichtssprache zu Hause (Europäische Kommission 2012d 13).

2.3 Mehrsprachige Institutionen

Das dritte allgemeine Ziel der MWB besteht darin, eine wirksame und inklusive Art und Weise der Verwaltung der mehrsprachigen Kommunikation in einer supranationalen Demokratie zu fördern. Die institutionelle Sprachenpolitik der EU (oder „Sprachenregelung“) beruht auf der formalen Gleichheit der 24 Amtssprachen und der Arbeitssprachen¹². Diese Entscheidung führte zu einer intensiven Debatte über ihre Kosten, Vor- und Nachteile. Die Sprachenregelung der EU wurde von verschiedenen Autoren und aus unterschiedlichen akademischen Gesichtspunkten untersucht, und es ist nicht möglich, diese Literatur hier vorzustellen. Es ist jedoch sinnvoll, bestimmte Zahlen auf der Grundlage offizieller Daten zu melden. Die Verfügbarkeit von Daten zu den Sprachkenntnissen der Europäer in den Eurobarometer-Umfragen (2001, 2006 und 2012) und in zwei Wellen der Erhebung zur Erwachsenenbildung (EAS = AES Adult Education Survey), die von Eurostat in den Jahren 2011 und 2013 veröffentlicht wurde, ermöglichte

¹² Zur Beschreibung der Sprachenregelung der EU siehe u. a. Phillipson (2003), Ammon (2015:730-833), Hanf et al. (2010:81-162), Van des Jeught(2015)

es den Forschern, verschiedene empirische Artikel über die Wirksamkeit der Sprachenregelung der EU zu veröffentlichen.

2.3.1 Wirksamkeit und Fairness der Sprachenregelung der EU

In der Literatur wird die Wirksamkeit der Sprachenregelung der EU, zumindest in Bezug auf ihre externe Kommunikation, in der Regel durch einen Indikator gemessen, der als Sprachausschlussrate bezeichnet wird (= linguistic disenfranchisement rate = DR), ein von Ginsburgh und Weber (2005) eingeführter Indikator. Die Ausschlussquote wird definiert als Prozentsatz der Bürger oder Gebietsansässigen, die keine Amtssprache als Muttersprache oder als Fremdsprache sprechen. Dieser Prozentsatz entspricht dem Anteil der Bürger (oder Einwohner), die offizielle EU-Dokumente (z. B. Verordnungen, über das Internet übermittelte Inhalte von Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments und Websites der EU-Organe) nicht verstehen kann, es sei denn, sie finden andere Lösungen wie Bezahlung eines Übersetzers oder Dolmetschers oder Ersuchens an einen Freund oder Verwandten, um Hilfe zu erhalten. Je niedriger die Ausschlussquote, desto größer ist die Wirksamkeit der Sprachenregelung. Die Ausschlussquote ist eindeutig ein ungefährender Indikator für die potenzielle Beteiligung der Bürger an EU-Aktivitäten, da sie auf einer vereinfachten Sicht der Sprache als Mittel zur Informationsübermittlung beruht. Es ist zwar bekannt, dass der Wert der Sprachen weit über ihren bloßen Kommunikationswert hinausgeht, doch hat die Ausschlussquote den unbestrittenen Vorteil, dass sie quantifizierbar und vergleichbar ist. Dies bietet eine empirische Grundlage für eine öffentliche Diskussion über die Sprachenregelung der EU.

Die Autoren verwenden verschiedene Arten von Sprachausschlussquoten. Die einfachste Definition ist der Prozentsatz der Bürger, die keine Amtssprache sprechen. Dieser Indikator wird als **absoluter Zollausschluss** (ADR = TAED) bezeichnet und liefert eine erste Annäherung an den Prozentsatz der Bevölkerung, der möglicherweise von der Kommunikation mit den EU-Organen ausgeschlossen ist. Manchmal wird die absolute Ausgrenzungsquote definiert als Prozentsatz der Bevölkerung, die entweder keine Amtssprache spricht oder nur eine von ihnen auf einem einfachen Niveau spricht. Wir verwenden die Abkürzung ADR, um diese alternative Definition zu bezeichnen. Es wäre jedoch riskant, Muttersprachler einer Sprache mit Menschen zu vergleichen, die nur ein gerechtes oder mittleres Niveau der Sprachkenntnisse erklären. Daher haben die Wissenschaftler weitere Definitionen des Ausschlusses von Rechten entwickelt, die den Unterschieden bei der Beherrschung der Sprache Rechnung tragen. Die **Quote des Ausschlusses von relativen Rechten** (RDR = relative disenfranchisement rate) wird definiert als Prozentsatz der Bürger, die weder Muttersprachler aus mindestens einer Amtssprache sind noch sie auf einem angemessenen Niveau sprechen¹³. Die relative Ausschlussquote spiegelt die Vorstellung wider, dass Kenntnisse in einer einfachen oder mittleren Fremdsprache nicht ausreichen, um ohne viel Aufwand an EU-Aktivitäten teilzunehmen und Sie mit Muttersprachlern gleichzustellen.

13 In der Eurobarometer-Umfrage wurden die Teilnehmer aufgefordert, ihre Kapazität anhand einer einfachen 3-stufigen Skala – sehr gut, gut und einfach – zu bewerten, aber diese Ebenen wurden nicht formell definiert. Im Gegenteil, AES -Sprachkenntnisse werden anhand von Deskriptoren bewertet, d. h. angemessen ("ich kann die häufigsten täglichen Ausdrücke verstehen und verwenden. Ich benutze die Sprache in Bezug auf vertraute Dinge und Situationen,,", gut ("Ich kann das Wesentliche einer klaren Sprache verstehen und einfache Texte erstellen. Ich kann Erfahrungen und Ereignisse beschreiben und ziemlich fließend kommunizieren), und kompetent ("ich kann eine große Bandbreite an anspruchsvollen Texten verstehen und die Sprache flexibel verwenden. Ich beherrsche die Sprache fast vollständig").

Die Autoren vergleichen in der Regel vier alternative Sprachenregelungen. Das erste ist der Status quo (Gleichheit der Amtssprachen). Bei der zweiten Option handelt es sich um eine Sprachenregelung, die nur die sechs größten Amtssprachen der EU in Bezug auf Muttersprachler umfasst, d. h. Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Polnisch und Spanisch. Die dritte Alternative ist eine dreisprachige Sprachenregelung, die auf Englisch, Französisch und Deutsch basiert, während die letzte Option eine Sprachenpolitik für Englisch ist. Es sei darauf hingewiesen, dass diese vier Sprachenregelungen in der Praxis bereits in Anspruch genommen werden. **Obwohl offizielle Dokumente in alle Amtssprachen der EU übersetzt werden müssen, sind viele Dokumente, die nicht rechtsverbindlich sind** (z. B. die verschiedenen Webseiten der Kommission), **nur in einer begrenzten Anzahl von Sprachen verfügbar**. 2014 haben beispielsweise 14 der 33 Generaldirektionen (GD) der Kommission ihre Homepage nur in Englisch, 8 Generaldirektionen in Englisch, Französisch und Deutsch, eine GD in 11 Sprachen und 10 GD in 24 oder 23 Amtssprachen veröffentlicht (Gazzola 2014 b: 249-250). Tabelle 5 enthält die Schätzungen der Sprachausschlussquoten, die sich aus den vier soeben beschriebenen Sprachenregelungen ergeben. Die Zahlen stammen aus fünf verschiedenen Studien. Soweit möglich, enthält Tabelle 5 die drei Definitionen der Ausschlussquoten, d. h. ADR, ADR2 und RDR. Die relative Ausschlussquote liefert die klassischen Schätzungen des sprachlichen Ausschlusses, da sie davon ausgeht, dass die Einwohner einen hohen Bedarf an Sprachkenntnissen haben, um EU-Dokumente zu verstehen und sich ohne große Schwierigkeiten an EU-Angelegenheiten zu beteiligen.

Studie	Sprachenregelung										
	Englisch allein			3 Sprachen			6 Sprachen			vollständig e Mehrsprach higkeit	
	ADR	ADR2	RDR	ADR	ADR2	RDR	ADR	ADR2	RDR	ADR	RDR
1. Ginsburg und Weber (2005), EU-15	43	—	—	19	—	—	4				
2. Firdmuc, Ginsburg and Weber (2010), EU27		62,6	—	—	37,8	—	—	16,4	—	—	—
3. Gazzola und Grin (2013), EU-27	50	62	79	—	—	—	—	—	—	0	0
4. Gazzola (2014), EU24	49	—	81	28	—	55	12	—	26	0	4
5. Gazzola (2016), EU25	45	65	79	26	39	49	8	14	19	0	4
Nettoergebnisse. Es gibt keine Doppelzählungen, d. h. eine Person, die Englisch und Französisch kennt, wird nur einmal gezählt.											
Quelle: Gazzola (2016)											

Tabelle 5: Sprachausschlussquoten in der EU. Ergebnisse in Prozent

Die erste Studie von Ginsburg und Weber (2005) verwendet Eurobarometer-Daten (2001) und bewertet den ADR in der EU-15. In dieser Studie umfasst die Sprachenregelung auf der Grundlage von sechs Sprachen Niederländisch statt Polnisch. Unter Verwendung der Daten der zweiten Welle der Eurobarometer-Umfrage (2006) über die Sprachkenntnisse von EU-Bürgern im Alter von mindestens 15 Jahren, FIDRMUC, Ginsburgh und Weber (2010) schätzen ADR 2 für die EU-27. Gazzola und Grin (2013) schätzen anhand von Daten

aus der Eurobarometer-Umfrage 2012 verschiedene Ausschlussquoten für die EU-27. Gazzola (2014b) untersucht anhand von Daten aus der ersten ESA/EAA-Welle (2011) die Sprachausschlussquoten erwachsener Einwohner (einschließlich dauerhafter Einwohner ausländischer Herkunft) in 24 EU-Ländern. In der ESA/EAA werden Erwachsene als Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren definiert. Wir schließen Kroatien, Malta, Luxemburg, Irland und die Niederlande wegen fehlender Daten aus. Schließlich schätzt Gazzola (2016) die Ausschlussquoten erwachsener Einwohner in 25 EU-Ländern (Kroatien, Rumänien und die Niederlande sind aufgrund fehlender zuverlässiger und angemessener Daten ausgeschlossen), wobei die zweite ESA-Welle (2013) verwendet wird. Die Ergebnisse der Studie Nr. 5 sollten beispielsweise wie folgt interpretiert werden: 45 % der Einwohner in den 25 untersuchten Ländern kennen kein Englisch, 65 % der Befragten sind entweder nicht Englisch oder sprechen es nur auf einem angemessenen Niveau. 79 % sprechen entweder nicht Englisch oder kennen ihn auf einem passablen oder mittleren Niveau (oder umgekehrt sind nur 21 % der Befragten entweder Muttersprachler des Englischen oder als Fremdsprache kompetent). Wenn beispielsweise Englisch, Französisch und Deutsch die einzigen Amtssprachen der EU wären, würde ein Anteil der Einwohner zwischen 26 % und 49 % in den 25 untersuchten Ländern laut dem verwendeten Indikator sprachlich ausgeschlossen. Der sich aus einem vollständig mehrsprachigen System ergebende ADR würde gleich Null sein, während die RDR 4 % betragen würde. Dies ist auf die Präsenz verschiedener Minderheiten zurückzuführen, die in der Amtssprache des Landes, in dem sie ihren Wohnsitz haben, keine sehr guten Sprachkenntnisse besitzen (z. B. die russischsprachige Minderheit in den baltischen Staaten oder die arabischsprachige Minderheit in Frankreich).

Obwohl in den fünf Studien unterschiedliche Datensätze verwendet und verschiedene Ländergruppen untersucht werden, sind die Schätzungen ziemlich ähnlich und die Ergebnisse konvergieren zu denselben Schlussfolgerungen. Eine einsprachige Sprachenpolitik auf der Grundlage von All-Englisch oder eine dreisprachige Sprachenregelung, die Englisch, Französisch und Deutsch umfasst, würde einen großen Prozentsatz von EU-Bürgern von der Kommunikation mit der EU ausschließen. Die Verwendung von sechs Sprachen würde die Sprachausschlussquoten verringern, aber nur bis zu einem gewissen Grad. **Die Mehrsprachigkeit ist die wirksamste Sprachenregelung unter den vier untersuchten Alternativen.**

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den in Tabelle 5 angegebenen Ergebnissen um Durchschnittswerte für die EU insgesamt oder für eine große Untergruppe handelt. **Zwischen den Ländern bestehen große Unterschiede** hinsichtlich der Ausschlussquote, die sich aus einer einsprachigen Sprachenregelung oder einer auf drei oder sechs Sprachen basierenden Sprachenpolitik ergibt. Natürlich ist die Ausschlussquote in Ländern, die eine gemeinsame Sprache mit der EU haben, sehr niedrig, während sie in anderen Ländern höher (und manchmal viel höher) ist (siehe Anhang 6.4).

Darüber hinaus zeigen Forschungen, dass **Menschen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind, in der Regel weniger anfällig sind, Fremdsprachen zu sprechen, und daher eher negativ betroffen sind, wenn die EU ihre Muttersprache oder ihre Unterrichtssprache nicht mehr verwendet** (Gazzola 2014b, 2016). So verfügen beispielsweise in den 25 Ländern, die in der fünften in Tabelle 5 genannten Studie

untersucht werden, 17 % der Einwohner, die einen Hochschulabschluss erfolgreich abgeschlossen haben, über keine Englischkenntnisse, während dieser Prozentsatz bei 47 % der Personen liegt, die nur eine Sekundarstufe abgeschlossen haben. Etwa 21 % der Befragten mit Arbeit haben keine Kenntnisse der englischen, französischen oder deutschen Sprache, sei es als Fremdsprache oder Muttersprache, aber 41 % der Arbeitslosen. In Frankreich sprechen etwa drei Viertel der Personen in den oberen 10 % des Einkommens etwas Englisch, während nur ein Drittel der Personen in den unteren 10 % des Einkommens dies tun. In Italien sind Personen im oberen Einkommensdezil doppelt so wahrscheinlich, Englisch als Fremdsprache zu sprechen als die im unteren Einkommensdezil.

Eine deutliche Verringerung der EU-Amtssprachen hätte daher zwei negative Folgen. Erstens würde dies zu erheblichen Ungleichheiten führen zwischen Bürgern, die in einem Land leben, dessen Muttersprache oder Grundsprache eine Amtssprache der EU ist, und der Mehrheit der Bürger, die in Ländern leben, die keine gemeinsame Amtssprache mit der EU haben. Zweitens hätte die Aufgabe der Mehrsprachigkeit regressiv Auswirkungen, denn dies wäre besonders nachteilig für benachteiligte Gruppen, die am wenigsten ausgebildet sind, diejenigen mit geringerem Einkommen und Arbeitslose. Es sollte betont werden, dass nicht nur eine allgemeine Verringerung der Zahl der Sprachen den Ausschluss auslösen würde. **Selbst die Verringerung der Zahl der Verwendungsbereiche der Amtssprachen hätte ähnliche Auswirkungen.**

Obwohl es nicht möglich ist, die Vorteile der mehrsprachigen Sprachenregelung zu monetären Werten zu machen, verdeutlicht die Analyse der Ausschlussquoten die Vorteile der Mehrsprachigkeit im Hinblick auf die Wirksamkeit der EU-Kommunikation und ihre Verteilungseffekte. Es sei daran erinnert, dass die EU-Organe rund 1,1 Mrd. EUR für Sprachdienstleistungen ausgeben. Dies entspricht weniger als 1 % des EU-Haushalts und weniger als 0,009 % des europäischen BIP (Gazzola und Grin 2013).

2.3.2 Europäische Mehrsprachigkeit nach dem Brexit

Im Anschluss an das Referendum vom 23. Juni 2016 beschloss das Vereinigte Königreich, die Europäische Union zu verlassen. Die Verhandlungen über die Formalisierung des Austritts aus dem Vereinigten Königreich aus der EU könnten bis zu zwei Jahre dauern, und wir wissen nicht, wie die Zukunft der EU aussehen wird. Außerdem kann nicht vorhergesagt werden, ob Schottland, wo die Mehrheit für den Verbleib in der EU gestimmt hat, beschließen wird, sich vom Vereinigten Königreich zu trennen. Daher ist jeder Versuch, die Sprachenregelung der EU nach dem Brexit zu beschreiben, notwendigerweise hypothetisch. Aufgrund des Mangels an besseren Daten berechnen wir ADR und RDR, indem wir das Vereinigte Königreich aus allen Ländern ausschließen. Nach dem Austritt aus dem Vereinigten Königreich aus der EU wird Englisch die Muttersprache von nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung der neuen EU-27 sein (hauptsächlich Iren und Briten, die auf dem Kontinent leben). Welche Auswirkungen könnte diese Änderung auf die Sprachenregelung der Europäischen Union haben? Manche können versucht sein, zu behaupten, dass der Brexit das Problem der Fairness und Effizienz in der Kommunikation der EU löst. Englisch würde die einzige offizielle EU-Sprache werden, indem die Übersetzungskosten gesenkt werden und alle in der Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt miteinander kommunizieren. Die Daten weisen jedoch ein anderes Bild auf. **Der Brexit kann die Bedeutung einer mehrsprachigen Sprachenregelung erhöhen.** Tabelle 6 zeigt die absoluten und relativen Ausschlussquoten in Verbindung mit

einem einsprachigen (allenglischen) Sprachenregime und einer dreisprachigen (Englisch, Französisch und Deutsch) Sprachenregelung nach dem Brexit. Wir verwenden zwei verschiedene Datensätze, nämlich die Welle der Eurobarometer- Umfrage von 2012 und die zweite Welle der Erhebung zur Erwachsenenbildung (2013).

Die Ergebnisse konvergieren zu derselben Schlussfolgerung. Eine „allenglische“ Sprachpolitik würde mehr als 50 % der EU-Bevölkerung ohne das Vereinigte Königreich ausschließen und die Kommunikation für 90 % der Bürger erschweren, insbesondere diejenigen mit einem niedrigen Bildungsniveau und einem relativ niedrigen Einkommensniveau. Nur 10 % der Bevölkerung geben an, Englisch als Muttersprache oder sehr gut als Fremdsprache zu sprechen. Das bedeutet, dass nur 10 % der Europäer ohne viel Aufwand Zugang zu EU-Dokumenten hätten. Die Verwendung von drei Sprachen würde ebenfalls zu einer großen Ausgrenzung führen. Ein Drittel der EU-Bürger wäre vollständig von der Kommunikation mit der EU ausgeschlossen, und mehr als die Hälfte würde Schwierigkeiten beim Zugang zu EU-Dokumenten haben.

Länder- und Datensatz	Sprachenregelung			
	alles Englisch		Englisch-Französisch-Deutsch	
	ADR	RDR	ADR	RDR
EU-26° (Eurobarometer 2012)	56	90	36	58
EU-24* (Adult Education Survey 2013)	51	90	30	56
° EU-26 = EU-28 abzüglich des Vereinigten Königreichs und Kroatiens aufgrund fehlender Daten. EU-Bürger ab 15 Jahren, Zahl der Beobachtungen 26751				
* EU-24 = EU-28 abzüglich Vereinigtes Königreich, Kroatien, Rumänien und die Niederlande wegen fehlender ausreichender Daten. In der EU ansässige Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren, Anzahl der Beobachtungen 166 311				
Quelle: vom Autor zusammengestellte Tabelle				

Tabelle 6: Sprachausschlussquote in der EU nach dem Brexit. Ergebnisse in Prozent.

Vergleichen Sie die Zollausschlusssätze in Tabelle 6 mit denen in Tabelle 5. **Nach dem Brexit werden die Sprachausschlussquoten in Verbindung mit einer einsprachigen und/oder dreisprachigen Politik steigen.** Dies unterstreicht die Bedeutung eines mehrsprachigen Ansatzes für die externe Kommunikation der EU.

3 Umsetzung der MWS

Wichtige Ergebnisse:

- Nur wenige Berichte befassen sich mit der Umsetzung der MWB auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene, und die verfügbaren Daten reichen nicht aus, um eine umfassende Bewertung der MWB vorzunehmen.
- Die erste europäische Erhebung über Sprachkenntnisse ist eine der wichtigsten Errungenschaften der SEM.
- Im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen wurden verschiedene Projekte zur Unterstützung des Sprachenlernens finanziert, aber der Mangel an klaren Ergebnisindikatoren ermöglicht es nicht, die endgültigen Auswirkungen dieser Projekte im Vergleich zu den Sprachkenntnissen der Teilnehmer zu bewerten.
- Der Online-Linguistik-Support (OLS) der Europäischen Kommission für Erasmus-Studenten ist ein vielversprechendes Instrument zur Unterstützung des Sprachenlernens und der Selbstbewertung von Sprachkenntnissen.
- Der Europäische Sozialfonds wurde für die Sprachausbildung genutzt, um die Beschäftigungsfähigkeit und Integration von Einwanderern zu verbessern, aber es fehlen Zahlen über die Höhe der dafür bereitgestellten Mittel und über die erzielten sozioökonomischen Auswirkungen.
- Verschiedene Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung der MWB-Empfehlungen umfassten die Veröffentlichung von Dokumenten, Websites und Berichten zur Sensibilisierung für die Vorteile der sprachlichen Vielfalt und das Erlernen von Sprachen in Gesellschaft und Wirtschaft.
- Die meisten Maßnahmen der Kommission im Bereich Übersetzung und Dolmetschen sind zielgerichtet und relevant. Die von der Europäischen Kommission entwickelte „Automatische Übersetzung für öffentliche Verwaltungen“ (Machine translation for public administration system = MT@ED) ist ein nützliches Instrument für eine nützliche grenzüberschreitende Kommunikation zwischen öffentlichen Einrichtungen.
- Es wurden nur wenige Initiativen zur Förderung der externen Dimension der Mehrsprachigkeit ergriffen.

In diesem Teil des Berichts fassen wir die Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung der MWS zusammen. Nach unserem Kenntnisstand ist *der Bericht über die Umsetzung der Entschließung des Rates vom 21. November 2008 zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit – nunmehr Durchführungsbericht* - (Europäische Kommission 2011f) das einzige offizielle Dokument, das sich speziell mit der Umsetzung der MWB durch die Kommission befasst. Es gibt kein Dokument auf EU -Ebene, in dem die von den Mitgliedstaaten (sofern vorhanden) ergriffenen Maßnahmen zusammengefasst werden. Ein weiterer Nachweis, der für die MWB-Bewertung relevant sein kann, ist in zwei Arbeitspapieren der Kommission in den Jahren 2008 und 2011 (Europäische Kommission 2008d, 2011 a) enthalten. Schließlich ist der Bericht "*Mehrsprachigkeit: zwischen politischen Zielen und Umsetzung*„und seinen Anhängen“, veröffentlicht 2008 vom Europäischen Parlament (Cullen et al., 2008a, 2008b). Dieser Bericht enthält nützliche Informationen über die Umsetzung des *Aktionsplans 2004-2006* (Europäische Kommission 2003). Ihre Relevanz für eine MWB-Bewertung ist jedoch begrenzt.

In diesem Abschnitt werden die verfügbaren Nachweise für die Umsetzung der MWB auf der Grundlage des *Umsetzungsberichts zusammengefasst*, die Ergebnisse mit zusätzlichen Quellen aktualisiert¹⁴ und, wenn möglich, eine Gesamtbewertung der Initiativen der Kommission unter Berücksichtigung der in Abschnitt 1.2 erläuterten Konzepte und der Ergebnisse in Abschnitt 2 vorgenommen. Initiativen werden in der Reihenfolge der Empfehlungen der MWS vorgestellt. Tabelle 7 am Ende dieses Abschnitts enthält eine Zusammenfassung.

3.1 Sozialer Zusammenhalt, interkultureller Dialog und europäisches Aufbauwerk

In Bezug auf die erste Priorität der SEM (d. h. „Förderung der Mehrsprachigkeit zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, des interkulturellen Dialogs und des europäischen Aufbauwerks“) werden im Umsetzungsbericht zwei Arten von Initiativen genannt. Die erste besteht aus **verschiedenen Veröffentlichungen, darunter Websites¹⁵, Handbücher und Berichte** zu diesen Problemen. In einigen dieser Veröffentlichungen geht es um die sprachlichen Bedürfnisse von Kindern von Migranten und Minderheiten. 2009 veröffentlichte die Kommission die Eurydice-Forschung zur Integration von Migrantenkindern in die Schule (Europäische Kommission 2009). In diesem Bericht werden die Maßnahmen dargelegt, die sie ergriffen haben, um die Kommunikation mit Einwandererfamilien zu fördern und Migrantenkindern die Originalsprachen zu vermitteln. Das Thema hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, was zur Veröffentlichung verschiedener Berichte geführt hat (z. B. ICF Consulting Services 2015).

Die zweite Initiative wurde 2009 ins Leben gerufen, als die Kommission eine **Plattform der Zivilgesellschaft zur Förderung der Mehrsprachigkeit für den interkulturellen Dialog** eingerichtet hat. 2011 legte die Plattform einen Bericht mit verschiedenen Empfehlungen vor. Eines der Ergebnisse der Arbeit auf der Plattform war das „Projekt Poliglotti4.eu“ (2011-2013). Die Website des Projekts sammelt u. a. Informationen über die wichtigsten Motivations- und Hemmungsfaktoren für die Mehrsprachigkeit, verschiedene Kataloge bewährter Verfahren im Umgang mit mehrsprachiger Kommunikation, einen Katalog von Instrumenten der Mehrsprachigkeit und verschiedene Beispiele für bewährte Verfahren für die Umsetzung der Mehrsprachigkeitspolitik durch lokale und regionale Behörden. Der letzte Bericht¹⁶ des Projekts Poliglotti4.eu wurde 2012 veröffentlicht. Er enthält Informationen über die Ergebnisse und Auswirkungen des Projekts. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden anhand der auf der Website veröffentlichten Informationen gemessen (z. B. eine Liste von Büchern über Mehrsprachigkeit und einige Beispiele für bewährte Verfahren), während die Auswirkungen auf die Anzahl der Besuche der Website pro Monat bewertet werden. Im Juni 2012 wurde die Plattform offiziell neu gestartet, um die Mehrsprachigkeit innerhalb der EU weiter zu fördern, doch Ende 2015 beschloss die Europäische Kommission, kein neues Mandat vorzulegen.

Ziel dieser beiden Maßnahmenpakete ist es, das Bewusstsein für die Vorteile des Sprachenlernens und die Sprachenvielfalt im Allgemeinen zu schärfen, aber **es ist schwierig, ihre endgültigen Auswirkungen auf die Förderung des sozialen Zusammenhalts, den interkulturellen Dialog und das europäische Aufbauwerk ohne**

14 Weitere Informationen zur Umsetzung finden sich in einer kürzlich veröffentlichten Studie von Saville und Gutierrez Eugenio (2016). Diese Studie wurde jedoch genau zur gleichen Zeit wie unsere Studie veröffentlicht. Daher war es nicht möglich, seinen Inhalt vollständig zu berücksichtigen.

15 Einige dieser veröffentlichten Websites sind nicht mehr online.

16 siehe http://poliglotti4.eu/php/about/index.php?doc_id=73&lg=en

klare Indikatoren und Daten abzuschätzen. Die Initiativen der Kommission in diesem Bereich sind relevant (siehe Abschnitt 2.2), aber der Mangel an expliziten Bewertungsberichten der Kommission erlaubt es uns nicht, zu einer klaren Schlussfolgerung zu gelangen.

3.2 Lebenslanges Sprachenlernen

Die zweite Priorität der SEM betrifft das lebenslange Sprachenlernen. Es sei daran erinnert, dass die Bildung nicht in die Zuständigkeit der EU fällt und dass das Spektrum der Maßnahmen in diesem Bereich darauf beschränkt ist, die Koordinierung zwischen den Bildungseinrichtungen zu erleichtern und Projekte im Zusammenhang mit dem Sprachenlernen direkt finanziell zu unterstützen.

Seit 2008 wurden in diesem Bereich verschiedene wichtige Maßnahmen ergriffen. Im Jahr 2008 leitete die Kommission einen Plan für eine **Untersuchung ein, um das Niveau der Beherrschung der Studierenden in verschiedenen Fremdsprachen zu testen. Die erste europäische Erhebung über Sprachkompetenz** wurde 2012 veröffentlicht (Europäische Kommission 2012b). Die Erhebung untersuchte in mehreren europäischen Ländern die Kompetenzniveaus in verschiedenen Fremdsprachen (vor allem Englisch und manchmal Französisch) in einer repräsentativen Stichprobe von 53 000 Schülern im letzten Jahr der Sekundarstufe I (= Mittelstufe 3^e) oder im zweiten Jahr der Sekundarstufe II (= Gymnasium, Klasse 1e). **Die Entwicklung einer europaweiten Erhebung, bei der standardisierte Kriterien verwendet werden, um die Sprachkenntnisse der Schüler zu testen, ist eine wichtige Errungenschaft**, da sie eine gemeinsame Grundlage für die Überwachung der Fortschritte (sofern vorhanden) bei der Verfolgung der Barcelona-Ziele (d. h. LM+ 2) bietet.

Die EU hat verschiedene Projekte finanziert, die sich mit dem lebenslangen Lernen befassen, vor allem über das Programm für lebenslanges Lernen (LLL – LPP- 2007-2013). Der Umsetzungsbericht enthält einige Zahlen über die Höhe der Mittel, die für sprachbezogene Aktivitäten ausgegeben wurden. Das LPP verfügt über ein Budget von fast 7 Mrd. EUR und hat eine breite Palette von Austauschmaßnahmen, Studienbesuchen und Netzwerkaktivitäten finanziert. Von 2007 bis 2011, dem letzten Jahr, für das im *Umsetzungsbericht Zahlen vorliegen*, hat die Kommission jährlich rund 50 Mio. EUR für sprachbezogene Tätigkeiten ausgegeben. Angenommen, das Gesamtbudget des LLP wird auch über die sieben Jahre der Laufzeit des Programms verteilt (dies entspricht einer Milliarde Euro pro Jahr). Unter dieser Annahme **wurden etwa 5 % des LLP-Haushalts für sprachbezogene Aktivitäten ausgegeben.** Dies entspricht dem Beitrag der von der Kommission durchgeführten sprachpolitischen Maßnahmen (siehe Abbildung 1), doch liegen nur wenige genaue Daten über die Ergebnisse und Folgen solcher Maßnahmen vor. Ohne solche Daten ist es unmöglich, die tatsächlichen Auswirkungen des LPP abzuschätzen.

Aus dem *Umsetzungsbericht* geht hervor, dass zwischen 2007 und 2010 insgesamt 87 multilaterale Projekte, 17 Netzwerke und 8 flankierende Maßnahmen für die Schlüsselaktivität 2 „Langages“ ausgewählt wurden (diese Aktivität wurde auch von LLP, dem Programm für lebenslanges Lernen, finanziert). In der Schlüsselaktivität 2 wurde die Bedeutung der sprachlichen Vielfalt und des Erlernens von Sprachen anerkannt, um sicherzustellen, dass die europäischen Bürger im Laufe ihres Lebens bessere berufliche und persönliche Chancen haben. Ziel dieser Schlüsselaktivität war es, nicht nur unter den Studierenden und dem Bildungspersonal, sondern auch in der weitesten Gesellschaft für

diese Bedeutung zu sensibilisieren" (Saville und Gutierrez Eugenio 2016:22). Insgesamt wurden 39 Mio. EUR bereitgestellt (Europäische Kommission 2011a). Von 2011 bis 2013 wurden mit Leitaktion 2 10 multilaterale Netze, 8 flankierende Maßnahmen und 62 multilaterale Projekte finanziert¹⁷.

Darüber hinaus wurden rund 35 Mio. EUR für dezentrale sprachbezogene LLP-Maßnahmen ausgegeben. Diese Maßnahmen wurden von den nationalen LLP-Agenturen verwaltet. Von 2007 bis 2010 wurden verschiedene Projekte im Sprachenbereich finanziert, darunter zentrale LLP-Maßnahmen wie *Comenius*, *Grundtvig*, *Leonardo* und *Erasmus*. Insgesamt wurden 62 Projekte finanziert, die sich auf fast 17 Mio. EUR beliefen. Das Spektrum der finanzierten Tätigkeiten ist breit. Dazu gehören multilaterale Projekte zur Förderung der sprachlichen Sensibilität und des Zugangs zu Sprachlernressourcen, die Entwicklung und Verbreitung von Lern- und Testmaterialien sowie Sprachkurse und Mobilitätsmaßnahmen. Der *Durchführungsbericht* enthält jedoch keine detaillierten Zahlen über die Mittel, die in spezifische Maßnahmen für die von *Comenius*, *Grundtvig*, *Leonardo* und *Erasmus* finanzierten Sprachen investiert wurden, mit Ausnahme von 1,57 Millionen, die im Schuljahr 2008/09 für intensive Sprachkurse für Erasmus-Studenten in 22 Ländern ausgegeben wurden. Aus anderen Quellen wissen wir, dass das *Erasmus* -Programm – das von 2007 bis 2013 ein Teil der LLP war – verschiedene sprachorientierte Initiativen in der Hochschulbildung unterstützte, wie z. B. *Erasmus Intensive Language Courses* (EILC = Erasmus Intensive Language Courses), d. h. sechs Wochen intensiver Unterricht in der Amtssprache des Gastlandes (Europäische Kommission 2011a). Mehr als 5000 Studenten nahmen 2009-2010 an EILC teil. Es liegen jedoch keine Zahlen zu den Kosten von EILC vor, und die Folgen dieser Initiative wurden noch nicht veröffentlicht. **Ein Mangel an genauen Daten über die Ergebnisse von Initiativen wie EILC ist eine Lücke im Umsetzungsbericht.** In Übereinstimmung mit einem offiziellen Bericht der Kommission wurden in den letzten drei Jahren des *Programms für lebenslanges Lernen* (LLP) 2011-2013 27,8 Mio. EUR in multilaterale Projekte, Netzwerke und flankierende Maßnahmen zur Förderung des Sprachenlernens investiert. Im gleichen Zeitraum nahmen rund 21000 Studierende oder Mitarbeiter an *Intensivkursen in Erasmus-Sprachen teil*(Europäische Kommission 2015:4). Auch in diesem Fall haben wir keine Informationen über die Ergebnisse dieser Kurse in Bezug auf die Sprachkenntnisse, die die Teilnehmer am Ende des Programms erworben haben.

Das Programm *Leonardo da Vinci* war von 2007 bis 2013 Teil der LLP. Mit diesem Programm wurden sprachliche Begleitmaßnahmen unterstützt, um europaweite Vermittlungen in Unternehmen zu erleichtern (Europäische Kommission 2011a). Die Sprachvorbereitung für Auszubildende und Auszubildende wurde durch das beruflich ausgerichtete Sprachlernen (VOLL = Vocationally Oriented Language Learning) bereitgestellt, es **wurden jedoch keine Daten zu Kosten und Nutzen von VOLL veröffentlicht.** Einige Zahlen wurden von der Europäischen Kommission vorgelegt (2011a), obwohl das Leonardo-Programm von 2007 bis 2010 71 innovative Projekte zur Förderung des Erlernens moderner Fremdsprachen unterstützte. Der *Durchführungsbericht* enthält keine Zahlen zu den Ergebnissen dieser Projekte in Bezug auf die von den Teilnehmern entwickelten Sprachkenntnisse. Der Haushalt belief sich auf über 17,7 Mio. EUR. Im Rahmen des LLP-Programms für lebenslanges Lernen konnte ein Pauschalbetrag von bis zu 500 EUR pro Teilnehmer für die sprachliche, kulturelle und pädagogische Vorbereitung auf Auslandsaufenthalte gezahlt werden (Europäische

17 Siehe <http://www.sepie.es/doc/comunicacion/publicaciones/Keyactivity2.pdf> (Saville und Gutierrez Eugenio 2016: 22).

Kommission 2008d).

Die LLP-Aktivitäten werden im Rahmen des neuen Programms *Erasmus+* (2014-2020) fortgesetzt. Den offiziellen Zahlen zufolge hat *Erasmus+* zwischen 2014 und 2016 38 103 Projekte finanziert. Die gewährten Zuschüsse reichen von einigen Tausend EUR bis 3,7 Mio. EUR¹⁸. Aus einem einfachen Blick auf die Titel der finanzierten Projekte geht hervor, dass sich viele von ihnen direkt auf das Erlernen von Sprachen, die Mehrsprachigkeit und den Sprachunterricht beziehen. Es ist jedoch nicht möglich, in diesem Informationspapier eine zuverlässige Schätzung der für sprachbezogene Aktivitäten ausgegebenen Ressourcen zu liefern, da die finanzierten Aktivitäten oft nur einer der Aspekte von sehr breit angelegten Projekten sind, an denen Hochschulstudenten und die Mobilität des Personals beteiligt sind. In einer kürzlich veröffentlichten Veröffentlichung der Kommission sind einige Zahlen aufgeführt: im Rahmen von *Erasmus+* haben „fast 220 000 Studierende ihr Sprachniveau bewertet, und über 65 000 Studenten haben Online-Sprachkurse besucht, um ihnen einen höheren Wert ihres Studiums und ihrer Praktika im Ausland zu sichern“ (Europäische Kommission 2015:4). Im Jahr 2016 werden 66 000 berufsbildende Schüler und mehr als 7000 Freiwillige des Europäischen Freiwilligendienstes (Youth-EVS = European Voluntary Service) Sprachbewertungen und Online-Sprachunterstützung erhalten. Unter Verwendung der in Abschnitt 1.2 erläuterten Terminologie ist die Zahl der Teilnehmer eines der Ergebnisse der von der Kommission zur Umsetzung der MWS durchgeführten sprachpolitischen Maßnahmen. **Jetzt fehlt es an Daten über die Auswirkungen der Politik, d. h. das Niveau der Sprachkenntnisse, die die Lernenden möglicherweise erreichen, und die Auswirkungen auf den Erfolg ihres Studiums und Praktikums im Ausland.**

Eine der interessantesten Folgen von **Erasmus+** war die Einrichtung der Online-Sprachunterstützungsplattform (OLS = Online Linguistic Support) (<http://erasmusplusols.eu>). OLS "bietet den Teilnehmern an langfristigen Mobilitätsaktivitäten im Rahmen von *Erasmus+* (Schlüsselaktion 1) die Möglichkeit, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu bewerten, unabhängig davon, ob sie im Ausland studieren, arbeiten oder ehrenamtlich arbeiten. Darüber hinaus können die ausgewählten Teilnehmer an einem Online-Sprachkurs teilnehmen, um ihre Kompetenz zu verbessern. OLS erwies sich als sehr beliebt (siehe Saville und Gutierrez Eugenio 2016: 24 für eine allgemeine Präsentation) und kann ein interessantes Instrument sein, um „on-Demand“-Lernen kostengünstiger zu machen (siehe Abschnitt 2.2.1).

Schließlich wird im *Umsetzungsbericht* auf die Veröffentlichung eines Handbuchs zum frühzeitigen Erlernen von Sprachen (Europäische Kommission 2011c) und einige gemeinsame Leitlinien für die Validierung der im nichtformalen und informellen Lernen erworbenen Sprachkenntnisse verwiesen¹⁹.

Zusammenfassend fordert **die SEM die Kommission auf, das lebenslange Sprachenlernen zu stärken, und schlägt vor, acht Prioritäten zu verfolgen. Einige von ihnen, wie bereits gezeigt, wurden ganz oder teilweise durchgeführt.** Es wurde ein europäischer Indikator für Sprachkompetenz entwickelt (Abschnitt 2 Buchstabe^e der SEM), und die Ergebnisse von fünf Tests wurden veröffentlicht. Dies ist eine wichtige Errungenschaft, da der Indikator standardisierte Informationen über die Wirksamkeit der

18 Siehe Zusammenfassung der Erasmus-Projekte:

<http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects/eplu/projects-compendium/>

19 Ende 2015 wurde eine überarbeitete Fassung der europäischen Leitlinien für die Validierung nichtformalen und informellen Lernens veröffentlicht und ist abrufbar unter <http://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/4054>

Bildungssysteme liefert. Darüber hinaus wurden im Rahmen des LLP-Programms für lebenslanges Lernen verschiedene Aktivitäten zur Förderung von Mobilitätsmöglichkeiten für Studierende und Lehrkräfte finanziert (Punkt 2h der MWB). Dies kann ihnen helfen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. **Die verfügbaren Zahlen beziehen sich jedoch hauptsächlich auf Inputs, also auf die eingesetzten Ressourcen, und manchmal auf die Ergebnisse der Politik**, d. h. auf die Zahl der geförderten Projekte und die Zahl der Teilnehmer (Definitionen siehe Abschnitt 1.2). **Wir haben jedoch keine Daten über die Auswirkungen der konkreten Maßnahmen, die von der Kommission oder anderen durch das LLP-Programm finanzierten Organisationen durchgeführt** werden, also ihre Auswirkungen auf die Zielgruppe der Sprachenpolitik. So werden beispielsweise im Umsetzungsbericht nicht genügend Daten veröffentlicht, um zu bewerten, ob die Schüler und Lehrkräfte ihre Sprachkenntnisse als Ergebnis ihrer Teilnahme an LLP-finanzierten Projekten tatsächlich verbessert haben oder nicht. Die Kommission sollte Zahl und Qualität der Indikatoren verbessern, die erforderlich sind, um die Ergebnisse der von der EU finanzierten Projekte in Bezug auf die Sprachkenntnisse der Teilnehmer zu bewerten. Mit anderen Worten, das Informationssystem sollte verbessert werden. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass Daten für jedes einzelne Projekt erhoben werden, aber zumindest einige Projekte sollten genauer überwacht werden. Ohne solche Daten ist es nicht möglich, den Nutzen der EU-Unterstützung für das Erlernen von Sprachen und die Wirksamkeit und Wirksamkeit/Effizienz der gewählten Sprachenpolitik zu bewerten.

In Bezug auf die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele von Barcelona (d. h. LM+ 2, siehe Abschnitt 2a der MWB) **sind die Aussagen gemischt**. Die durchschnittliche Zahl der Fremdsprachen in der Sekundarstufe I (ISCED/ISCED 2 = Französische Hochschule) stieg leicht von 1,4 im Jahr 2004 auf 1,5 im Jahr 2011 (ICF GHK 2014, Europäische Kommission 2012^e, Europäische Kommission 2012f), aber die durchschnittliche Zahl der im Sekundarbereich II unterrichteten Sprachen (= französisches Gymnasium) blieb konstant bei 1,6. Der Anteil der Studierenden, die mindestens zwei Fremdsprachen auf ISCED/ISCED-3-Stufe allgemein lernen, blieb nahezu konstant (Eurostat 2016). Die Finanzkrise und die aufeinanderfolgenden steuerlichen Sparmaßnahmen in mehreren Ländern können dazu beitragen, diesen Trend zu erklären.

Weitere Informationen sind erforderlich, um die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Ausbildung von Sprachlehrern (Abschnitt 2.f) zu bewerten und die Nutzung der digitalen Kommunikationstechnologie und des Fernlernens zu fördern (Abschnitt 2.d). Genauere Daten wären erforderlich, um die Vielfalt der in Europa unterrichteten Sprachen zu verfolgen, einschließlich anerkannter Sprachen, die weniger verbreitet sind (Abschnitt 2.c), und um die Fortschritte (gegebenenfalls) von Ansätzen auf der Grundlage des Verständnisses verwandter Sprachen zu bewerten (Abschnitt 2.d). Offizielle Daten zeigen jedoch, dass 2014 94 % der Schüler der Sekundarstufe II (= französisches Gymnasium) Englisch lernen, aber nur 23 % Französisch, 19 % Deutsch, 19 % Spanisch, 3 % Italienisch und 3 % Russisch (Eurostat 2016). **Die EU könnte die finanzielle Unterstützung für den Unterricht in anderen Sprachen als Englisch aufstocken, um zur Verwirklichung der Ergebnisse der MWB beizutragen, insbesondere im Zusammenhang mit der LM+ 2- Politik**. Solange Bildung im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip steht, könnte die EU finanzielle Unterstützung zur Förderung des Sprachaustauschs mit nicht englischsprachigen Ländern für Studierende auf ISCED/ISCED-3-Stufe nutzen.

3.3 Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Die SEM fordert die Kommission auf, Mehrsprachigkeit zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie die Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit der Bürger zu stärken. Wie in Abschnitt 2.1 dieses Hintergrundpapiers dargelegt, sind diese Ziele sinnvoll. Bislang ist wenig bekannt, welche Auswirkungen die von der EU finanzierten Programme in diesem Bereich haben. In Übereinstimmung mit dem Durchführungsbericht wurden "die Strukturmittel zur Finanzierung der Fremdsprachenausbildung verwendet, die u. a. darauf abzielt, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, die Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, Sicherheitsvorschriften zu verstehen, den Tourismussektor zu entwickeln oder die Fähigkeiten der Beamten zu verbessern. Die Ausbildung in der Sprache des Gastlandes wird auch finanziert, um die Integration von Einwanderern und ihren Familien zu fördern. Dies steht im Einklang mit den Empfehlungen des Rates (siehe Abschnitt 3.c der MWB). **Leider enthält der Durchführungsbericht keine genauen Zahlen über die Höhe der zu diesem Zweck investierten Finanzierungen oder über die erzielten Auswirkungen.**

Einige Daten sind in einem gesonderten Dokument enthalten, das 2011 von der Kommission veröffentlicht wurde (Europäische Kommission 2011a). Zwischen 2007 und 2013 wurden im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF = ESF) jährlich 11 Mrd. EUR für alle bereitgestellt, um die Kompetenzen der Menschen und die Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Sprachtraining ist eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, **aber nicht wissen, wie viel Geld dafür ausgegeben wird.** Von 2007 bis 2011 wurde das Sprachenlernen in 244 Prioritäten von 48 operationellen Programmen mit 21 (von insgesamt 117 operationellen Programmen mit 27) gefördert. Die meisten der finanzierten Projekte waren Teil umfassenderer Maßnahmen zur Förderung des Sprachenlernens, der Schwerpunktsetzung auf ethnische Minderheiten, Migranten, (Langzeit-)Arbeitslose, Schulabbrecher, Ausbilder und Erzieher. Einige Beispiele für den Zeitraum 2000-2006 sind in einem von der Kommission veröffentlichten Bericht beschrieben (siehe Europäische Kommission 2008d).

Ein sichtbares Ergebnis der Initiativen der Kommission im Bereich Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ist die Förderung bestimmter thematischer Gruppen zur Bedeutung von Sprachkenntnissen in der Wirtschaft und die Veröffentlichung verschiedener Berichte oder Studien zur Sensibilisierung für den potenziellen Beitrag von Sprachen zur Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. In diesem Abschnitt stellen wir solche Initiativen vor und diskutieren, wenn möglich, über deren Weiterverfolgung.

- In dem von einer Sachverständigengruppe veröffentlichten Bericht *Languages for Jobs* (Europäische Kommission 2011d) werden verschiedene Beispiele für „bewährte Verfahren“ genannt, um die Sprachkenntnisse von Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, und die Erwartungen der Arbeitgeber besser aufeinander abzustimmen.
- 2009 richtete die Kommission eine *Handelsplattform für Mehrsprachigkeit ein*. Die Plattform hat unter anderem diskutiert, wie man für die Bedeutung von Sprachen in der Wirtschaft sensibilisiert und Dienstleistungen und Werkzeuge entwickelt, um Unternehmen und Einzelpersonen dabei zu helfen, ihre berufliche Leistung durch eine Sprachenpolitik zu verbessern. Der Bericht wurde 2011 veröffentlicht²⁰. Die Plattform hat auch die Broschüre „Sprachen machen unser Geschäft“ (*Languages means Business*) veröffentlicht. Eines der Ergebnisse der Plattform ist das CELAN zur Förderung von Sprachstrategien für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit (2011-2013). Ziel des CELAN-Netztes ist die Bereitstellung von Sprachdienstleistungen für die

²⁰ Siehe http://ec.europa.eu/languages/library/documents/business_en.pdf

Interessenträger in der Wirtschaft, z. B. die Suche nach Sprachbedürfnissen europäischer Unternehmen/KMU in verschiedenen Branchen und Analysen von Dienstleistungen und Tools im Zusammenhang mit bestehenden Sprachen. Das wichtigste Ergebnis des CELAN-Netzwerks ist die Entwicklung einer Online-Anwendung namens „Language Needs Analysis Application“ = „Anwendung zur Analyse des Sprachbedarfs“. Diese App bietet ein interaktives System, das es Unternehmen ermöglicht, „ihre sprachlichen Bedürfnisse zu definieren, sie mit den aktuellen Praktiken zu vergleichen und Informationen zu erhalten und Zugang zu verschiedenen sprachlichen Ressourcen zu²¹erhalten, die in der Sprachgemeinschaft und im Markt verfügbar sind“. Es gibt jedoch keine nachträgliche Bewertung der Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der Plattform. Zahlen über die tatsächliche Nutzung der *Anwendung zur Analyse des Sprachbedarfs* würden dazu beitragen, ihre Auswirkungen abzuschätzen.

- 2011 veröffentlichte die Kommission den *Bericht über Sprachenmanagementstrategien und bewährte Verfahren in europäischen KMU: das Projekt Pimlico* (Hagen 2011), bei dem Pimlico für „Promoting, implementing, mapping language and intercultural communication strategies in organisations and companies“ steht (= Förderung, Umsetzung, Kartierung von Strategien der sprachlichen und interkulturellen Kommunikation in Organisationen und Unternehmen). Im Rahmen des Projekts Pimlico werden verschiedene Modelle bewährter Verfahren in 40 europäischen KMU ermittelt und beschrieben, die „durch die Formulierung und den Einsatz von Sprachenmanagementstrategien für ihr bedeutendes kommerzielles Wachstum ausgewählt wurden“. Eines der Ergebnisse des Projekts ist die Untersuchung verschiedener Organisationen und Netze zur sprachlichen Unterstützung in der EU, die auf supranationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene tätig sind. Um die Wirksamkeit/Wirksamkeit des Projekts beurteilen zu können, müssen Zahlen über die tatsächliche Nutzung dieser Informationen durch die Unternehmen erhoben und veröffentlicht werden.
- Von 2009 bis 2011 wurde mit dem Programm für lebenslanges Lernen das LILAMA-Netz finanziert (wo LILAMA *Linguistic Policy for the Labour Market* = *Sprachenpolitik für den Arbeitsmarkt* bedeutet). Das Netzwerk ist eine Lernplattform für den Austausch und die Verbreitung von Leitlinien, bewährten Verfahren und politischen Empfehlungen, die zur Gestaltung und Umsetzung einer auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ausgerichteten Sprachpolitik beitragen²².
- Im Jahr 2011 veröffentlichte die Kommission die Studie *Mapping Best Multilingual Business Practices in the EU* (= *Kartierung mehrsprachiger Geschäftspraktiken in der EU*, Europäische Kommission 2011b) und den *Sprachenleitfaden für europäische Unternehmen, wirksam im Rahmen Ihres internationalen Austauschs kommunizieren* (Europäische Kommission 2011b). Die Daten zur Bewertung der tatsächlichen Verwendung dieses Leitfadens fehlen.

Obwohl diese Studien und Berichte das Bewusstsein für die Bedeutung von Sprachkenntnissen in der Wirtschaft schärfen konnten, ist es nicht einfach, ihren tatsächlichen Einfluss auf die betroffenen Akteure einzuschätzen.

3.4 Förderung der sprachlichen Vielfalt durch Übersetzung

Der vierte Punkt der MWB betrifft die Übersetzung. Der Rat fordert die Kommission auf, Informationen über nationale und europäische Hilfspläne für die Übersetzung von Kulturgütern wie Büchern oder Filmen bereitzustellen (insbesondere durch Untertitelung). Er fordert die Kommission ferner nachdrücklich auf, die Programme zur Ausbildung von Übersetzern, zur Unterstützung mehrsprachiger Terminologiedatenbanken und zur Förderung der Entwicklung von Sprachtechnologien zu verstärken. In diesem Abschnitt sehen und aktualisieren wir die wichtigsten Initiativen in diesem Bereich. **Im Allgemeinen werden die in diesem Bereich durchgeführten Maßnahmen im Umsetzungsbericht ausführlich erläutert. Die meisten dieser Maßnahmen sind gezielt und relevant, insbesondere für die Umsetzung einer mehrsprachigen Politik auf Ebene der EU-Organe**

21 Siehe <http://www.celan-platform.eu/index.html>

22 Siehe <http://www.lilama.org/>

(siehe Abschnitt 2.3).

Die Kommission hat mit Unterstützung des LLP-Programms (Lifelong Learning Programme) einen Europäischen Master für Übersetzung (EMT = MET) eingerichtet, ein Projekt in Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und Hochschuleinrichtungen, die auf Master-Ebene Übersetzungsprogramme anbieten, um die Qualität der Übersetzerausbildung zu verbessern und hochqualifizierte Personen zu erhalten, die als Übersetzer in der EU arbeiten können. Die am MET beteiligten Universitäten bilden ein Netzwerk mit dem Namen EMT Network (= MET-Netzwerk), das das Forum ist, in dem sich die Universitäten und Mitglieder der MET treffen und bewährte Verfahren im Übersetzungsunterricht austauschen. Das Netz hat 63 Mitglieder. Darüber hinaus organisiert die Kommission weitere Programme und Aktivitäten zur Förderung der Übersetzung als Beruf, insbesondere das *Programm für Gastübersetzer* und Besuche der Programme *der GD Übersetzung*. Das erste Programm ermöglicht es den Übersetzern der Kommission, einige Wochen an einer Hochschule für Übersetzung zu verbringen und Linguisten über Karrieremöglichkeiten in der EU zu beraten, während das zweite Programm Besuche der GD Übersetzung für Studierende und andere mit einem beruflichen Interesse an der Übersetzung organisiert. Darüber hinaus organisiert die Kommission den Übersetzungswettbewerb *Juvenes Translatores*, um die Schüler der Sekundarstufe II für die Bedeutung der Übersetzung zu sensibilisieren²³. Die Kommission und das Parlament waren aktiv an der Schaffung des Europäischen Masters in Konferenzdolmetschen (EMCI) beteiligt.

Die Kommission stellt verschiedene **Instrumente**, Referenzmaterialien und Datenbanken für Übersetzer und Terminologen zur Verfügung, z. B. *Interactive Terminology for Europe* (IATE = *Interaktive Terminologie für Europa* = TIAE). Daten über die tatsächliche Nutzung von IATE durch externe Nutzer würden dazu beitragen, die Auswirkungen dieser Initiative zu bewerten.

Die Kommission hat die *Web-Plattform der Sprachindustrie* (LIND-Web) ins Leben gerufen, die Fakten und Zahlen zur Sprachindustrie der EU enthält. Mit der Richtlinie über Informationen des öffentlichen Sektors (2003/98/EG) wird ein konkreter Mechanismus eingeführt, um die Weiterverwendung der von den Organen und Einrichtungen der EU erstellten sprachlichen Ressourcen durch die Mitgliedstaaten zu fördern, z. B. Übersetzungsarchive und Dokumente, die in verschiedene EU-Sprachen übersetzt werden (Europäische Kommission 2011a). Es gibt Büros im Bereich Übersetzung in 24 Vertretungen der Kommission, die als Schnittstelle zu den Interessenvertretern der Landessprache fungieren. **Daten zu den derzeit von diesen Büros erbrachten Dienstleistungen wären für die Bewertung der Auswirkungen der MWB nützlich.**

Von 2007 bis 2011 hat das *Programm Kultur* zur Finanzierung der Übersetzung von 1548 Büchern mit einem Gesamtbudget von 8,4 Mio. EUR beigetragen (Europäische Kommission 2011a). 2011 wurde eine Studie über die Verwendung von Untertiteln zur Förderung des Erlernens von Fremdsprachen und zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse veröffentlicht (Media Consulting Group 2011). Einem kürzlich veröffentlichten Bericht zufolge hat die Kommission aus dem Rahmenprogramm der Kommission zur Förderung der Kultur und des audiovisuellen Sektors *Creative Europe* im Jahr 2015 die Übersetzung von mehr als 500 Büchern (Romanen, Nachrichten, Theaterstücke, Poesie, Comics und Kinderfilme) aus 35 europäischen Sprachen mit einem Budget von fast 4 Mio. EUR finanziert (Europäische Kommission 2015: 5).

Die Europäische Kommission arbeitet seit 2010 an einem neuen maschinellen

23 Siehe http://ec.europa.eu/dgs/translation/programmes/index_en.htm

Übersetzungssystem für öffentliche Verwaltungen mit dem Namen *MT@EC*. Dieses System "ermöglicht es allen EU-Organen und -Agenturen (nicht nur den Übersetzern, sondern auch den regulären Mitarbeitern) sowie den nationalen öffentlichen Verwaltungen in der EU, relativ genaue maschinelle Übersetzungen in insgesamt 552 Sprachenpaaren zu erhalten, die alle Amtssprachen der EU abdecken. Dieses neue System ist eine Schlüsselentwicklung, da es Mehrsprachigkeit im öffentlichen Dienst ermöglicht" (Saville und Gutierrez Eugenio 2016:36).

Die Kommission hat verschiedene **Studien** über die Bedeutung der Übersetzung in Gesellschaft und Wirtschaft veröffentlicht. Unter anderem müssen wir eine Studie über die Übersetzungsindustrie (Rinsche und Portera-Zanotti 2009), einen Bericht über den Übersetzungsberuf (Pym et al. 2012), ein Article über die Rolle der Übersetzung in der europäischen Gesellschaft (Euréval 2010) und eine Studie über die Auswirkungen neuer Technologien und Geschäftsmodelle auf die globale Übersetzungsindustrie erwähnen (Troussel und Debussche 2014). 2010 veröffentlichte die Kommission eine Studie über die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT = IKT) und der neuen Medien auf das Sprachenlernen (Stevens 2010).

Die Kommission hat verschiedene **wissenschaftliche Projekte** auf dem Gebiet der menschlichen Sprachtechnologie unterstützt. So war beispielsweise eine der Prioritäten des *Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung* (2007-2013) „Sprachtechnologie“, die viele Forschungsgruppen und Disziplinen abdeckt, darunter natürliche Sprachverarbeitung, Sprachtechnologie, Extraktionsinformationen und maschinelle Übersetzung. 2009-2010 wurden 25 Sprachtechnologieprojekte mit insgesamt 56 Mio. EUR von der EU ins Leben gerufen (Europäische Kommission 2011a). Das Portfolio für Sprachtechnologien umfasst Projekte des Programms „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ (2007-2013). Projekte im Bereich der Sprachtechnologie, insbesondere der maschinellen Übersetzung, können auch im Rahmen von *Horizont 2020* (2014-2020), dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, finanziert werden.

Die Kommission ist in der **internationalen Zusammenarbeit** in den Bereichen Übersetzung und Dolmetschen tätig, z. B. im Rahmen des jährlichen internationalen Treffens über Spracharrangements, Dokumentation und Veröffentlichungen (IAMLADP) sowie eines Forums und eines Netzes von Führungskräften internationaler Organisationen, die Anbieter von Konferenzen und Sprachdienstleistungen beschäftigen. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission internationale Vereinbarungen mit verschiedenen staatlichen Stellen geschlossen, die an der Übersetzung und mehrsprachigen Terminologie beteiligt sind, wie dem Übersetzungsbüro, den öffentlichen Arbeiten und Regierungsdiensten Kanadas, dem Caribbean Research Institute for Translation and Interpretation (CRITI) (Europäische Kommission 2011a), der Staatlichen Pädagogischen Universität Herzen in St. Petersburg und der Moskauer Sprachuniversität (VTS = Visiting Translator Scheme). Im Bereich der Auslegung hat die Kommission verschiedene internationale Kooperationsprogramme mit China, Vietnam, Macau und Russland.

3.5 Die externe Dimension der Mehrsprachigkeit

Der fünfte Punkt der SEM betrifft die „externe Dimension der Mehrsprachigkeit“, die die Förderung europäischer Sprachen im Ausland und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen, die im Bereich des Sprachenlernens sowie der sprachlichen und kulturellen Vielfalt tätig sind, bedeutet. *Im Umsetzungsbericht*

werden zwei Initiativen genannt.

Der erste betrifft **Indien**. 2008 veranstaltete die Kommission eine Konferenz zum Thema Mehrsprachigkeit und interkultureller Dialog in Neu-Delhi. 2009 unterzeichnete sie mit der indischen Regierung eine gemeinsame Erklärung zur Mehrsprachigkeit. 2011 fand im Rahmen des politischen Dialogs zwischen der EU und Indien ein Treffen hoher Beamter statt. Die zweite Initiative betrifft **China**. 2009 unterzeichneten die chinesische Regierung und die Kommission eine gemeinsame Erklärung zur Mehrsprachigkeit. 2011 fand eine Konferenz zum Thema Mehrsprachigkeit und Sprachenlernen statt.

Es liegen keine Informationen über die Folgemaßnahmen (sofern vorhanden) dieser Erklärungen vor. Dies ist ein wenig enttäuschend, weil die EU von mehrsprachigen Ländern mit mehreren Amtssprachen wie Indien oder Südafrika oft als Beispiel genannt wird, um zu studieren (und manchmal sogar als Modell zu imitieren). Da die Mehrsprachigkeit in der Welt eher die Norm als die Ausnahme ist, sollte die EU wahrscheinlich nach Modellen suchen, die konkrete Beispiele dafür liefern könnten, wie mit Mehrsprachigkeit und sprachlicher Vielfalt konkret umgegangen werden kann. Wenn europäische Politiker nach solchen Modellen suchen, wird ihr Interesse oft von den USA erfasst. Wenn wir jedoch einen guten Ansatz entwickeln wollen, um die Perspektiven der EU als eine vielfältige politische Gemeinschaft zu analysieren, sollten wir uns vielleicht eher auf die Erfahrung einer demokratischen Föderation konzentrieren, deren Politik im Wesentlichen durch die Verflechtung des Multikulturalismus und des multinationalen Faktors geprägt ist. Der Vergleichsrahmen für die Bewertung der Zukunft Europas würde dann leicht nach Norden verlagert, von den USA nach Kanada" (Kraus 2008: 97: 97). Ein weiterer interessanter Fall ist die Schweiz (siehe Lacey 2013).

Schließlich sollte die EU der Entwicklung der Zusammenarbeit mit mehrsprachigen Ländern mehr Aufmerksamkeit widmen, um Erfahrungen und Praktiken auszutauschen. Vergleichende Forschung im Bereich Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik könnte gefördert werden. Die Einrichtung **eines europäischen Lehrstuhls oder Forschungszentrums für Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik könnte dazu beitragen, eine wirklich europäische Vision der Mehrsprachigkeit in der Welt zu fördern**, anstatt nur die europäischen Sprachen als solche zu fördern. Dies würde mit der Unterstützung der EU für große Forschungsprojekte im Bereich Mehrsprachigkeit und im Sechsten und Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung sowie²⁴ mit den Empfehlungen der Kommission aus dem Jahr 2005 in dem Dokument „*Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit*“ im Einklang stehen. In diesem Dokument heißt es: „Die Kommission wird im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen Studien über den Stand der Mehrsprachigkeit in der Hochschulbildung und die Einrichtung von Lehrstühlen in Studienbereichen im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit und Interkulturalismus unterstützen“ (Europäische Kommission 2005:8).

Tabelle 7 gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Umsetzung der MWS und gibt einen allgemeinen Überblick über ihre Ergebnisse.

24 Siehe Projekt LINEE (Languages in a Network of European Excellence = Sprachen in einem europäischen Exzellenznetz), DYLAN (Sprachendynamik und Diversity Management), Eldia (European language Diversity for All = Europäische Sprachenvielfalt für alle) und MIME (Mobility and Inclusion in a Multilingual Europe = Mobilität und Inklusion in einem mehrsprachigen Europa)

Bereich	Wichtigste Ergebnisse	Folgen und Bemerkungen
Sozialer Zusammenhalt, interkultureller Dialog und europäisches Aufbauwerk	<ol style="list-style-type: none"> 1. Abwechslungsreiche Veröffentlichungen 2. Einrichtung einer Plattform der Zivilgesellschaft für Mehrsprachigkeit für den interkulturellen Dialog 	<p>(1 und 2) Vielleicht positive Auswirkungen auf die Sensibilität für die Vorteile des Sprachenlernens und die Sprachenvielfalt, aber der Mangel an klaren Daten und Indikatoren erlaubt es uns nicht, zu einer endgültigen Schlussfolgerung zu gelangen.</p>
Lebenslanges Lernen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Datenerhebung (erste europäische Erhebung zu Sprachkompetenzen) 2. Direkte Finanzierung verschiedener Projekte im Bereich des lebenslangen Lernens (5 % des für diesen Zweck verwendeten LLP-Haushalts) 3. Signifikante Zahl der Teilnehmer an diesen Projekten 	<p>(1) Wichtige Errungenschaften. Verfügbarkeit neuer Daten für den Benchmarking der Effizienz der Bildungssysteme</p> <p>(2 und 3) Wahrscheinlich positive Auswirkungen, aber mehr Daten über die Ergebnisse der Programme (z. B. Sprachkenntnisse, die von den Lernenden möglicherweise erreicht werden) sind erforderlich, um die Wirksamkeit und den Nutzen der Umsetzung der MWB zu bewerten.</p>
Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verschiedene Veröffentlichungen 2. Direkte Finanzierung zur Unterstützung des Fremdsprachenunterrichts 	<p>(1) Vielleicht ein positiver Einfluss auf die Sensibilität für die Vorteile von Fremdsprachen für Unternehmen. Für die Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen dieser Veröffentlichungen wären mehr Daten und Indikatoren erforderlich.</p> <p>(2) Wahrscheinlich positive Auswirkungen, aber es liegen nur wenige Daten über die Endergebnisse solcher Direktfinanzierungen vor. Die meisten dieser Initiativen sind zielgerichtet und relevant.</p>

Förderung der sprachlichen Vielfalt durch Übersetzung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Europäischer Master in Übersetzung 2. Neue Tools und Datenbanken für Übersetzer 3. Unterstützung bei der Übersetzung von Büchern 4. Verschiedene Studien 5. Mehrere Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit 	(1 und 2) begrenzte Auswirkungen und keine Folgemaßnahmen.
Externe Dimension der Mehrsprachigkeit	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gemeinsame Erklärung zur Mehrsprachigkeit mit Indien 2. Gemeinsame Erklärung zur Mehrsprachigkeit mit China 	
Quelle: vom Autor zusammengestellte Tabelle		

Tabelle 7: Zusammenfassung der Tätigkeiten der Europäischen Kommission zur Umsetzung der MWS

4 Schlussfolgerungen

Wichtige Ergebnisse:

- Die allgemeinen Ziele der MWB sind relevant, da sie mit den Problemen übereinstimmen, die durch die MWB gelöst werden sollen. Einige neue Maßnahmen können dazu beitragen, die Spannungen zwischen Mobilität und Inklusion zu lockern, z. B. das Erlernen von „on-Demand“-Sprachen zu verbessern und mehr mehrsprachige öffentliche Dienste, einschließlich Verwaltungsformularen, bereitzustellen. Die von der Europäischen Kommission entwickelte Online-Sprachunterstützung (Online Linguistic Support = OLS) und die maschinelle Übersetzung für öffentliche Verwaltungen (Machine Translation for Publicadministration = MT@EC) sind gute Beispiele.
- Diese Relevanz kann anhand begrenzter empirischer Erkenntnisse bewertet werden. Es mangelt uns an angemessenen und zuverlässigen Daten, um die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf das wirtschaftliche Wohlergehen des Einzelnen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu untersuchen. Im Rahmen der Erhebung zur Erwachsenenbildung könnten bessere Einkommensdaten für EU-Bürger erhoben werden. Es sind quantitativere Daten über die Verwendung von Sprachen in der Wirtschaft der europäischen Unternehmen (d. h. in den Einkaufs-, Produktions- und Verkaufsprozessen) erforderlich.
- Was die Bewertung der Maßnahmen und Tätigkeiten der Kommission zur Umsetzung der MWS anbelangt, so gibt es gemischte Aussagen. Die Informationen über die Kosten und die Wirksamkeit der EU-Programme und -Maßnahmen zur Einhaltung der MWB sind nicht vollständig. Die Indikatoren, mit denen die Ergebnisse der Sprachenpolitik bewertet werden sollen, sollten klarer definiert werden.
- Besondere Aufmerksamkeit sollte den Endeffekten von Programmen gewidmet werden, die auf die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Studierenden und Erwachsenen abzielen. Die Bewertungsmethoden können auf der Grundlage der bereits von der Kommission veröffentlichten Leitlinien angepasst werden.
- Anreize können auch ein wirksames Mittel zur Förderung der Mehrsprachigkeit sein, insbesondere in der Hochschulbildung.
- Es sollte Kohärenz zwischen der MWB und anderen EU-Politiken bestehen, die sich indirekt auf die Sprachenvielfalt und die Anwendung der LM+ 2-Formel auswirken. In einigen Politikbereichen herrscht die Einsprachigkeit und/oder de facto Dreisprachigkeit.
- Die externe Kommunikation der Europäischen Kommission könnte mehrsprachiger sein, insbesondere für ihre Websites.

Wie in Abschnitt 1 dargelegt, können die Stärkung des Sprachenlernens und die Unterstützung des Übersetzungssektors als Mittel zur Erreichung anderer sozioökonomischer Ziele wie Mobilität, Erleichterung der Inklusion von Migranten und mobilen EU-Bürgern, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Gewährleistung einer gewissen Gleichstellung der EU-Amtssprachen gesehen werden (MSA-Punkte 1 und 3 und abschließende Empfehlungen).

Empirische Zeugnisse in Abschnitt 2 zeigen, dass Fremdsprachenkenntnisse sich positiv auf das Einkommen des Einzelnen und das Wohlergehen der Gesellschaft auswirken können und dass Investitionen in den Unterricht in mehr als einer Fremdsprache ein

angemessenes Ziel sind. Solche Vorteile können gemessen werden. Darüber hinaus können Fremdsprachenkenntnisse Mobilität und Inklusion erleichtern. Der Nachweis der Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf die Beschäftigungsfähigkeit muss noch nachgewiesen werden, aber es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Sprachkenntnissen und beruflichem Status. Sprachkenntnisse können zur wirtschaftlichen Integration von Migranten beitragen, indem sie ihr Einkommen und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten erhöhen. Die Untersuchung der Sprachenausschlussquoten zeigt, dass eine Gleichbehandlung der EU-Amtssprachen erforderlich ist, um einen effizienten und fairen Zugang zu EU-Dokumenten zu gewährleisten.

Die Unterstützung des Sprachenlernens zur Förderung der Mobilität innerhalb der EU und zur Förderung der Inklusion im Gastland ist eines der Ziele der MWB, aber weder die LM+ 2-Formel noch die Förderung einer einzigen Verkehrssprache reichen aus, um die Spannung zwischen Mobilität und Inklusion zu lösen. Einige innovative Maßnahmen könnten sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene entwickelt werden. **Das Erlernen der Amtssprache(n) des Gastlandes vor der Abreise ins Ausland und/oder unmittelbar nach der Ankunft im Gastland sollte leichter und kostengünstiger werden.** Der Online-Linguistic Support (OLS) der Europäischen Kommission für Erasmus-Studenten ist ein gutes Beispiel und könnte auf andere Zielgruppen ausgeweitet werden (siehe Abschnitt 3.2). Darüber hinaus könnte die EU, wie in Abschnitt 3.c der MWB vorgeschlagen, auf europäische Strukturfonds zurückgreifen, um spezifische Sprachkurse in der beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung anzubieten. Dies steht im Einklang mit den Empfehlungen in den Schlussfolgerungen des Rates vom 20. Mai 2014 zur Mehrsprachigkeit und zur Entwicklung von Sprachkenntnissen. In diesem Dokument fordert der Rat sie auf, „das Potenzial des Programms Erasmus+ und der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu nutzen“, um diese Ziele zu erreichen.

Eine stärkere Bereitstellung mehrsprachiger öffentlicher Dienste, zumindest in Großstädten, könnte hilfreich sein. Die Bereitstellung standardisierter Verwaltungsformulare in mehreren Sprachen kann die wirtschaftliche Tätigkeit und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit erleichtern. Es wurden einige Fortschritte erzielt, aber es gibt Spielraum für Fortschritte²⁵. Die von der Europäischen Kommission entwickelte maschinelle Übersetzung für öffentliche Verwaltungen (MT@EC) kann in diesem Bereich sehr nützlich sein (siehe Abschnitt 3.4). Dies unterstreicht die Bedeutung von Übersetzung und Dolmetschen für das Management der mehrsprachigen Kommunikation in Europa. Abschließend sind die in **der MWB dargelegten allgemeinen Ziele relevant, da sie mit den Problemen vereinbar sind, die durch die MWB gelöst werden sollen. Sprachkenntnisse bringen den Einzelnen, der Gesellschaft und dem EU-Organ unterschiedliche Vorteile (oder „Vorteile“) mit sich. Einige dieser Vorteile**

25 Zum Beispiel sehen die EU-Standards im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vor, dass Personen, die unter die Rechtsvorschriften eines einzigen Landes fallen und in diesem Land Prämien bestreiten, und dass die Träger der sozialen Sicherheit entscheiden, von welchem Recht die Leistungsempfänger abhängig sind (dies wird als „einziges anwendbares Gesetz“ bezeichnet), z. B. jemand, der in Österreich mit einer zusätzlichen wirtschaftlichen Tätigkeit in der Slowakei ansässig ist und arbeitet, sollte seine gesamte Sozialversicherung in Österreich bezahlen. Jede nationale Organisation verwendet jedoch verschiedene Formulare in verschiedenen Sprachen, die Beamte, die in Organisationen im Ausland arbeiten, nicht unbedingt verstehen. Daher müssen EU-Bürger, die in mehr als einem Mitgliedstaat arbeiten, mit administrativen Hindernissen konfrontiert werden, die die Kosten der Mobilität erhöhen.

wurden (oder können) quantifiziert. Dennoch sollten einige innovative Maßnahmen konzipiert werden, um die Spannungen zwischen Mobilität und Inklusion weiter zu verringern.

Es sei darauf hingewiesen, dass in dieser Studie die Relevanz der MWB anhand begrenzter empirischer Beweise bewertet wurde. Solche Beweise betreffen nur einige europäische Länder, darunter auch Nicht-EU-Länder wie die Türkei oder die Schweiz. **Es mangelt uns an ausreichenden und zuverlässigen Daten, um die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf das wirtschaftliche Wohlergehen des Einzelnen zu untersuchen, indem** die Bedeutung der verschiedenen Sprachen auf dem Arbeitsmarkt verglichen und die regionalen Auswirkungen berücksichtigt (z. B. werden Sprachkenntnisse in italienischer Sprache wahrscheinlich nicht auch in den französischen Regionen Rhône-Alpes und Bretagne belohnt). Nach unserem Kenntnisstand ist die **von Eurostat veröffentlichte Erhebung zur Erwachsenenbildung** derzeit der einzige Datensatz, der für europaweite Analysen der Beziehung zwischen Sprachkompetenz und Beschäftigungsfähigkeit und/oder individuellem Einkommen verwendet werden kann. Die Qualität der erhobenen Daten sollte jedoch verbessert werden, insbesondere bei den Variablen, die das Einkommen der Auskunftsgebenden beschreiben. Eine mögliche Lösung besteht darin, bestimmte Ad-hoc-Erhebungen zu veröffentlichen oder in regelmäßigen Abständen spezifische Fragen zu Sprachkenntnissen in repräsentativen Längsschnittstudien in großem Maßstab wie der *Studie des deutschen sozioökonomischen Panels* (SOEP) aufzunehmen. Es liegen keine Daten vor, um den Beitrag von Sprachkenntnissen zum BIP der EU zu untersuchen. Um den Beitrag von Sprachkenntnissen zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Wertschöpfung bewerten zu können, benötigen wir **quantitative** Daten über den Sprachgebrauch bei Kauf-, Produktions- und Verkaufsprozessen europäischer Unternehmen (siehe Abschnitt 2.1.2 für ein Beispiel). Diese Idee ist nicht ganz neu. Arbeitsunterlage des Personals der *Kommission Folgenabschätzung: Begleitdokument zur Mitteilung zur Mehrsprachigkeit: ein Vorteil für Europa und ein gemeinsames Engagement* empfiehlt die Erhebung von Erhebungsdaten über die von Unternehmen, Anbietern und lokalen Gebietskörperschaften verfolgten Sprachstrategien und die Erhebung von Daten über die Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt in den Medien (Europäische Kommission 2008c:32). **Ein Beispiel dafür sind in der Schweiz erhobene Daten.**

Die Bewertung der von der Kommission zur Umsetzung der MWB ergriffenen Maßnahmen und Tätigkeiten hat gezeigt, dass die **Informationen über die Kosten und die Wirksamkeit der EU-Programme und -Maßnahmen zur Erreichung der MWB-Ziele, auch wenn viele Maßnahmen relevant sind (unter Berücksichtigung der Ergebnisse in Abschnitt 2), häufig unvollständig sind. Indikatoren zur Bewertung der Ergebnisse der Sprachenpolitik sollten besser definiert werden.** Die veröffentlichten Daten beziehen sich auf Inputs (Investitionen in EUR) und manchmal auf Produkte (z. B. Anzahl der geförderten Programme), doch sollte der Bewertung der Endergebnisse (oder Auswirkungen) solcher Programme auf die Zielgruppe mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein gutes Modell für die Bewertung der Wirksamkeit/Wirksamkeit der EU-Finanzierung von Sprachpolitiken zur Unterstützung von Minderheitensprachen ist dem schriftlichen Bericht von Grin et al. (2003) zu entnehmen. Die Bewertungsmethoden können auf der Grundlage von Leitlinien angepasst werden, die bereits von der Kommission veröffentlicht wurden (Europäische Kommission 1999, Europäische Kommission 2008a). Ergebnisindikatoren sollten besser konzipiert werden (siehe Abschnitt 1.2).

Die Ergebnisse der finanziellen Unterstützung der EU für das Sprachenlernen von Erasmus- und internationalen Studierenden könnten besser überwacht werden. Es sei darauf hingewiesen, dass die direkte finanzielle Unterstützung nur einer der Hebel ist, die die EU bei der Verwirklichung der MWB-Ziele einsetzen kann. **Anreize können auch ein wirksames Mittel zur Förderung der Mehrsprachigkeit sein.** So entspricht beispielsweise die Wahl der Sprache von Einzelpersonen und Hochschuleinrichtungen den Anreizen, die in den Systemen zur Bewertung der Qualität der Forschung und der Lehrtätigkeiten (z. B. akademische Ranglisten) enthalten sind. Die Verknüpfung der öffentlichen Finanzierung von Universitäten oder der Förderung der Studentenmobilität mit der Zahl der eingeschriebenen internationalen Studierenden kann einen Anreiz für akademische Programme bieten, die nur in englischer Sprache durchgeführt werden, ohne genügend Aufmerksamkeit auf den Unterricht für Studenten der Amtssprache des Gastlandes zu legen. Die Verwendung eines Indikators wie „die Zahl der eingeschriebenen internationalen Studenten, die am Ende ihres Studiums ein C1-Niveau in der Landessprache erreichen“ anstelle einer einfachen Zahl ausländischer Studierender könnte einen Anreiz für Hochschuleinrichtungen bieten, das Sprachenlernen unter internationalen Studierenden effizienter zu fördern. **Generell sollte der Kohärenz zwischen dem MWB und anderen EU-Politikbereichen, die sich indirekt auf die Sprachenvielfalt und die Anwendung der LM+ 2-Formel auswirken, wie der „Internationalisierung“ der Hochschulbildung, der Patent- und Innovationspolitik, und der Verwendung von Sprachen auf den Websites der EU-Organe besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.** Manchmal herrscht in solchen Politikbereichen Einsprachigkeit oder De-facto -Trilinguismus, und dies kann Auswirkungen auf die Anreize von Einzelpersonen und Familien haben, in welchen Sprachen zu lernen und zu verwenden ist. Wie in dem oben erwähnten Dokument der Kommissionsdienststellen *Folgenabschätzung festgestellt: Begleitdokument zur Mitteilung zur Mehrsprachigkeit: ein Vorteil für Europa und ein gemeinsames Engagement:* „Mehrsprachigkeit ist ein bereichsübergreifendes Problem, das sich auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Unionsbürgerschaft auswirkt und in eine Reihe von Politikbereichen integriert werden sollte, die über den Bereich der Bildung hinausgehen“ (Europäische Kommission 2008c:5).

Einabschließender Kommentar zum letzten Ziel der MWB ist hier. Der Rat ersucht die Kommission, „im Rahmen des neuen umfassenden politischen Rahmens zur Mehrsprachigkeit und im Rahmen seiner Zuständigkeiten Maßnahmen zu ergreifen, um den sprachlichen Bedürfnissen der Bürger und Institutionen Rechnung zu tragen, wobei besonderes Augenmerk auf (i) die Beziehungen zwischen den europäischen Organen und der Öffentlichkeit und (ii) die Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen und den nationalen Institutionen zu legen ist, wobei insbesondere darauf geachtet wird, Informationen in allen Amtssprachen bereitzustellen und die Mehrsprachigkeit auf den Websites der Kommission zu fördern“. Die Kommission hat diesen Punkt im Umsetzungsbericht oder in den zugehörigen Dokumenten nicht behandelt. Die in Abschnitt 2.3 enthaltenen Aussagen zeigen jedoch, dass die Mehrsprachigkeit auf den Websites der Kommission besser gefördert werden könnte. Neben der Einreichung von Nachrichten oder allgemeinen Informationen enthalten die Webseiten der Kommission auch Material, das für Wirtschaftsakteure wie kleine und mittlere Unternehmen, Verbände und NRO, die an Ausschreibungen, Finanzierungsprogrammen oder Vergabeverfahren teilnehmen, von strategischer Bedeutung sein kann.

5 Referenzen

- Aldashev, Alisher, Johannes Gernandt, and Stephan L. Thomsen (2009). „Language utilis, participation, employment and earnings Evidence for foreigners in West Germany with multiple source of selection“, *Labour Economics*, 16, S. 330-341.
- Ammon, Ulrich (2015). *Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt* Berlin: Von Gruyter.
- Aparicio Fenoll, Ainhoa und Zoë Kuehn (2016). „Does foreign language proficiency fostermigration of young individuals within the European Union?“, in Gazzola, Michele and Bengt-Arne Wickström (eds.) *The Economics of Language Policy*, pp. 331-356. Cambridge: Mit Press.
- Araújo, Luísa, Patrícia Dinis da Costa, Salvo Flisi, and Elena Soto Calvo (2015). *Language and Employability*. Luxemburg: Europäische Kommission – Joint Research Centre.
- Bane Mullarkey Ltd. (2009). *The economic benefits associated with the Irish language which plus to Galway City and to the Galway Gaeltacht*. Galway: Gaillimh der Gaeilge.
- Beadle, Shane, Martin Humburg, Richard Smith, and Patricia Vale (2015). *Study on Foreign Language Proficiency and Employability*. Brussels: Europäische Kommission.
- Budría, Santiago and Pablo Swedberg (2012). *The impact of language proficiency on Immigrants' earnings in Spain*, IZA Discussion Paper No 6957. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- CILT (2006). *ELAN: Effects on the European economy of shortages of foreign language skills in enterprise*. London: CILT, das National Centre for Languages.
- Council of the European Union (2008a). „Council Schlussfolgerungen von 22 May 2008 on multilingualism“, *Official Journal of the European Union*, C 140, S. 14-15.
- Council of the European Union (2008b). „Council Resolution of 21 November 2008 on a European strategy for multilingualism“, *Official Journal of the European Union*, C 320 (16.12.2008), S. 1-3.
- Council of the European Union (2010). „Council conclusions on language competences to enhance mobility“, *Official Journal of the European Union*, C 372, pp. 27-30.
- Council of the European Union (2012). „Council Regulation (EU) No 1260/2012 of 17 December 2012 implementing enhanced cooperation in the area of the creation of unitary patent protection with regard to the application translation arrangements“, *Official Journal of the European Union*, L 361, pp. 89-92.
- Cullen, Joe, Clare Cullen, Véronique Maes, and Gigliola Paviotti (2008a). *Multilingualism: between policy objectives and implementation*. Brussels: European Parliament.
- Cullen, Joe, Clare Cullen, Véronique Maes, and Gigliola Paviotti (2008b). *Multilingualism: between policy objectives and implementation – Anhänge*. Brussels: European Parliament.
- Danguy, Jérôme and Bruno Van Pottelsberghe de la Potterie (2011). „Cost-benefit analysis of the Community patent“, *Journal of Benefit-Cost Analysis*, 2 (2), pp. 1-41.
- Di Paolo, Antonio and Aysit Tansel (2015). „Returns to foreign language skills in a developing country: The case of Turkey“, *Journal of Development Studies* 51, pp. 407-421.
- Dustmann, Christian (1994). „Speaking fluency, writing fluency and earnings ofmigrants“, *Journal of Population Economics*, 7 (2), pp. 133-156.
- Dustmann, Christian and Francesca Fabbri (2003). „Language proficiency and labour market. Performance of Immigrants in the UK“, *The Economic Journal*, 113, pp. 695717.

Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit: Nutzen und Kosten. 56p/63

- Egger, Peter H. und Andrea Lassman (2016). „Cultural intergration and export variety overlap across countries“, in Gazzola, Michele and Bengt-Arne Wickström (eds.) *The Economics of Language Policy*, pp. 357-380. Cambridge: Mit Press.
- Egger, Peter H. und Andrea Lassmann (2012). „The language effect in international trade: A meta-analysis“, *Economics Letters*, 116, pp. 121-124.
- Egger, Peter H. and Farid Toubal (2016). „Common spoken language and international trade“, in Ginsburgh, Victor and Shlomo Weber (eds.) *The Palgrave Handbook of Economics and Language* ', pp. 263-289. Basingstoke: Palgrave.
- EPO-HABM (2013). *Intellectual property rights intensive Branchen: Beitrag zu economic performance and employment in the European Union. Industry-Level Analysis Report, September 2013* Munchen-Alicante: European Patent Office (EPO) and Office for Harmonization in the Internal Market (HABM).
- Eureval (2010). *Beitrag der Übersetzung zur mehrsprachigen Gesellschaft in der Europäischen Union*, Studien über Übersetzung und Mehrsprachigkeit. Brussels: Directorate General for Translation. Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (1999). *Means Collection – Evaluation of Socio-economic Programme* (6 Bände). Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Europäische Kommission (2003). *Promoting language learning and linguistic diversity: Jahresaktionsplan 2004-2006*, KOM(2003) 449 endg. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2005). *A New Framework Strategy for Multilingualism*, KOM(2005) 596 endg. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2007). *Mobility, an instrument for more and better jobs: The European Job Mobility Action Plan (2007-2010)*, KOM(2007) 773 endg. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008a). *EVALSED: The resource for the evaluation of socioeconomic development*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Europäische Kommission (2008b). *Green Paper – Migration & mobility: Herausforderungen und opportunities for EU education systems*, KOM(2008) 423. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008c). *Wirkung assessment. Accompanying document to the communication "Multilingualism: an asset for Europe and a shared commitment"* (KOM(2008) 2444). Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008d). *An inventory of community actions in the field of multilingualism and results of the online public consultation. Accompanying document to the communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European economic and social committee and the Committee of the regions: Multilingualism: an asset for Europe and a shared commitment*, SEK(2008) 2443. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008e). *Multilingualism: an asset for Europe and a shared commitment*, KOM(2008) 566 endg. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2009). *Integrating Immigrant children into schools in Europe*. Brussels: Eurydice-European Commission.
- Europäische Kommission (2011a). *An inventory of community actions in the field of multilingualism – 2011 update*, SEC(2011) 926. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011b). *The language guide for European business. Successful communication in your international trade* Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011c). *Language learning at pre-primary school level: Making*

Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit: Nutzen und Kosten. 57p/63

it efficient and sustainable. A policyhandbook (2011) 928 final. Brussels: Europäische Kommission.

- Europäische Kommission (2011d). *Languages for Jobs. Providing multilingual communication skills for the labour market.* , Report from thematic working group „Languages for Jobs“. European Strategic framework for education and training. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011e). *Mapping best multilingual business practices in the EU.* Brussels: Directorate-General for Translation. Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011f). *Report on the implementation of Council Resolution of 21 November 2008 on a European strategy for multilingualism*, SEC(2011) 927. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012a). *Europeans and their languages*, Special Eurobarometer 386. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012b). *First European Survey on Language Competences.* Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012c). *Language competences for employability, mobility and growth*, Accompanying the document. Mitteilung von der Kommission. „Rethinking Education: Investing in skills for better sozio-economic outcomes“. SWD(2012) 372 final. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012d). *Language competences for employability, mobility and growth. Accompanying the document „Rethinking Education: Investing in skills for better sozio-economic outcomes“*, SWD(2012) 372 final. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012e). *Rethinking education: Country analysis Part I. Accompanying the document Rethinking Education: Investing in skills for better socioeconomic outcomes*, SWD(2012) 377 final. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012f). *Rethinking Education: Investing in skills for better sozio-economic outcomes* KOM(2012) 669 final. Brussels: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2015). *Language competencies at school and at work. New evidence on national language test and on the value of language skills on the labour market.* Brussels: Europäische Kommission.
- European Parliament (2008). „European Parliament Resolution of 24 March 2009 on Multilingualism: an asset for Europe and a shared commitment (2008/2225(INI))“, *Official Journal of the European Union*, C 117 E, pp. 59-64.
- Eurostat (2016). *Foreign language learning statistics*, Statistics explained, Eurostat.
- FIDRMUC, Jan und Jarko FIDRMUC (2015). „Foreign languages and trade: Evidence from a natural experiment“, *Empirical Economics*, DOI 10.1007/s00181-015-0999-7.
- FIDRMUC, Jan, Victor Ginsburgh, and Shlomo Weber (2010). „Scenarios beyond unanimity: Could a qualified majority of Member States alleviate the burden of multilingualism in Europe?“, in Hanf, Dominik, Klaus Malacek, and Elise Muir (eds.) *Sprachen und europäisches Aufbauwerk*, pp. 259-279. Brussels: Peter Lang.
- Gazzola, Michele (2014a). *The evaluation of language regimes. Theory and application to multilingual patent organisations.* Amsterdam: John Benjamins.
- Gazzola, Michele (2014b). „Partecipazione, esclusione linguistica e traduzione: Una valutazione del regime linguistico dell'Unione europea“, *Studi Italiani di Linguistica Teorica e Applicata*, 43 (2), S. 227-264.
- Gazzola, Michele (2015). „Identifying and mitigating linguistic inequalities in the management of patent information in Europe“, *World Patent Information*, (40), S. 43-50.
- Gazzola, Michele (2016). „Multilingual Communication for whom? Language policy and Fairness in the European Union“, *European Union Politics*, DOI:

10.1177/1465116516657672.

- Gazzola, Michele (2016, Forthcoming). „Language skills and employment status of adultmigrant in Europe“ in Beacco, Jean-Claude, Hans-Jürgen Krumm, David Little, and Philia Thalgott (eds.) *The linguistic integration of adultmigrants. Some lessons from research*. Berlin/Boston: Von Gruyter-Mouton.
- Gazzola, Michele (2016, in press). „Documenti e orientamenti dell'Unione europea in materia di multilinguismo“, in Caretti, Paolo and Giuseppe Mobilio (eds.) *La lingua come fattore di integrazione sociale e politica* ', pp. 99-131. Turin: Giappichelli.
- Gazzola, Michele and François Grin (2013). „Is ELF more effective and fair than translation? An evaluation of the EU's multilingual regime, *International Journal of Applied Linguistics*, 23 (1), S. 93-107.
- Gazzola, Michele, François Grin und Bengt-Arne Wickström (2016). „A concise bibliography of language economics“, in Gazzola, Michele and Bengt-Arne Wickström (eds.) *The Economics of Language Policy*, pp. 53-92. Cambridge (MA): Mit Press.
- Ginsburgh, Victor and Juan Prieto (2011). „Returns to foreign languages of native workers in the EU“, *Industrial and Labor Relations Review*, 64 (3), S. 599-618.
- Ginsburgh, Victor and Shlomo Weber (2005). „Language disenfranchisement in the European Union“, *Journal of Common Market Studies*, 43 (2), S. 273-286.
- Gobierno vasco (2016). *Value and economic impact of Basque language*. San Sebastian: Basque Government – Department of education, language policy and culture.
- Grin, François (1999). *Fähigkeiten und Belohnungen. Der Wert der Sprachen in der Schweiz*. Freiburg: Universitätsausgaben Freiburg.
- Grin, François (2003). „Language planning and economics“, *Current Issues in Language Planning*, 4 (1), pp. 1-66.
- Grin, François, László Marác, Nike K. Pokorn, and Peter A. Kraus (2014). „Mobility and Inclusion in multilingual Europe: A position paper on the MIME project“. Geneva: University of Geneva <http://www.mime-project.org/resources/MIME-POSITIONPAPER-V4.pdf>
- Grin, François, Tom Moring, Durk Gorter, Johan Häggman, Dónall Ó Riagáin, and Miguel Strubell (2003). *Support for minority languages in Europe*. Brussels: Europäische Kommission.
- Grin, François, Claudio Sfreddo, and François Vaillancourt (2009). *Fremdsprachen in der beruflichen Tätigkeit*, Projekt Nr. 405640-108630. Geneva: University of Geneva www.elf.unige.ch
- Grin, François, Claudio Sfreddo, and François Vaillancourt (2010). *The economics of the multilingual workplace*. London: Routledge.
- Grin, François and François Vaillancourt (1997). „The economics of multilingualism: Overview and analytical framework, *Annual Review of Applied Linguistics*, 17, pp. 4365.
- Hagen, Stephen (2010). *The ELAN-CAT Study: A Study of the Use of Languages for Commerce and Trade in Catalonia 's Study of the Use of Languages for Commerce and Trade in Catalonia*. Barcelona: Universitat Oberta de Catalunya.
- Hagen, Stephen (2011). *Report on language management strategies and best practice in European SMEs: The Pimlico Projekt*. Brussels: Europäische Kommission.
- Hanf, Dominik, Klaus Malacek, and Elise Muir (eds.) (2010). *Sprachen und europäisches Aufbauwerk*. Brussels: Peter Lang.
- HARHOFF, Dietmar, Karin Hoisl, Bettina Reichl, and Bruno Van Pottelsberghe (2009). „Patent Validation at the country level – the role of fees and translation costs“, *Research Policy*, 38, pp. 1423-1437.

Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit: Nutzen und Kosten. 59p/63

- Hornberger, Nancy H. (2006). „Frameworks and models in language policy and planning“, in Ricento, Thomas (ed.) *An Introduction to language policy. Theory and methods*, pp. 24-41. Oxford: Blackwell.
- ICF Consulting Services (2015). *Language teaching and learning in multilingual classrooms*. Brussels: Directorate-General for Education and Culture. Europäische Kommission.
- ICF GHK (2014). *Languages in education and training: Final country vergleichende analysis*. Brussels: Europäische Kommission.
- Knoepfel, Peter, Corinne Larrue, Frédéric Varone, and Michael Hill (2007). *Public policy analysis*. Bristol: The Policy Press. [Original: *Analyse und Steuerung der öffentlichen Politik* (2nd ed.), Geneva-Basel: Helbing & Lichtenhahn, 2006].
- Kraus, Peter A. (2008). „A one dimensional diversity? European integration and the challenge of language policy“, in Arzoz, Xabier (ed.) *Respecting Linguistic Diversity in the European Union*, pp. 86-103. Amsterdam: John Benjamins.
- Krzyzanowski, Michal and Ruth Wodak (2011). „Political strategies and language policies: The European Union Lisbon strategy and its impact for the EU’s language and multilingualism policy“, *Language Policy*, 10, S. 115-136.
- Lacey, Joseph (2013). „Must Europe Be Swiss? On the Idea of a Voting Space and the Possibility of a Multilingual Demos“, *British Journal of Political Science*, pp. 1-22.
- Leslie, Derek and Joanne Lindley (2001). „The impact of language ability on employment and earnings of Britain’s ethnic communities“, *Economica*, 68, S. 587-606.
- Marsh, David and Richard Hill (2009). *Study on the contribution of multilingualism to creativity*. Brussels: Europäische Kommission.
- McCormick, Christopher (2013). „Countries with better English have better economies“, *Harvard Business Review*, 15. November.
- Media Consulting Group (2011). *Study on the use of subtitling. The potential of subtitling to promote foreign language learning and improve the mastery of foreign languages*. Brussels: Directorate-General Education and Culture. Europäische Kommission.
- MÉLITZ, Jacques (2008). „Language and foreign trade“, *European Economic Review*, 52, S. 667-699.
- Ó Riagáin, Pádraig (2015). „A comparison of measures of language proficiency in EB and national surveys“, Paper presented at the *Eurobarometer Symposium @ GESIS. Four Decades of Surveying Europe – Perspectives on Academic Research with the European Commission’s Eurobarometer Surveys*, Friday July 10th 2015, Köln Germany, http://www.gesis.org/fileadmin/upload/events/EBSymposium/Poster/ORiagain_Poster.pdf
- Phillipson, Robert (2003). *English-only Europe? Challenging language policy*. London: Routledge.
- Priegnitz, Frauke (2014). „Zwischen englischsprachigem Studium und landessprachigem Umfeld. International Absolventen deutscher und Dänischer Hochschulen“ PhD Thesis, Fakultät für Geisteswissenschaften Fachbereiche Sprache, Literatur, Medien & Europäische Sprachen und Literaturen der Universität Hamburg, Hamburg.
- Pym, Anthony, François Grin, Claudio Sfreddo, and Andy Lung Jan Chan (2012). *The status of the translation profession in the European Union*, Studie über Übersetzung und Mehrsprachigkeit. Brussels: Directorate-General for Translation. Europäische Kommission.
- Rendon, Sílvio (2007). „The Catalan Premium: Language and employment in Catalonia“, *Journal of Population Economics*, 20, pp. 669-686.
- Rinsche, Adriane und Nadia Portera-Zanotti (2009). *The size of the language industry in the EU*. Brussels: Directorate-General for Translation, European Commission.

Europäische Strategie für Mehrsprachigkeit: Nutzen und Kosten. 60p/63

- Saville, Nick and Esther Gutierrez Eugenio (2016). *Forschung für CULT Committee – Implementation of the European Strategy for Multilingualism – Policy and Implementation at EU level*. Brussels: Europäische Union.
- Stevens, Anne (2010). *Study on the impact of information and communication technology (ICT) and new media on language Learning*. Brussels: Europäische Kommission.
- Stöhr, Tobias (2015). „The returns to occupational foreign language use: Evidence from Germany“, *Labour Economics*, 32, S. 86-98.
- Troussel, Jean-Christophe und Julien Debussche (2014). *Translation and intellectual property rights*. Brussels: Directorate-General for Translation. Europäische Kommission.
- Van der Jeught, Stefaan (2015). *EU Language Law*. Groningen: Europa Law Publishing.
- Van Parijs, Philippe (2000). „The ground floor of the world: On the sozio-economic consequences of linguistic globalization“, *International Political Science Review/Internationale Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 21 (2), S. 217-233.
- Van Pottelsberghe, Bruno and Didier François (2009). „The cost factor in patent systems“, *Journal of Industry Competition and Trade*, 9, pp. 329-355.
- Van Pottelsberghe, Bruno and Malwina Mejer (2010). „The London Agreement and the cost of patenting in Europe“, *European Journal of Law and Economics*, 29, S. 211-237.
- Vandenbrande, Tom (2006). *Mobility in Europe. Analysis of the 2005 Eurobarometer survey on geographical and labour market mobility*. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- Williams, Donald R. (2011). „Multiple languageuse and earnings in Western Europe“, *International Journal of Manpower*, 32 (4), pp. 372-393.
- Zhang, Weiguo and Gilles Grenier (2013). „How can language be linked to economics?“, *Language Probleme & Language Planning*, 37 (3), pp. 203-226.

6 Anlagen

6.1 Bildungsniveaus nach ISCED/ISCED 2011

Im Vergleich zu ISCED (International Standard Classification of Education) = ISCED (International Standard Classification of Education) 1997 mit 7 Bildungsstufen, ISCED 2011 hat 9 Bildungs- oder Bildungsstufen, zwischen 0 und 8 (die Hochschulbildung ist detaillierter):

- ISCED 0: mütterliche Bildung = frühkindliche Bildung (weniger als Primarschule)
- ABBILDUNG 1: Grundschulbildung
- ABBILDUNG 2: Sekundarstufe I (Französische Hochschule)
- ABBILDUNG 3: Sekundarstufe II (Französische Lycée)
- ABBILDUNG 4: nicht tertiäre postsekundäre Bildung
- ZITAT 5: kurze Hochschulbildung (2 Jahre: BTS, DUT in Frankreich)
- ZITAT 6: Lizenzniveau oder gleichwertiges Niveau
- ZITAT 7: Master-Niveau oder gleichwertiges Niveau
- ZITAT 8: Doktorandenniveau oder gleichwertiges Niveau

6.2 Entsprechungen zwischen ISCED-Stufen 2011 und ISCED 1997

ISCED 2011 (ab 2014)	Cite 1997(ab 2013)
ISCED 01	* *
ISCED 02	ISCED 0
ZITAT 1	ZITAT 1
ZITAT 2	ZITAT 2
ZITAT 3 *	ZITAT 3
ZITAT 4 *	ZITAT 4
ISCED 5	ISCED 5
ZITAT 6	
ZITAT 7	
ZITAT 8	ZITAT 6
* der Inhalt der Kategorie wurde leicht geändert	
Quelle: Eurostat: http://ec.europa.eu/eurostat/statisticsexplained/index.php/International_Standard_Classification_of_Education_(ISCED)#Correspondence_ISCED_2011—.3EISCED_1997	

6.3 Englischkenntnisse unter EU-Bürgern ab 15 Jahren, 2012

Länder	Bevölkerung >15 (a)	Englisch-Kompetenz als Fremdsprache			Insgesamt (E) [°]
		sehr gut (B)	gut, gut. (C)	Basi (d)	
Deutschland	64 409 146	9,00 %	26,00 %	21,00 %	56,00 %
Österreich	7 009 827	15,00 %	31,00 %	26,00 %	73,00 %
Belgien	8 939 546	14,00 %	24,00 %	15,00 %	52,00 %
Bulgarien	6 537 510	7,00 %	13,00 %	5,00 %	25,00 %
Zypern	6 604	31,00 %	31,00 %	12,00 %	73,00 %
Dänemark	4 561 264	38,00 %	34,00 %	15,00 %	86,00 %
Estland	945 733	9,00 %	27,00 %	14,00 %	50,00 %
Finnland	4 440 004	18,00 %	25,00 %	27,00 %	70,00 %
Frankreich	47 756 439	3,00 %	16,00 %	20,00 %	39,00 %
Griechenland	8 693 566	19,00 %	19,00 %	13,00 %	51,00 %
Ungarn	8 320 614	4,00 %	7,00 %	8,00 %	20,00 %
Irland	3 522 000	LN	LN	LN	100,00 %
Italien	51 862 391	4,00 %	21,00 %	8,00 %	34,00 %
Lettland	1 447 866	7,00 %	18,00 %	20,00 %	46,00 %
Litauen	2 829 740	5,00 %	17,00 %	15,00 %	38,00 %
Luxemburg	404 907	18,00 %	27,00 %	10,00 %	56,00 %
Malta	335 476	46,00 %	30,00 %	12,00 %	89,00 %
Niederlande	13 371 980	28,00 %	52,00 %	10,00 %	90,00 %
Polen	32 413 735	7,00 %	15,00 %	11,00 %	33,00 %
Portugal	8 080 915	2,00 %	13,00 %	11,00 %	27,00 %
Tschechische Republik	9 012 443	8,00 %	16,00 %	4,00 %	27,00 %
Rumänien	18 246 731	7,00 %	14,00 %	10,00 %	31,00 %
Vereinigtes Königreich	51 848 010	LN	LN	LN	100,00 %
Slowakei	4 549 955	7,00 %	13,00 %	5,00 %	26,00 %
Slowenien	1 759 701	17,00 %	25,00 %	18,00 %	59,00 %
Schweden	7 791 240	34,00 %	34,00 %	18,00 %	86,00 %
Insgesamt	408 879 069				
% der EU-Bürgerinnen und -Bürger, die Englisch (ausländisch) sprechen, nach Kompetenzniveau		7 %	17 %	12 %	37 %
° für einige Länder beträgt die Summe der Prozentsätze der Spalten b, c und d wegen fehlender Antworten nicht 100 %					
LN = Muttersprachler. Der Einfachheit halber haben wir die Zahl der Muttersprachler oder gleichwertigen Sprecher im Vereinigten Königreich und in Irland auf 100 % gesetzt (siehe Gazzola und Grin 2013: 105 für eine Diskussion). Unsere Schätzungen sollten daher als obere Grenze betrachtet werden.					
Quelle: Gazzola und Grin (2013)					

6.4 Sprachausschlussquote in 25 EU-Ländern, Einwohner im Alter von 25 bis 64 Jahren, 2013

Länder	Sprachenregelung							
	Englisch seul		3 Sprachen		6 Sprachen		Mehrsprachigkeit insgesamt	
	ADR	RDR	ADR	RDR	ADR	RDR	ADR	RDR*
Österreich	33	82	0	7	0	6	0	6
Belgien	51	87	22	47	21	46	1	4
Bulgarien	77	95	72	94	71	94	8	8
Zypern	20	65	20	64	20	64	0	11
Tschechische Republik	64	92	46	90	45	90	0	1
Dänemark	9	66	8	64	8	63	0	3
Estland	42	88	36	87	36	87	10	26
Finnland	11	74	10	73	10	73	0	2
Frankreich	52	93	1	5	1	5	1	4
Deutschland	34	89	0	6	0	5	0	5
Griechenland	48	89	46	88	46	88	1	6
Ungarn	76	94	66	92	66	92	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0	0	0
Italien	55	95	43	92	0	3	0	3
Lettland	51	92	41	91	40	91	3	36
Litauen	63	93	52	92	41	85	0	9
Luxemburg	14	84	2	11	2	10	2	9
Malta	11	50	11	49	10	48	0	0
Polen	68	95	57	93	0	0	0	0
Portugal	57	90	47	86	42	84	0	1
Slowenien	36	81	23	77	21	74	1	10
Slowakei	66	95	49	92	48	92	0	0
Spanien	69	94	62	91	0	6	0	6
Schweden	12	62	12	61	11	60	1	8
Vereinigtes Königreich	0	0	0	0	0	0	0	0

Die Ergebnisse werden in Prozent angegeben

Um den Mangel an ausreichenden Daten in Irland und im Vereinigten Königreich auszugleichen, haben wir davon ausgegangen, dass alle Einwohner dieser beiden Länder entweder Muttersprachler in englischer Sprache sind oder in Englisch als Fremdsprache sehr kompetent sind. Aus diesem Grund ist die Ausschlußrate gleich Null.

Der positive Wert der relativen Ausschlußquote, die mit der mehrsprachigen Politik in verschiedenen Ländern verbunden ist, ist auf die Anwesenheit von Minderheiten oder Einwohnern ausländischer Herkunft mit begrenzten Fähigkeiten in der Amtssprache des Wohnsitzlandes zurückzuführen.

Quelle: Eurostat AES 2013, in Gazzola (2016)